



22. Heft / 31. Oktober 1917

AUGUST MÜLLER · WIRTSCHAFTSPOLITISCHE BETRACHTUNGEN ZUM ERGEBNIS DES WÜRZ- BURGER PARTEITAGS

BENTKLEIDET man die auf dem Parteitag in Würzburg gehaltenen Reden und gefaßten Beschlüsse aller Parteiphraseologie, so erhält man als das Resultat: ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Regierungsmethode und eine, nicht so entschiedene, aber immerhin recht deutliche Absage an die Nichtsalsprinzipienpolitiker. Beides mußte sich notwendigerweise ergänzen. Der Entschluß zur Teilnahme an einer Parlamentsmehrheit, die Ursprung und Stütze der jeweiligen Regierung ist, wäre wertlos geblieben ohne die gleichzeitige Bekundung des festen Willens zur Mitarbeit an der Lösung aller praktischen Tagesfragen, und zwar einer Mitarbeit ohne die bisher üblichen Vorbehalte und mit Anerkennung aller notwendigen Folgerungen aus der parlamentarischen Regierungsform.

So hätte also die Taktik der Reichstagsfraktion die Billigung der höchsten Parteinstanz gefunden. Das ist zweifellos ein politisch sehr bemerkenswerter Vorgang mit vorläufig unabsehbaren Konsequenzen. Aber man darf nie vergessen (und dieser Standpunkt ist hier stets als der entscheidende hervorgehoben worden): daß es bei der Politik auf deren Inhalt ankommt, daß daher bei aller Wichtigkeit, die den sogenannten reinpolitischen Fragen zukommt, man doch den Kern der Dinge selbst, der das Schicksal der Volksgemeinschaft bedeutet, nie aus dem Auge verlieren darf.

Wie so manches Mal kann auch hier wieder an einen Vorgang in England angeknüpft werden, wo man sich, wenn nicht alle die spärlichen Nachrichten, die über diese Dinge in unser Ohr dringen, täuschen, viel klarer über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Weltkriegs ist als bei uns in Deutschland. Im Anschluß an eine Rede, die Lloyd George am 22. Oktober in der Alberthalle zu London hielt, wagte der Afrikaner Smuts zu sagen, der Krieg sei nur der Anfang der großen Ereignisse, die eintreten werden, und er tröstete sich über die Schwierigkeiten der neuen Situation mit der Annahme, daß die Engländer ein ganz anderes Volk geworden seien als sie vor dem Krieg waren. Nun wissen wir nicht genug von den Äußerungen englischen Volkstums im Krieg, um den Grad der Änderungen beurteilen zu können, die es erfuhr. Aber der Umstand, daß ein britischer Staatsmann

das Volk in so charakteristischer Weise auf seine Aufgaben nach dem Krieg vorbereitet, spricht jedenfalls dafür, daß man dort die Aufgaben sehr deutlich sieht, deren Lösung der Krieg gebieterisch fordert. Der Durchschnittsdeutsche sieht im Krieg doch wohl noch immer ein großes Geschehen, das die gewohnte Entwicklungslinie durchbrochen hat. Er will wieder da anknüpfen, wo am 1. August 1914 so jäh der Faden abgerissen wurde, wenn erst der ersehnte Friede gekommen ist, und denkt gar nicht daran den großen Krieg an den Anfang einer Reihe neuer, großer Ereignisse zu setzen. Und wenn man sich die Dinge näher besieht: Hat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie das Maß der Erkenntnis der Neuartigkeit, der zwingenden Natur und der ungeheuerlichen Größe der wirtschaftlichen Aufgaben in der Zeit nach dem Krieg gezeigt, das in den eben zitierten Worten Smuts' enthalten ist?

Zweifellos haben die wirtschaftlichen Debatten in Würzburg erfreulicher gewirkt als manche Auseinandersetzung über brennende Tagesfragen auf früheren Parteitagen. Es bestanden kaum grundsätzliche Unterschiede unter den Teilnehmern an der Debatte, die am 3. und 4. Verhandlungstag über die Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nach dem Krieg geführt wurde. Mit Ernst und Sachlichkeit bekannte man sich zu entschiedener Sozialpolitik, zur Forderung weitgehender wirtschaftspolitischer Reformen, die die Schäden des Krieges heilen sollen. Und doch bleibt beim aufmerksamen Lesen dieser Auseinandersetzungen schließlich ein Gefühl des Unbefriedigtseins zurück, das man sich zunächst nicht leicht erklären kann, weil an sich die meisten Redner ein befriedigendes geistiges Niveau erkennen lassen, und bei allen der tiefe Eifer und das Bedürfnis ohne alles agitatorische Beiwerk nur der Sache, die eine Sache des ganzen deutschen Volkes ist, zu dienen nicht verkannt werden darf. Was also vermißt man an diesen Debatten?

Um es mit einem Wort zu sagen: den Zusammenhang der Erfordernisse der Wirtschaftspolitik mit der Weltpolitik; der wirtschaftspolitischen Neuorientierung mit der weltpolitischen Neuorientierung. Daß der Krieg nur der Anfang einer großen Entwicklung war, ist nach meinem Gefühl nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit das Leitmotiv der Debatte gewesen; die Einzelausführungen ließen kein Gesamtbild der gewaltigen Zukunftsaufgaben entstehen, die der Sozialismus findet, und ganz und gar fehlte die Darlegung der Zusammenhänge unserer inneren wirtschaftspolitischen Nöte und der Abhilfsmittel dagegen mit den außenpolitischen Problemen und ihren Lösungen. Ich bin weit davon entfernt deshalb den Wert und die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Debatten des Würzburger Parteitags herabmindern zu wollen. Die frische, *grundsätzliche* Bedenken ziemlich beiseiteschiebende Art, in der der Parteitag die Lösung unmittelbarer Gegenwartsaufgaben als das Hauptziel proklamierte, entspricht viel zu sehr der Art die Dinge zu sehen, die ich für richtig halte, als daß ich deshalb den nörgelnden Kritiker spielen möchte. Sachliche Gründe die Debatte zu beschränken gab es auch genug. So läßt sich also die etwas enge Begrenztheit der wirtschaftspolitischen Diskussion erklären. Aber es sei dann gestattet an dieser Stelle das Bild mit einigen Strichen zu ergänzen, weil doch eben Wesentliches hinzugefügt werden muß.

Es gibt zweierlei Art von Wirtschaftspolitik: solche, die, vom Standpunkt

der Gesellschaft gesehen, Geld kostet, und solche, die Geld einbringt. Vor dem Krieg haben wir uns nicht nur die zweite sondern auch die erste gestatten können. Das Deutschland nach dem Krieg wird auf diesen Luxus verzichten müssen. Das Grundgesetz, das seine Wirtschaftspolitik beherrschen muß, wird sein: die Rationalisierung der Produktion in dem Sinn, daß sie den höchstmöglichen Ertrag mit dem geringsten Kostenaufwand erzielt. Diesem Gebot werden sich die Forderungen der Arbeiter so gut unterordnen müssen wie die Forderungen der zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten stehenden Zwischenschichten: der Handwerker und Händler; für eine Mittelstandspolitik im alten Sinn des Wortes sind wir in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg nicht reich genug. Wir brauchen sie auch nicht, weil es im allgemeinen, abgesehen von den Übergangsschwierigkeiten, wohl kaum an Arbeitsgelegenheiten mangeln wird. Was nicht einer planmäßigen Produktionspolitik in Industrie, Handel und Landwirtschaft dient, und zwar einer Produktionspolitik, die vor allem auf die höchstmögliche Ertragssteigerung eingestellt ist, läßt sich mit einer Wirtschaftspolitik, wie wir sie nach dem Krieg nur ertragen können, nicht vereinbaren. Dieser Produzentenstandpunkt ist unerläßlich. Zu ihm müssen sich vor allem auch die Arbeiter bekennen; denn nur seine schrankenlose Durchführung kann uns die Erhöhung der Produktivität der Arbeit in Landwirtschaft und Industrie und die Befreiung der Zirkulationen von allen parasitären Elementen bringen, die die Voraussetzung zur Senkung des Preisniveaus ist, die an sich natürlich erstrebt werden muß.

Diese Andeutungen genügen, um vor uns im Geist die Übergangswirtschaft mit allen ihren Problemen erstehen zu lassen. Sie muß die Arbeiternot auf dem Lande, dem eine nach Millionen zu beziffernde Arbeiterarmee fehlt, weil nicht nur der Zuzug fremder Arbeiter aufhört sondern daneben die erforderliche stärkere Intensität des landwirtschaftlichen Betriebs ungleich mehr Arbeiter erfordert als in der Friedenszeit, ebenso zu beseitigen suchen wie vermutlich eintretende Arbeitslosigkeit für die Arbeiter rohstoffarmer Industriezweige oder solcher, die sich zunächst ohne Absatzmöglichkeit sehen. Zu diesen sehr schwer zu lösenden Arbeiterfragen in der Übergangszeit treten Transport-, Rohstoff- und sonstige Produktionsschwierigkeiten. Die Geld- und Kreditfrage muß gelöst werden; das Bekleiden und Ernähren von Millionen, denen wahrscheinlich weniger das Geld als Kleidung und Wohnung mangeln, ein Mangel, der aus allgemeinen Gründen nur allmählich zu beseitigen ist, wird keine sehr einfache Sache sein. Auch die Formen der sozialen Bewegung und die Art, wie sie die zwischen den verschiedenen Interessengruppen bestehenden Gegensätze auszugleichen gedenkt, kann in der Übergangswirtschaft nicht dem freien Ermessen der Beteiligten überlassen werden. Geradezu unerträglich ist der Gedanke, daß Unternehmervereinigungen die unterschiedslose Bekämpfung von Arbeitsstreitigkeiten durch Aussperrungen usw., die vor dem Krieg üblich war, auch in der Zeit nach dem Krieg anwenden könnten, und den so erforderlichen Einschränkungen der Unternehmerfreiheit werden die Gewerkschaftsführer ähnliche Maßnahmen für die Gewerkschaftspolitik an die Seite stellen müssen. Da natürlich verhütet werden muß, daß die Arbeiterorganisationen, die wir zum Wiederaufbau so nötig haben wie das liebe Brot, in ihrer Bedeutung eingeschränkt werden, entsteht hier ein Sozialproblem, von dessen Lösung der Umstand

nicht abhalten darf, daß es so ungeheuer schwierig ist. Selbstverständlich wird man Kartellen und Konventionen nicht gestatten dürfen, daß sie durch Produktionseinschränkungen künstliche Monopole schaffen oder durch Verschleuderung nationalen Gutes ins Ausland die Preise im Inland hochhalten. Und das einer Industrie gegenüber, die wirtschaftlich und finanziell ihre Position im Krieg in geradezu unerhörter Weise gestärkt hat. Obendrein wird es lange dauern, bis eine unbeschränkte Konsumfreiheit wieder gestattet werden kann; für manche Güter wird sie vielleicht gar nicht wiederhergestellt werden können. Regelung und Überwachung in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, Verteilung von Nahrungsmitteln, Düngemitteln, Roh- und Hilfsstoffen, kurz: Beschränkung aller möglichen *Freiheiten* wird man auf längere Zeit in der Übergangswirtschaft mit in Kauf nehmen müssen, und alle Bevölkerungsschichten werden sich dem unterwerfen müssen, weil ein anderer Weg zu einer allen zugute kommenden freiheitlichen Ära nicht möglich ist als zunächst eine Beschränkung der Freiheit aller.

Zu diesen, auf dem Gebiet der *inneren* Wirtschaftspolitik liegenden Fragen treten dann die Fragen der *Welt* wirtschaftspolitik, die gar nicht von den innenwirtschaftlichen Problemen zu trennen sind. England sucht in der Herrschaft über das Weltmeer, über die wichtigsten Rohstoffe und über die Kolonien einen Ersatz für die ihm auf dem europäischen Kriegsschauplatz fehlenden Faustpfänder. Für die Friedensverhandlungen und für die erste Zeit nach dem Friedensschluß liegen in diesem Zustand sehr ernst zu nehmende Gefahren begründet, denen nur durch eine Wirtschaftspolitik begegnet werden kann, die sich für einen möglichst langen Zeitraum darauf einstellt so wenig wie möglich in das Netz des Weltverkehrs verflochten zu werden. Je weniger wir zu kaufen genötigt sind, je größer der Anteil an Bedarfsgütern ist, den wir gemeinsam mit unseren Verbündeten auf dem eigenen Grund und Boden erzeugen, um so geringer ist der Wert der Faustpfänder und Tributpflichtigkeiten, die England mit seiner Herrschaft über die Rohstoffe und die Weltmeere zu besitzen glaubt. Die bewußte planmäßige Verwirklichung des Gedankens der Autarkie Deutschlands und seiner Verbündeten (ein Gedanke, der natürlich nur eine relative Verwirklichung erfahren kann, aber doch von unschätzbarem Wert ist, wenn er richtig angewandt wird) nimmt dem Wirtschaftskrieg, der uns immer angekündigt wird, seine Schrecken und macht dieses Kampfmittel unserer Gegner wirkungslos.

Dieses namentlich dann, wenn unsere *auswärtige* Politik gleichfalls entschlossen die Konsequenzen aus den britisch-amerikanischen Drohungen zieht und den Frieden so vorbereitet, daß er eine enge Anlehnung an unsere, uns jetzt feindlichen Nachbarn im Osten ermöglicht. Wichtiger als *Mittel-europa* in dem engen Sinn, der jetzt diesem Begriff anhaftet, ist seine Ergänzung und naturgemäße Erweiterung durch die, hier in den Sozialistischen Monatsheften so lange und so nachdrücklich vertretene Herstellung guter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zum russischen Reich, das in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht keinen Gegensatz zu Deutschland und seinen Verbündeten zu bilden braucht, weil seine wirtschaftlichen Interessen es genau so intensiv zu guter Nachbarschaft zum Westen zwingen wie die Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten zum freundschaftlichen

Verhältnis zum Osten. Die östliche Orientierung unserer Politik, als Voraussetzung eines kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses, bedeutet die Sicherung unserer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit auch für die Zukunft. Diese Erkenntnis in politische Tat umgesetzt und im Verein mit der Einstellung Deutschlands auf die für die Übergangszeit sich möglichst selbst genügende Wirtschaftsweise wird den Briten und Amerikanern die Illusionen zerschlagen, die sie sich mit ihren Wirtschaftsplänen machen.

So führt eine Betrachtung der wirtschaftspolitischen Aufgaben der deutschen Arbeiter mitten hinein in die Probleme der Weltpolitik, der Kriegsziele und der Friedensvorbereitung. Eines hängt am andern, eine isolierte Betrachtung weder der Wirtschaftspolitik noch der Kriegsziel- und Friedenspolitik ist (und besonders für die Anhänger des Sozialismus) unmöglich, wenn diese Betrachtung gründlich und erschöpfend sein soll. Ich kann das Bedenken nicht ganz unterdrücken, daß durch die reinpolitischen und parteipolitischen Diskussionen in der Sozialdemokratie die wirtschaftlichen und wirtschaftlich-weltpolitischen Fragen, um deren Lösung es sich bei alledem ja gerade handelt, etwas in den Hintergrund gedrängt werden. Hierin Wandel zu schaffen sollten sich insbesondere die Arbeiter angelegen sein lassen; es könnte sich sonst leicht an ihnen ereignen, was schon so manchen betroffen hat, der zu seinem Schaden erkennen mußte, daß man über der Form nicht das Wesen der Dinge übersehen darf.

EMIL KLÖTH · SIND DIE GEWERKSCHAFTEN VER- TRETER DER KONSUMENTEN ODER DER PRODU- ZENTEN?

VIELFACH hat das einträchtige Zusammenarbeiten der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften auf allen Gebieten, auf denen sie gemeinsame Aufgaben zu erfüllen haben oder sich gegenseitig fördern können, zu dem Glauben Veranlassung gegeben, als ob die Gewerkschaften sich in erster Linie als Vertreter der Verbraucherinteressen fühlten. Diese Anschauung ist jedoch irrig. Denn die modernen Konsumgenossenschaften sind nichts weniger als reine Verbrauchervereinigungen. Sie gehen ja selber mehr und mehr zur Eigenproduktion über; das Wesentliche ihrer Arbeit zielt auf die Rationalisierung und Intensivierung der Produktion hin. Die Gewerkschaften, die mit ihnen in Verbindung stehen, werden so von den bloßen Konsumenteninteressen weg mehr und mehr auf den Produzentenstandpunkt hingelenkt. Ein weiterer Umstand hat mit dazu beigetragen in den Gewerkschaftsmitgliedern nicht das Produzentengefühl so lebendig werden zu lassen wie es natürlich gewesen wäre. Das ist ihr freundschaftliches Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei, die sich vollständig auf den Freihandel verbissen hatte und sich vornehmlich gegen jeglichen Schutz der deutschen Landwirtschaft vor der Einfuhr ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse wandte. Aber auch die Partei hat begonnen sich zu wandeln. Und die Produktionsanschauung, die in den Sozialistischen Monatsheften seit fast 2 Jahrzehnten in den Vordergrund gestellt und immer mehr durchgebildet wird, beginnt allmählich, wie der Würzburger Parteitag beweist, in das Bewußtsein der Sozialdemokratie einzudringen.

Im Grunde genommen drängt die ganze Eigenart der Gewerkschaften zur Geltendmachung des Erzeugerstandpunkts hin. Ist die Arbeitskraft, wie Marx uns gelehrt hat, zu einer bloßen Ware in der kapitalistischen Wirtschaft geworden, so folgt daraus, daß die Verkäufer dieser Ware, also die Arbeiter selbst oder ihre Interessenvertretung, sie ausreichend bezahlt auf den Markt zu bringen suchen. Es kann nicht ihre eigentliche Aufgabe sein die Erhaltung dieser Arbeitskraft durch möglichst billige Nahrungsmittelzufuhr zu bewirken; denn dadurch würden sie wieder eine andere Produzentengruppe, die der Landwirtschaft, schädigen, was dann wieder rückwirkend die Entwicklung der Industrie ungünstig beeinflussen müßte. Sie müssen sich vielmehr in den Stand setzen durch hochwertige Leistung und entsprechende Löhne die zum Leben notwendigen materiellen und geistigen Güter zu erwerben. Ihr Interesse ist also auf die Höherentwicklung ihrer Industrie selbst gerichtet, sie selbst müssen darauf sehen, daß qualifizierte Arbeit geleistet wird, und daß durch entsprechende Preise der erzeugten Waren die Industrie den an sie gestellten Anforderungen gerecht wird. Im Tarifvertrag verkörpert sich das Produzenteninteresse des Arbeiters selbst; dieser bekennt sich darin als Mitträger der Produktion, für deren Gedeihen er auch mit die Verantwortung übernimmt.

Das sollte zwar längst zur Selbstverständlichkeit geworden sein, ist es aber noch lange nicht, weder in den Arbeiterkreisen selbst noch in denen ihrer Führer. Noch hat sich das Erzeugerbewußtsein in der Arbeiterklasse und namentlich in der Sozialdemokratie nicht durchgesetzt. Aber es ist auf dem besten Weg dazu. Die Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern, die während des Krieges entstanden sind, liefern einen unwiderlegbaren Tatsachenbeweis dafür.

Nicht bloß das kapitalistische Interesse fordert den technisch vollkommensten Betrieb zur größtmöglichen Erzeugung, sondern auch das Interesse des Arbeiters als Erzeuger. Es ist richtig: Wenn man jüngst las, daß der bekannte amerikanische Vielmillionär und Friedensapostel Ford nicht nur jährlich rund eine Million Automobile herstellt sondern daraus einen Jahresgewinn von über 200 Millionen Mark ziehen soll, so sträubt sich zwar unser Gefühl dagegen, und wir fragen uns nach der Gerechtigkeit einer solchen Gewinnverteilung, gemessen an dem Lohn des höchstbezahlten Arbeiters der Fordwerke. Wenn wir aber hören, daß in den Fordwerken die kürzeste Arbeitszeit besteht, die höchsten Löhne gezahlt werden und daneben mehr als in anderen Betrieben für das leibliche und geistige Wohl der Arbeiterschaft gesorgt wird, ohne dadurch den Wettbewerb der Fordwerke nur irgend zu beeinträchtigen, so freuen wir uns dessen trotz dem ungewöhnlich hohen Profit des Herrn Ford, weil wir, ebenso wie an so manchem andern, so auch an diesem Beispiel erkennen können, daß die größten Betriebe auch in der Regel die technisch vollkommensten und sozial leistungsfähigsten sind oder doch mindestens sein können. Zu leistungsfähigen Großbetrieben unter den gegebenen Verhältnissen, mit denen wir doch nun einmal zu rechnen haben, gehört Kapital, und zu ihrer Erweiterung gehört Kapitalanhäufung oder, anders ausgedrückt, Profitüberschuß.

Unsere Großbetriebe brauchen aber noch mancherlei anderes. Vor allem benötigen sie sehr vieler Rohstoffe. Und nicht zuletzt gerade die deutschen, die unbedingt auf Einfuhr aus dem Ausland beziehungsweise aus Kolonien

angewiesen sind. Ohne sie ist die deutsche Industrie nicht arbeitsfähig. Viele der notwendigen Rohstoffe können auf deutschem Boden, infolge klimatischer Verhältnisse überhaupt nicht gewonnen werden oder kommen in ungenügender Menge vor. Der wesentliche Teil unserer Einfuhr besteht eben in Rohstoffen oder Halbfabrikaten. Diese werden in Deutschland veredelt und gehen vielfach wieder ins Ausland. Unsere Rohstoffeinfuhr einschließlich der Halbfabrikate betrug 1885 nur 1,20 Milliarden Mark, dagegen 1913 6,24 Milliarden Mark. Unsere Einfuhr von Fertigwaren hat sich seit 1885 verdoppelt, unsere Ausfuhr von Fertigerzeugnissen dagegen verfünffacht. Nach den deutschen Erzeugnissen griff das Ausland sicherlich nicht aus Vorliebe für alles Deutsche. Nein, der Krieg hat uns ja genügend eines andern belehrt. Sondern weil sie gut waren, und dies gerade auch durch die Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter, das Wort im weitesten Sinn genommen; denn derer, die geistig pflügen, der Ingenieure, Techniker und Werkmeister, sei nicht vergessen. Sie, die deutschen Erzeugnisse, fanden Absatz durch das Organisationstalent unserer Unternehmer und die weltgewandte Tätigkeit unserer Kaufleute. Nicht das frühere Kennwort »Billig und schlecht« verschaffte ihnen Eingang ins Ausland. »Made in Germanv« verlor um so mehr jenen damit verbundenen Begriff, je mehr sich die deutsche Industrie entwickelte. England dagegen verlor auf manchen Gebieten industriellen Schaffens seinen ehemaligen Weltruf als Werkstatt der Welt. Seine eigenen Erzeugnisse verloren zum Teil ihre alte Qualität. So wurden, um ein Beispiel aus meinem eigenen Beruf anzuführen, die Massenbücher einer großen deutschen Verlegerfirma vor dem Krieg in England gedruckt und gebunden, weil dort das Papier billiger und die Herstellungskosten des Einbandes billiger waren, trotz allen Versandkosten. Das hatte seinen Grund darin, daß die meisten Bindearbeiten von unorganisierten Arbeiterinnen mit niedrigen Löhnen (der englische Buchbinderverband nimmt grundsätzlich keine Arbeiterinnen auf) hergestellt wurden, während in Deutschland die selben Arbeiten nach tariflichen Bestimmungen von Gehilfen hergestellt werden müssen. Der deutsche Verleger erzielte dadurch einen erheblichen Mehrverdienst, die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen aber hatten den Schaden, indem ihnen eine Massenarbeit entging.

Die deutschen Arbeiter brauchen im allgemeinen den Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht zu fürchten; dazu steht ihre Arbeit der Güte nach zu hoch. Es kann ihnen aber ebensowenig wie dem andern Teil der Erzeuger, den Kapitalisten, gleichgültig sein, ob ihnen durch Englands Seeherrschaft, durch dessen Stütz- und Drohpunkte in allen Weltteilen, durch Aneignung immer größerer Kolonialgebiete eine Tür nach der andern vor der Nase zugeschlagen wird. Der Glaube des Genossen Hoch, den er auf dem Würzburger Parteitag bekundete: nach dem Krieg würde keine Weltwirtschaft mehr durch Krieg aufgebaut und keine dadurch zerstört werden können, steht auf sehr schwachen Füßen. Obsiegt England in diesem Krieg, so würde es schon das Gegenteil den deutschen Arbeitern in harten Tatsachen beweisen. Die nächste Wirkung dieses englischen Sieges wäre die Einbuße aller unserer Kolonien. Ohne Englands Erlaubnis dürfte in Kleinasien keine Bahn auf türkischem Gebiet von deutschen Kapitalisten gebaut werden, kein deutsches Schiff auf den Meeren fahren; dürften keine deutschen Waren in seine Kolonien und selbst in neutrale Länder eingeführt werden.

Der deutschen Arbeiterschaft winkte eine traurige Zukunft. Viel mehr denn als Verbraucher berührt solche weltpolitische und weltwirtschaftliche Perspektive die Arbeiter als Erzeuger. Es wäre daher höchst unvorsichtig von ihnen, wenn sie dem nicht Rechnung tragen und nicht danach ihre Stellung zur auswärtigen Politik wählen wollten. Politische Konstellationen und weltwirtschaftliche Veränderungen stehen in ständiger Wechselwirkung. Im allgemeinen hat die deutsche Arbeiterklasse, als der zahlreichste Teil des deutschen Volkes, das auch begriffen. Sie wußte, was für Deutschland und seine Arbeit in diesem Weltkrieg auf dem Spiel stand. Den deutschen Arbeiterhänden, ihrer gewerblichen Durchbildung, die sich leicht mit der Handhabung der modernen Kriegsmittel und -methoden vertraut machte, ist es nicht zuletzt zu danken, wenn Deutschland und seine Verbündeten in diesem Krieg sich so stark erweisen konnten.

Man darf aber nicht nur von der deutschen Industrie reden, wenn man von Arbeiterproduzenteninteressen spricht. Man darf vor allem die deutsche Landwirtschaft nicht vergessen. Deutschland hat ja zum Glück, obgleich es ein Industrieland ersten Ranges geworden ist, nicht aufgehört ein Agrarland zu sein. Wie sehr wir als Verbraucher der deutschen Landwirtschaft bedürfen, hat keine Zeit mehr erwiesen als die des Krieges. Daß die deutsche Landwirtschaft so große Leistungen aufweisen konnte, hat sie aber gerade mit in erster Linie auch der deutschen Wirtschaftspolitik zu verdanken, die unsere Partei sehr zu Unrecht vom Konsumentenstandpunkt aus bekämpft hat: wo wären wir jetzt als Konsumenten, wenn dieser Standpunkt wirklich die deutsche Politik bestimmt hätte? Aber auch als industrielle Produzenten geht es uns an, daß in der Landwirtschaft die Verhältnisse so gestaltet werden, daß angemessene und auskömmliche Löhne auf dem Lande gezahlt werden sollen, selbst wenn wir dabei eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit in den Kauf nehmen müssen. Müssen wir doch auch bei unseren städtischen Wohnungen gesteigerte Löhne der Bauarbeiter in höheren Mietspreisen mit bezahlen. Schon rein unter dem Gesichtswinkel der engern Gewerkschaftspolitik haben wir ein Interesse an der Rentabilität der Landwirtschaft; denn durch auskömmliche Löhne auf dem Lande halten wir uns in der Industrie besonders in Krisenzeiten den dann doppelt fühlbaren lohndrückenden Zuzug vom Hals. Vor allem aber muß uns daran gelegen sein die Landwirtschaft auch als solche zu heben, wodurch wir dann ihre Kaufkraft für unsere Industrieerzeugnisse vergrößern. Das, was wir der Landwirtschaft in höheren Nahrungsmittelpreisen zukommen lassen, erhalten wir durch die Höherentwicklung der Industrie wieder zurück. Was der Nation als in ihrer Ganzheit zugute kommt, kommt nicht in letzter Linie gerade ihrer Arbeiterklasse zugute.

Die deutsche Arbeiterklasse muß sich ihrer Pflicht als Träger der nationalen Produktion mehr noch als bisher bewußt werden. Soll das etwa gegen die Grundsätze der Internationale verstoßen? Das wäre eine ganz unsozialistische Auffassung. Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nach dem Krieg muß unsere vornehmste Sorge sein. Welche Maßnahmen wir dabei zu ergreifen haben, dafür gibt uns der englische Plan für die Demobilisierung wertvolle Fingerzeige. Dieser verlangt Verminderung der Einfuhr und Erhöhung der Ausfuhr, Förderung der Industrien, deren mangelhafte Entwicklung vor dem Krieg dazu geführt hatte, daß fertige Waren

vom Ausland eingeführt wurden, die Gründung und Organisation von Großbetrieben unter wissenschaftlicher Leitung, Vermeidung aller Streiks und Arbeitsunterbrechungen und möglichste Lösung aller Streitfragen durch Schiedsgerichte usw. Die deutschen Arbeiter können von diesem Programm viel lernen. Die deutschen Gewerkschaften müssen durch planmäßige Organisation der Gemeinschaftsarbeit die deutsche Volkswirtschaft in den Stand setzen den Arbeitern das zu geben, was ihnen als Produzenten gebührt. Es wird der höchsten Einsicht sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter bedürfen, um das zu erreichen. (Die neuerliche Haltung des Hauptorgans der deutschen Unternehmervereinigungen, der Deutschen Arbeitgeberzeitung, scheint freilich von dieser Einsicht, die die Nation im Krieg gewonnen hat, wieder wegführen zu wollen.)

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird in immer höherm Maß aus einem bloßen Organ einer Klasse ein Faktor der nationalen Wirtschaft. Wenn wir bei Kriegsausgang hoffentlich das erreicht haben, was wir zur Sicherung unserer Zukunft brauchen: die Anbahnung eines geeinigten Kontinentaleuropas, das, ergänzt durch ein deutsches Kolonialreich, uns eine Selbstversorgung mit allen Lebensnotwendigkeiten gestattet, so muß durch weitestgehende Steigerung der deutschen Innenwirtschaft, durch Produktionspolitik im umfassendsten Sinn, durch Energieersparnis auf der einen, Vervollkommnung der Arbeitsmethoden auf der andern Seite, das ausgeglichen werden, was der Krieg uns genommen hat und zugleich der Möglichkeit einer neuen wirtschaftlichen Bedrängnis vorgebeugt werden. Einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die Durchführung solcher Politik übernehmen die Gewerkschaften, die gerade dadurch sich endgültig als Vertreter der Erzeuger dokumentieren.

MAX SCHIPPEL · KOLONIALE RECHTSORDNUNG UND STAATENBILDUNG

VON der bloßen Handelsberührung Europas mit wesentlich tieferstehenden, ebenso innerlich fremden wie örtlich meist weitentlegenen Wirtschaftsordnungen bis zur Aufrichtung vollständiger neuer Staatsgebilde übersee ist ein weiter Weg, dessen Notwendigkeit ebenso wie dessen Folgerichtigkeit sich jedoch der nachgehenden wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtung unschwer erschließt.

Ihre ideologische Verklärung und werbeeifrige Verkündung fand die bloße, ohne besonderes Staatseingreifen einfach mit internationalem Tausch und Gegentausch zwischen den grundverschiedensten wirtschaftlichen Gegenfüßlern sich begnügende Handelsverbindung lange Zeit in der Freihandelslehre, die als Manchesterschule sogar 1 und 2 Menschenalter hindurch die parlamentarischen Parteien Englands und die öffentliche Meinung ganz Europas beherrschte oder doch ausschlaggebend beeinflusste. Die Praxis der Kolonialpolitik entwickelte sich freilich in recht abweichender Richtung, selbst in den Jahren des manchestergläubigsten Lippendienstes, und ohne daß die gleichzeitige volkstümliche Denkweise die in Wahrheit maßgebende Unterströmung überhaupt oder doch mit einiger Deutlichkeit erkannte.



IEHT man nachprüfend zu, so war nämlich selbst der bloße Handel zwischen so ungleichartigen Teilnehmern, wie sie bei allen kolonialen Beziehungen in Frage kommen, niemals von mutterländisch-staatlicher Zwangsgewalt so frei wie dies die erwähnten Freihandelsvertreter gewöhnlich voraussetzen und fordern.

Denn schon die erste vorbereitende Verkehrs a u f s c h l i e ß u n g geschichtlich und geographisch weit zurückliegender Wirtschaftsgebiete vollzieht sich fast immer erst nach scharfem, unwiderstehlichem Druck von außen, entgegen dem bald leidenschaftlich aufwallenden bald hoffnungslos in das Unaufhaltsame sich fügenden Widerstreben der, gerade wegen ihrer offensbaren Schwäche sich doppelt bedroht fühlenden Kulturlosigkeit und Kulturrückständigkeit. Für alle noch im Stammeskommunismus oder in der Naturalwirtschaft steckenden Völkerschaften war der reger zu- und abflutende Außenhandel stets eine zersetzende, auflösende Kraft: vollends wenn er, wie bei der plötzlichen Berührung zwischen europäischer wirtschaftlicher Modernität und überseeischer sozialer Vorzeit, für die tieferen Wirtschaftsordnungen jeder organischen Naturwüchsigkeit entbehrt. Wissen wir doch aus unserer, verhältnismäßig noch immer jungen deutschen Vergangenheit, wie lange die vollkommene Rechtlosigkeit der Fremden die Regel bildete:

Die in der Gegenwart fast vollständig verwirklichte, unverzichtbare Gleichstellung aller Rechtssubjekte und ebenso aller Menschen in privatrechtlicher Beziehung ist der Abschluß einer langen Entwicklung, an deren Beginn die Ungleichheit steht. . . Weil das Recht nur ein Recht freier Volksgenossen, ist die tiefste Scheidung der Menschen die in Volksgenossen und Fremde. . . Allmählich erst grenzt eigenstes Interesse der Inländer dem Fremden Rechtsgebiete ab, innerhalb deren er sich frei bewegen kann, nicht jedoch, ohne bis in die neueste Zeit zwischen sich und ihm eine Schranke bestehen zu lassen. . . Der Fremde war, weil des inländischen Rechtes unfähig, ein *Elender*. . . Mit dem Zerfall der Reichseinheit verschärfte sich der Gegensatz zwischen Inländer und Ausländer, indem kleine und kleinste Territorien außerhalb ihrer Grenzen Wohnende, wenngleich Deutsche, als Ausländer behandelten. Dabei wurde aber die Rechtlosigkeit der Fremden, wie es die Interessen des Handels gebieterisch verlangten, durch eine beschränkte Rechtsfähigkeit endgültig verdrängt. . . Ein Ausläufer des alten Fremdenrechts erhielt sich im Wildfangsrecht, dem . . . Recht Fremde ohne nachfolgenden Herrn (Wildfänge, Bachstelzen) nach Jahr und Tag Aufenthalts im Land als Eigenleute zu behandeln. Ferner gehört hierher das Strandrecht und die partikuläre Regel, daß nur gegen eine Nachsteuer (*gabella emigrationis*) der werdende Fremde, der Auswanderer, sein Vermögen mit sich nehmen konnte. . . Auf anderen Gesichtspunkten beruhte es, daß nur unter gewissen Voraussetzungen dem Ausländer der Erwerb von Grundeigentum gestattet wurde. Teils wurde Leistung des Untertaneneids verlangt teils doch Unterwerfung unter den dinglichen Gerichtsstand.«¹⁾

So haben denn, noch in den letzten Menschenaltern und sogar gegenüber kulturreiferen Gemeinwesen, wie Korea, Japan, China (um nur auf einzelne der bekanntesten Vorgänge hinzuweisen), häufig genug erst Drohungen durch amerikanische und europäische Geschwader und unverhüllte Kriegshandlungen die für den Welthandel unentbehrlichsten Häfen öffnen und für deren Offenhaltung in Zukunft sorgen können: meist von ganz vereinzelt *Vertragshäfen* nur allmählich zu umfassenderen Zugangsmöglichkeiten fortschreitend. Selbst nach dem Frieden von Nanking /1842/, der von 4 Vertragshäfen aus erstmals den Europäern, zunächst ausschließlich den Engländern, einen unmittelbaren Chinaseehandel gestattete, durften die Engländer nicht das ganze Jahr hindurch in ihren Faktoreien bleiben; es könne

¹⁾ Siehe Freiherr von Schwerin Deutsche Rechtsgeschichte /Leipzig 1915/, Seite 39 und 41.

»nicht angehen, daß sie sich nach entfernten Märkten, nach den Plätzen im Innern des Landes begeben«; unter »keinerlei Vorwand« sollten die Engländer »ins Innere des Landes reisen oder von den Seehäfen sich entfernen, um Handel zu treiben«, wie die chinesischen Bevollmächtigten Sir Henry Pottinger mitteilten. Sir Robert Hart, der verdienstvolle Schöpfer und Leiter der China aufgedrängten, dem europäischen Handel unenbeherrlichen Seezollverwaltung, gestand noch an der Wende des Jahrhunderts vorbehaltlos ein, daß jeder Vollblutchinese am liebsten den untergrabenden, gleichgewichtstörenden Außenverkehr mit Europa wieder aufgehoben sehen möchte.²⁾

Hat sich aber der Handel den ersten Einlaß, meist unter Beugung und Brechung eines entgegenstehenden Stammes- und Staatswillens, glücklich erzwungen, so wird er darum noch lange nicht zu einem weiterhin sich friedlich und reibungslos einfügenden Glied des fremden ursprünglichen Gemeinwesens. Von unaufhörlichen wirtschaftlichen Umwälzungen, ohne die er nicht auskommt, und die früher hier skizziert wurden³⁾, ganz abgesehen, bedarf er vor allem der stets mehr oder weniger gewaltsamen Aufzopfung einer den neuen Wirtschaftsbeziehungen angepaßten Rechtsordnung: um seinen Abmachungen mit Warenversorgern und Warenabnehmern eine genügende Rechtsunterlage zu errichten, um Urteile, die dem entwickelten Warenhandel entsprechen, aber gerade deshalb den Eingeborenen keineswegs einzuleuchten brauchen, wie in der Alten Welt daheim vollstreckt zu sehen, um einen hinreichend festgefühten Rechtsunterbau für eine regelmäßige händlerische Betätigung zu gewinnen, die in den, an Ort und Stelle vorgefundenen primitiven Wirtschaftsverhältnissen ihresgleichen in Mitteln und Zwecken nicht hat, der vielmehr alle gewohnten Anschauungen und geübten Bräuche der neuerschlossenen Umgebung zuwiderlaufen.

So schafft der koloniale Handel seit seiner ersten Aufschwungszeit überall festumschirmte, eifersüchtig gehütete Gebiete der Exterritorialität: Trutz- und Zwingburgen des rein europäisch gestalteten Fremdenrechts, des streitvollen modern internationalen Warenverkehrsrechts mitten in der friedlichen Urwüchsigkeit des Agrarkommunismus oder des einfachen Naturalwirtschaftens, wie sie den führenden europäischen Völkern vor Jahrhunderten und Jahrtausenden vertraut war, wie sie ihnen gegenwärtig jedoch als bemitleidenswerte Kulturlosigkeit und empörende Barbarei erscheint. Was die heute und ehemals türkischen Länder sofort nach ihrer Neujüngung, komme diese von innen heraus (wie bei den Balkanstaaten und der Türkei selber) oder von außen her (wie im Fall von Tunis und Ägypten), um jeden Preis abzuschütteln trachteten, was selbständiger aufstrebende Staaten wie Japan sofort als demütigendes Fremdjoch empfanden, das hat der bloße koloniale Handel in allen überseeischen Außenzonen des europäischen Wirtschaftslebens geradezu zur Voraussetzung: die Oktroyierung eines, wenn man will: christlichen, Weißenrechts, das bei allen sich erhebenden Interessenkonflikten dem jedesmaligen Eingeborenenrecht unbedingt voranzugehen hat. Der einfache Freihandel, ohne politisches Eingreifen, wie wir ihn zwischen den vollentwickelten Ländern des europäischen Wirtschaftskreises erfüllbar denken, ist dieser koloniale Handel, wie man sieht, wahrhaftig nicht.

²⁾ Siehe Hart These from Sinia /London 1901/, Seite 51.

³⁾ Siehe Schippel Kolonialer Handel und koloniale Produktion in den Sozialistischen Monatsheften. 1917 II, Seite 466 ff.



BER schon der bloße Handel begnügt sich, politisch-staatlich, keineswegs damit eine überragende Rechtsordnung aufzurichten, die als Recht der Fremden und der fremden Wirtschaftstätigkeit zunächst unvermittelt neben dem Eingeborenenrecht besteht: ähnlich wie der selbe Handel anfangs die vorgefundene primitive Produktionsweise weiter sich selber überläßt und nur das fertige Produkt in größeren Massen in seiner Hand vereint und dessen Umlauf beherrscht und vollständig verändert.

Auch zahlreiche andere innere Einrichtungen der primitiven Stämme oder Staaten erweisen sich sehr bald als unverträglich mit seinen Interessen, und so beeinflußt er die öffentliche Gewalt nicht nur, sondern er übt sie, ohne bereits zu ausgesprochener politischer Schutzherrschaft und territorialer Besitzergreifung überzugehen, im stillen mehr und mehr selber aus: abermals in weiter grundsätzlicher Abweichung von den Hauptanschauungen der Manchesterschule und des theoretischen Freihandels, aber auch hier lediglich ein Grundgebot alles kolonialen Fortschreitens vollstreckend.

Der koloniale Handel braucht nicht nur seine europäische Rechtsgestaltung und Rechtssetzung am Ort seiner Niederlassung und seines Aufenthalts. Er bedarf der zuverlässigen und widerspruchslosen Anerkennung und Vollstreckung der hier entspringenden Urteile und damit einer weitreichenden Umbildung und teilweisen oder vollen Beherrschung der urwüchsigen Staatsgewalt. Vor allem bedarf er, seitdem und soweit der alte, vorübergehend so gewinnbringende und auf die Dauer so wohlstandsvernichtende Sklavenhandel abgestorben ist, der innern Befriedung des Landes und seiner weitem Umgebung, des Erlöschens und der Unterdrückung der unausgesetzten inneren Fehden und äußeren Kämpfe der Eingeborenen. Wie noch im deutschen Mittelalter das Königtum, als Zusammenfassung der aufkeimenden staatlichen Zentralgewalt, und die Kirche, als Verkörperung der ursprünglich gleichfalls in der höherzivilisierten Fremde wurzelnden übergeordneten und überlegenen Sittenwelt, den Schutz gegen lähmende und verwirrende Rechtsunsicherheit und Fehde verkünden und erringen mußten, wie sie bestimmte Einrichtungen und Sachen (wie Kirchen, Wohnhäuser, Mühlen), bestimmte Orte (wie die öffentlichen Straßen) und bestimmte Personen (wie Frauen, Geistliche und Juden) vor der gewalttätigen Ausübung der regel- und zügellosen Selbsthilfe der Individuen und Sippen zu sichern strebten, so wird die stete Erneuerung der Pax Romana bei jeder Neuberührung mit *Barbaren* und Halbzivilisierten zur immer wiederholten Voraussetzung des Bestehens und Gedeihens schon des bloßen kolonialen Handelsaustausches: und später natürlich erst recht der europäisch-kapitalistisch beeinflussten und geleiteten kolonialen Produktion. Auch hier steht bereits der Handel vor tieferschürfenden politischen Aufgaben, die er anfangs mehr mittelbar, durch seinen Druck auf die eingeborenen Machthaber und Volkskreise, zu lösen versuchen mag, die unwillkürlich jedoch, schon wegen der ewigen Eifersüchteleien und Unklarheiten, Reibungen und Konflikte, weiter dazu treiben die Hebel der politischen Gewalt entschlossen selber zu ergreifen und zu gebrauchen.

Ähnliches gilt, mit der Sicherung und Vermehrung der einfachsten Trägerpfade beginnend bis zur Anlage moderner Schienenbahnen, vom Wege-

ba u, der in seiner überlieferten Verkümmern und Verwahrlosung sowohl dem Bezug wie dem Absatz der Waren gewöhnlich schon in nächster Nähe der Landungshäfen und der sonstigen Berührungspunkte der gesonderten Kulturkreise eine unübersteigliche Grenze ziehen würde. Und noch reicher an politischen und staatlichen Vorstößen ist fast immer das Steuergebiet. da die kolonial-bodenständige Verwaltung, hierin wiederum mit unserer eigenen Vorgeschichte in Einklang, nur ausnahmsweise in sich bewegenden Transportmassen mehr sieht als ein bequem zu erfassendes und ergiebig zu schröpfendes Ausbeutungsobjekt. Wie die Scheiks des Sudans es als ihr altherwürdiges wohlverbrieftes Recht ansahen von jeder Karawane an den unumgänglichen Treffplätzen der Oasen und Brunnen ihren Zoll zu heischen: wie persische Zollwächter den Handel von und nach dem Golf plünderten und lähmten; wie die innerchinesischen Likinabgaben (nachdem die ersten Einfuhrzölle an den Küsten durch das Machtwort Englands und Europas modern-erträglich geordnet waren) die einmütigen Verwahrungen und Gegenstrebungen des europäischen Handels herausforderten; wie aber den Nutznießern solcher, aus der Vergangenheit überkommenen und in der Gegenwart zu überwindenden Einrichtungen alle Reformen als unerhörte politische Revolutionen und Vergewaltigungen erschienen: so ist die ganze Kolonialgeschichte erfüllt von solchen Befreiungen und Steuerregelungen zugunsten des eingedrungenen Fremdhandels, den die höhere europäische Wirtschaftsordnung nicht nur wie ein verhältnismäßig gleichgültiges Naturgeschehnis aus sich erzeugt, sondern dessen sie unbedingt bedarf zu ihrer möglichst ungestörten Erhaltung und möglichst ungehemmten Erweiterung.

NÄHERT sich schon hiermit die koloniale Wirtschaftsbetätigung nicht nur der politischen Einflußausübung sondern mehr und mehr der politischen Vorherrschaft und Gebietsübernahme, so fallen die letzten Schranken der manchestertheoretisch gepredigten politischen und staatlichen Zurückhaltung und Passivität, sobald die koloniale Produktion, diese Lebensnotwendigkeit der heimisch-europäischen Wirtschaftsentfaltung, in stärkerem Maß einsetzt. Jede Produktionsbetätigung solcher Art und in den kulturell fernabliegenden Außenzonen der Weltwirtschaft schreit förmlich nach der europäisch-überlegenen Staatsgewalt, ohne die alle noch so wichtigen und unentbehrlichen Anläufe wie im Wüstensand verrinnen müssen.

Selbst wenn die koloniale Produktion vorwiegend nur eingeborener Arbeitskräfte sich bedient, so braucht sie zur Leitung und Aufsicht der emporwachsenden agrarischen und industriellen (bergbaulichen) Betriebe eine kopfreichere Zuwanderung von Europäern und damit entweder einen großzügigern Ausbau der Exterritorialität oder, wenn dieser schwankende und lückenhafte Notbehelf beim besten zweiseitigen Willen nicht mehr ausreicht, die Aufrichtung der vollen europäischen Rechtssouveränität über das ganze, ohne adäquate Rechtsgrundlage undenkbare koloniale Produktionsgebiet. Jede solche Produktions- und Arbeitsverfassung weckt und verlangt zudem ein immer vielseitigeres und beweglicheres Herüber und Hinüber von Rechtsbeziehungen zwischen Fremden und Eingeborenen: im Landerwerb, in der Anwerbung und Anwendung von Arbeitern, in der Verpfändung und Beleihung von unbeweglichen und beweglichen Werten, in Miete und Pacht.

in der Einführung und Verwendung von Münze, Maß und Gewicht, in der Rechtsabgrenzung zwischen dem Eigentümer an der Bodenoberfläche und dem Schürf- und Bergbauinteresse an der Aufschließung und Nutzung des Erdinnern, in Vertragsabschluß und Vertragserfüllung jeder Art: ganz abgesehen von Verhalten und Taten, mit denen sich das Strafrecht oder die ältere kirchliche Zwangsgewalt zu beschäftigen pflegt und von deren Gestaltung die Möglichkeit und Wirklichkeit des sozialen Zusammenlebens und Zusammenwirkens von Menschen kaum minder stark und vielleicht noch stärker als von der Privatrechtsordnung beeinflußt und bedingt wird.

Wie soll sich beispielsweise eine bergbauliche Hebung der verborgenen Erdschätze entfalten, wenn (wie dies Kohler für West- und Südwestafrika berichtet) aller »Grund und Boden unaufgeteiltes Stammesgut« ist, wenn sogar »alles unbebaute Land in der Landschaft Gemeindeland insofern ist, als jedem [Stammesgenossen natürlich, beileibe nicht dem Fremden!] das Recht zusteht darauf Vieh zu weiden, Gras zu schneiden, Bäume zu fällen usw.«? Wenn nicht einmal der Häuptling, trotz aller seiner so häufigen Machtfülle gegen Leib und Leben, eine »Veräußerung kraft Eigentumsrechts« vornehmen darf? Oder wenn Simon das Bestehen einer hinreichenden Vorstellung von Individualeigentum und von Rechtsbefugnissen eines individuellen Eigners lediglich daraus folgert, daß — die Missionen ja seit 100 und 50 Jahren bereits »mit Erfolg tätig« waren?

Die Hottentotten waren überhaupt fast gänzlich christianisiert. Schon infolge des Verkehrs mit den Missionaren wie auch mit den christlichen Händlern kann ihnen der Eigentumsbegriff gar nicht mehr fremd geblieben sein, zumal sie nach der Bekundung zuverlässiger Berichterstatter infolge ihrer großen Intelligenz eine stauenswerte Fähigkeit im Erfassen europäischer Anschauungen zeigten.«⁴⁾

Was die siedelungskolonialen Erdstriche anlangt, so handelt es sich vollends, angesichts ähnlicher urwüchsiger Eigentumszustände und Rechtsvorstellungen, um die jähe Überführung ganzer Provinzen, Länder und Reiche der niedrigsten Bodeneigentumsform auf die bisher allgemeiner erzielte höchste soziale Rechtsstufe von Landbesitz und Landbewirtschaftung. Wer wäre vermessen und einsichtslos genug zu glauben, daß solche Wirtschafts- und Rechtsrevolutionen, an die keine unserer großen europäischen Revolutionen in ihren sozial wirtschaftlichen Wirkungen entfernt heranreicht, vollstreckt werden könnten, ohne alle Hebel der Politik und der Staatsgewalt in Bewegung zu setzen?

So drängt hier alles unaufhaltsam zur vollen staatlichen Herrschaftsausübung: zur europäisch bestimmten Gesetzgebung und Rechtsprechung, zur entsprechenden Eigenverwaltung und Gebietshoheit, ohne die der rechtlich-staatliche Oberbau vollkommen haltlos in den Lüften schweben würde. Legen sich die beiden grundverschiedenen Kulturschichten, deren gleichzeitiges Vorhandensein und innerlich weiter Abstand zum Wesen aller Kolonialpolitik gehört, anfangs mehr selbständig neben und über einander, so endet diese Entwicklung folgerichtig und notwendig mit engster gegenseitiger Durchdringung: mit immer unlösbarer auch politisch-rechtlichem Verwachsen der übertragenen, aufgepfropften Kultur und des bodenständigen Wirtschafts- und Sozialgebildes.

⁴⁾ Siehe die Land- und Berggerechtsame der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika /Berlin 1906/; das Gutachten Kohlers Seite 69 ff., das Gutachten Simons Seite 9 ff.

UNLEUGBAR hat in der Kolonialgeschichte auch die stillwirkende, staatlich so gut wie ganz unbeaufsichtigte und unbeeinflusste Selbsthilfe von Individuen und freien individuellen Vereinigungen eine große, im Lauf langer Zeiten eine gewaltige Rolle gespielt. So räumten, um bei der Siedelungskolonisation zu bleiben, in Nordamerika seit den Tagen der Pilgerväter bis zu den Zeitgenossen und Urbildern Coopers und Sealsfields, Pioniere und Abenteurer mit den Rechten (und dem Leben) der Indianer auf. So setzten sich zum zweitenmal auswandernde, gegen die Wildnis vorstoßende Burentrupps mit den Kaffern auseinander wie mit den Löwen und Raubtieren. Aber solcher Selbsthilfe mit ihrer unerhörten Aufeinanderfolge von Betrug, Verrat und Blutschuld rühmt man sich unsrerseits besser nicht, und für die andere Seite, die Eingeborenen, konnte daraus niemals ein von ihnen anerkannter Rechtszustand hervorgehen. Auf diesen Ausweg kann uns also die manchesterliche Kolonialtheorie mit ihrer Staatsscheu nicht verweisen wollen.

Ein zweiter Ausweg war die Abwälzung der unvermeidlichen Kolonialaufgaben auf große privilegierte Kompanien. Aber die Manchester-schule ist im Kampf gegen solche Monopolsellschaften geistig und politisch aufgesprossen. Und tatsächlich waren die chartered companies jederzeit mit so gut wie allen Souveränitätsrechten der europäischen Staatsgewalt ausgerüstet: von der völkerrechtlich beanspruchten und anerkannten Gebietshoheit bis zur Verfügung über Landtruppen und kriegsbemannte Schiffe. Will man eine, höchstens lose verhüllte und verkleidete Staatsgewalt, die rein auf privatem Gewinnstreben, oft allerkurzsichtigster Art, aufgebaut ist, einer an sich weiterschauenden, der öffentlichen Meinung unmittelbar unterstehenden staatlichen Leitung vorziehen? Führte die Manchesterschule nicht den Kampf gegen die letzte und größte, die Britisch-Ostindische Kompanie, und sah sie nicht selber in der rein staatlichen Eingliederung Indiens einen Fortschritt gegen das alte Privatmonopol?

Schaltete man in der Vergangenheit den Staat so viel wie möglich aus, so blieben deswegen die geschilderten kolonialen Notwendigkeiten keineswegs unerfüllt. Aber bei ihrer Durchsetzung war die einzige Kraft geschwächt und gebrochen, die den überseeischen kolonialpolitischen Ausschreitungen allenfalls noch Zügel anzulegen vermochte, und die, der Zukunft und ihrer steigenden Produktions- und Zufuhrbedürfnisse gedenkend, niemals einfach die Verwüstung und Vernichtung der primitiven Völkerschaften und überseeischen Naturschätze wollen kann. Je umfassender die staatlichen Eingriffe sind, desto mehr kann man erst von einer wirklich modernen und entwicklungsfördernden Kolonialpolitik sprechen.

GEORG DAVIDSOHN · ÖKONOMISCHES ZUR RASSENHYGIENE

SEIT Jahrzehnten schon bohrt der Wurm der Geburtenbeschränkung nun auch am deutschen Nachwuchs. Es ist hier nicht der Platz zu untersuchen, ob wirklich, wie einzelne Forscher behaupten, bereits der Trieb das Quantum der Nachkommenschaft herabzudrücken ein erster Schritt zur Degeneration (der Eltern) ist. Daß die Quantität allein nicht selig macht, beweist

gerade auch dieser Krieg. Glücklicherweise sind Physiologen, Psychiater und sonstige Männer der Wissenschaft in Sachen Generation, Degeneration und Regeneration in erster Linie dem Qualitätsproblem nachgegangen, so daß wir mit Hilfe der Arbeiten von Bunge, Forel, Kraepelin, Laitinen, Weichselbaum, Bertholet und anderen leidlich klar zu sehen vermögen. Es handelt sich darum den menschlichen Keim vor Verderbnis zu bewahren. Da der Keim aber in den Keim- oder Geschlechtsdrüsen der Eltern schlummert, so hat unsere Sorge um das Individuum bei dessen Vater und Mutter, bei deren Eltern und Elterneltern einzusetzen. Wir sehen die Reihe ganz deutlich vor uns: gesunde Wurzel, gesunder Same, gesundes Ei, gesunde Frucht oder ungesunde Wurzel, ungesunder Same, ungesundes Ei, ungesunde Frucht oder allerlei Kombinationen, die sich aus der natürlichen Widerstands- und Heilkraft der Organismen ergeben und schlimmsten Anfechtungen zum Trotz auf dem Wunderweg des Atavismus Gesundung zwischen Krankheit und Tod säen. Aber hier haben wir es nur mit den gewöhnlichen Vorgängen zu tun, und da steht denn fest, daß kleinste Schädigungen des elterlichen Organismus sich allmählich zu großen, die Rasse schädigenden Wirkungen summieren.

Wie sehr der Alkohol, den die Eltern genießen, die Nachkommenschaft disqualifiziert oder ihr Entstehen überhaupt verhindert, das ist von Bertholet vor nunmehr 4 Jahren haarscharf nachgewiesen worden, zu einer Zeit also, da (nach der Statistik von 1910) die deutsche Durchschnittsfamilie 4,7 Köpfe, das heißt 2,7 Kinder, zählte, so daß schon hinreichend Grund war die Frage aufzurollen: wie wir bei der sinkenden Quantität des Nachwuchses dessen Qualitäten zu steigern vermöchten. Der Krieg hat uns an dieses Problem auch noch von einer andern Seite herangebracht: von der Ernährung her. Der Mensch braucht, um zu leben, Eiweiß, Fette, Kohlehydrate, Salze; und das in richtiger Proportion, in richtigen Kalorien. Den Reichen schadet, physiologisch betrachtet, das deutsche Kriegsmenu von 1917 nicht übermäßig: sie haben früher zu viel Eiweiß und zu viel Fette genossen und dürften jetzt ungefähr bei derjenigen Ernährung angelangt sein, die sie ihrer Gesundheit zuliebe schon immer hätten innehalten sollen. Aber die Armen: Die Kohlehydrate, das Rückgrat ihrer Ernährung, sind rar und teuer geworden; Kartoffeln (die gute Ernte 1917 ändert das Gesamtkriegsbild nicht), Mehl, Brot, Nudeln, Makkaroni, Reis, Grieß, Hülsenfrüchte, Zucker. Davon verdienen die 3 wichtigsten Posten, Kartoffeln, Brot, Zucker (als Fettersatz und Kindernahrung), besondere Behandlung.

Selbst im schlechtesten Kartoffeljahr käme Deutschland mit seiner Kartoffelerzeugung von rund und durchschnittlich 800 Millionen Zentner vollständig aus, wenn es nicht an 50 Millionen Zentner zu Alkohol verbrennen würde. Mehr noch als den Kartoffeln wird unserm edelsten Nahrungsgut, dem Getreide, entzogen. Im Jahr 1912 wurden 63½ Millionen Zentner Getreide (Gerste und Weizen) in Bier verwandelt. Das Kriegsernährungsamt hat diese Produktion eingeschränkt. Immerhin haben 3 Kriegsjahre doch noch reichlich 45 Millionen Zentner Gerste für die Biererzeugung verwandt: eine Zahl, die erst die rechte Sprache spricht, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß jedes Liter Bier fast genau die Tagesbrotkriegsration eines Deutschen verschluckt. Im Jahr 1916 waren 18 000 Güterwagen nötig, damit allein dem bayrischen Feldheer sein

Bier an die Front gerollt werden konnte. Bevor wir zum Zucker übergehen, muß eine Vorfrage erledigt werden: Alkohol machen bedeutet Zucker zerstören. Millionen erwachsener Menschen hatten in keiner deutschen Schule gelernt, was es mit dem Zucker als Nährmittel für eine Bewandnis hat. Der Krieg hat ihnen dieses Wissen nachträglich beigebracht. Aber das Räderwerk ist vorläufig nun einmal auf Genußmittelhervorbringung eingestellt. Wie Kartoffeln gebrannt, riesige Mengen Getreide verbraut werden, so wird dauernd ein gewisses Quantum Zucker in Trauben- und Obstwein, in Weißbier und Malzwein hineingemischt. Auf diese Weise sind dem deutschen Volk in den letzten 2 Jahren 353 490 Zentner Zucker entzogen worden.

Es kommt nun darauf an zu erkennen, daß uns not tut spätestens nach diesem Krieg, dann aber so bald wie nur irgend möglich, einen an körperlichen, geistigen, seelischen Qualitäten höher differenzierten Nachwuchs zu erzeugen und zu erziehen und diesen Nachwuchs vor allem physisch, natürlich aber auch psychisch und intellektuell besser zu ernähren als es bisher der Fall gewesen ist. Die physiologischen und psychologischen Ungereimtheiten sollen mit den ökonomischen und politischen über Bord geworfen werden. Ein wenig hat der Krieg bereits in neue Wege geleitet. Man lacht nicht mehr, wenn behauptet wird, daß kein Aktionär, aber auch kein Arbeiter zu verhungern braucht, falls das Gewerbe der Brenner und das der Brauer allmählich abgebaut wird. Haben wir doch die letzten 3 Jahre gewaltige Umstellungen erlebt. Wo früher Bier oder Branntwein erzeugt wurde, da entstehen alkoholfreie Getränke, da wird Milch gekühlt, da wird Malzkaffee gemacht, da wird Graupe gemahlen und geschrotet, da werden Obst und Gemüse gedörrt, da wird Fleisch, werden Eier, wird Butter konserviert. Welch weites Zukunftsfeld! Wie der Krieg auch enden mag, eine lange Reihe von Jahren wird es Deutschland ungeheuer schwer fallen seine Menschen durchzubringen. Und wir werden so schnell wie möglich zu lernen haben, was uns in guten Jahren überreichlich zuwächst an Kartoffeln, Obst, Getreide, Gemüse, als Nahrung für Mensch und Tier auf kargere Jahre hinzulegen: mit Hilfe aller jener Trocknungs- und sonstigen Erhaltungsmöglichkeiten, die vor dem Krieg angebaut waren und nach dem Krieg ausgebaut werden müssen. Dann darf allerdings kein Platz mehr für jene sein, die da meinen, wir könnten Jahr um Jahr unbeschränkte Mengen edelsten Getreides, besten Obstes, wertvollster Kartoffeln, wichtigsten Zuckers dem Alkohol hingeben. Vielleicht wird dann auch bald kein Platz mehr für jene sein, die da glauben, es müßten unbedingt, wie bis an die Schwelle des Krieges, in Deutschland 27 048 Hektar vorzüglichen Landes mit Hopfen bestellt werden, statt mit Kartoffeln, Gemüse, Getreide, Flachs, und 105 876 Hektar mit Wein, wofür die Hälfte oder ein Drittel genüge (vor allem wenn wir endlich zur Erzeugung einer guten deutschen Eßtraube gelangen); das der Rebe abgewonnene Gebiet könnte weit besser mit Öl- und Hülsenfrucht bestellt werden. Die 15 775 Hektar deutschen Tabaklandes müssen der Vollständigkeit halber auch noch genannt sein. Das antisoziale Laster des Rauchens (das nicht nur den Raucher selbst und seine Nachkommen schädigt sondern auch die nichtrauchenden Mitmenschen belästigt, ihnen die Luft zum Atmen verschlechtert, die Geruchsnerve peiniget, die Augen reizt und das Gehirn benebelt) einzudämmen sollte doch wirklich keine solche Riesenarbeit erfordern.

Wer den Widersinn unserer alkoholischen Mißwirtschaft erkennen will, der darf es nicht unterlassen dem Gesamtgeldverbrauch der Nation, soweit sie Bier, Wein, Schnaps genießt, nachzugehen. Für die Jahre 1899 bis 1903 sind die Jahresalkoholausgaben des deutschen Volkes (60 Millionen Menschen) reichsstatistisch auf 2826 Millionen Mark errechnet worden. Genosse Arthur Holitscher hat sodann für 1910 (63 Millionen Einwohner) 3809 Millionen Mark herausbekommen.¹⁾ Und jetzt im Krieg ist der Hamburger Sachverständige R. E. May zu der Auffassung gelangt, daß 1912-1913 (68 Millionen Menschen) die Deutschen sich ihr Alkoholbedürfnis nicht weniger als 7984 Millionen Mark haben kosten lassen.²⁾ Selbst den Fall gesetzt, daß May 1½ bis 2 Milliarden zu hoch gegriffen hätte, bleibt doch das eine bestehen: Es ist ein gewaltiges Opfer an Geld, das die Arbeiterschaft dazu beiträgt; ganz gering geschätzt: 3 Milliarden; ein Opfer zudem, das ihre eigene soziale Kampfkraft und Widerstandsfähigkeit verringert. Und noch eine Tatsache hat die Statistik uns schon vor dem Krieg gezeigt: Die Dinge liegen so (das Umgekehrte schien früher richtig), daß mit steigendem Einkommen und mit wachsender Wohlhabenheit die Ausgaben für Alkohol absolut und relativ in die Höhe gehen. Das aber bedeutet, daß gerade die Zukunft der Arbeiterklasse aufs Spiel gesetzt wird.

Und damit kommen wir zu unserm Ausgangspunkt zurück: zur Ehe belasteter Menschen; zur Zeugung belasteter Kinder; zur Beschränkung des Nachwuchsquantums ohne die Balance der Qualitätsverbesserung. Dabei fehlen noch allerlei düstere Schatten in diesem trüben Bild. Denn von der Trunksucht ist kein weiter Weg zur Schwindsucht, zur Geschlechtskrankheit und zum Verbrechen. Woran uns in diesem Zusammenhang nicht das Moralische interessiert sondern die ökonomische Wirkung auf die Allgemeinheit. Sind doch auch diese Dinge sämtlich auf statistisches Tafelwerk gebracht, als da sind: Ausgaben der Krankenkassen für Alkoholkrankheiten, Alkoholunfälle, Alkoholtod; Ausgaben für Anstaltspflege in Instituten aller Art, vom Sanatorium über die Trinkerheilstätte bis zum Idiotenhaus; Kosten der Armen-, Witwen-, Waisenpflege, verursacht durch alkoholisierte Ernährer; Konto der Alkoholiker in Gefängnissen und Zuchthäusern; Entschädigungen für Unfälle und Todesfälle, die der Alkohol verschuldet hat. Bei alledem ist das Einzelschicksal gar nicht eingestellt, da ja in diesen Betrachtungen der Alkoholismus nur als degenerative Massenerscheinung zur Debatte steht. Daher ist nicht vom mißhandelten Kind des Säufers die Rede sondern bloß vom Kind als Nachwuchs; nicht von der verhärmten, unterernährten Frau des Trinkers sondern vom Weib als Gebälerin und Ernährerin der nachwachsenden Generation. Schon vor dem Krieg haben Millionen deutscher Mütter ihre Kinder nicht gesäugt. Wenige aus Bequemlichkeit und Genußsucht, mehr, weil ihr Gesundheitszustand es verbot, die meisten ganz einfach, weil sie neben Fabrik- und sonstiger Arbeit sich und ihrem Kind diesen *Luxus* nicht gönnen konnten. Solange aber nicht jede Mutter, der die gütige Natur den Quell erschließt, in die Lage gesetzt ist ihr Kind zu stillen, werden sich die Wunden nicht schließen, die dieser Krieg dem deutschen Volk schlug. Und solange nicht Bedingungen geschaffen wer-

¹⁾ Siehe Holitscher Taschenatlas zur Alkoholfrage /Berlin 1910/, Seite 35.

²⁾ Siehe May Die deutsche Volksernährung, gemessen am tatsächlichen Konsum großer Konsumentenkreise, im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 1917, XLI, Seite 153 ff

den, die den Alkoholismus eindämmen, wird die Muttermilch nicht wieder so reich und rein fließen wie vor Zeiten; denn, wie die Forschung festgestellt hat, ist eine der Ursachen des Schwundes der Milchdrüsen die Degeneration auf alkoholischer Basis. Ein eigenartiger Rücklauf wird nötig sein: Die Männer müssen lernen immer weniger Alkohol zu trinken, dann werden nach und nach, aus den verschiedensten Ursachen und Folgen heraus, die Kinder mehr und mehr Muttermilch zu trinken haben. Und je mehr gute Milch der Säugling *gekneipt* hat, desto weniger Bier und Schnaps werden der Jüngling, der Mann kneipen.

Selbst den allerbesten Willen vorausgesetzt, wird Deutschland sehr viele Jahre nach diesem Krieg allerdings gar nicht die Möglichkeit haben mit seinen Mädchen und Frauen so pfleglich umzugehen, wie es das Gemeinwohl recht eigentlich erforderte. Auf keinen Fall wird die Frauenberufarbeit entbehrt werden können (und ein Sozialist wird sie im Sinn der Höherentwicklung der Frau gar nicht entbehren wollen). Da aber erhebt sich vor uns die Frage: Wie erziehen wir die Arbeiterin, daß sie dem Mann Kollegin, solidarische Mitkämpferin werde, nicht seine feindliche Konkurrentin? Die beste Methode dürfte wohl sein: sie mit allen den Mitteln emporzuziehen, mit denen der männliche Arbeiter von heute wenigstens einigermaßen in die urbanisierten Formen des modernen Kampfes in Reih und Glied hineingewachsen ist. Kein Mittel, durch das nun die Frau leichter und sicherer in tiefste Tiefen hinabgestoßen wird als eben wieder der Alkohol.

Das Problem, wie nach dem Krieg Arbeit und Arbeitszeit am rationellsten ausgenutzt werden können, ist bereits zur Erörterung gestellt. Durchgehende Arbeitszeit bei Tag und Nacht hat H. Schneider empfohlen.²⁾ Man mag diesen Vorschlag bekämpfen. Aber die Intensivierung der Arbeit wird für die Produktion eine unbedingte Notwendigkeit sein. Gegen das Taylorsystem wird auf die Dauer kaum anzukommen sein. Ist dem so, dann muß die Arbeiterklasse selbst die Sache in die Hand nehmen, damit die Intensivierung der Arbeit nicht eine intensivere Ausbeutung des Arbeiters bedeutet. Die Arbeiter müssen also selbst darüber nachdenken, wie der Nutzeffekt der Arbeit gesteigert und zugleich Geist und Körper des Proletariats geschont, geschützt werden können. Wir müssen wirklich dahin kommen, daß kein Arbeiter vor und während der Arbeit mehr Alkohol genießt. Helles und schnelles Denken, Wacherhaltung aller Sinne, aller Kräfte, zumal des Willens, keinerlei Selbstbetrug, sobald die Hunger-, die Ermüdungsgrenze erreicht ist: so gelangen wir zur vollkommensten Intensivierung der menschlichen und der maschinellen Arbeit. Und da darf der Alkohol nicht hineinpfeuschen.

Der Krieg hat diejenigen, die früher nicht lernen wollten, zum Umlernen gezwungen. Wir sind aber noch lange nicht am Ende aller Ketzereien. Da ist zum Beispiel auch die Frage nach unserer spätern Stellungnahme zu den indirekten Steuern. Wer wagt es noch zu glauben, daß Deutschland nach dem Krieg selbst bei höchster Anspannung der direkten Steuern ohne indirekte auskommen wird? Und wenn dem so ist, wer will dann bestrei-

²⁾ Siehe Schneider Ketzereien zur Frage der industriellen Nachtarbeit. in der Neuen Zeit, 1916 1917 II. Seite 472 ff.

ten, daß die Genußmittel (und der Alkohol ist das gefährlichste und ergiebigste) vor allem andern in die breite Bresche zu treten haben?

Wir sind zu Fragen des Tages gekommen und waren von Problemen der Zukunft ausgegangen. Aber die Dinge gehören zu einander, weshalb Genosse Otto Jenssen, ein junger Parteitheoretiker, das, was uns sozialdemokratischen Alkoholgegnern not zu sein scheint, in der Forderung »ras-senhygienische Gedanken eingliedern in die marxistische Theorie« formuliert hat.¹⁾ Damit aber sind wir am Quell allen Umschaffens angelangt. Aufklären: Das Wort ist abgegriffen. Aber der Begriff zeigt uns eine Pflicht. Wo die Zukunft auf dem Spiel steht, haben Vergangenheit und Gegenwart ihr Recht auf Starrsinn verwirkt.

ADOLF BEHNE · WEM GEHÖRT DIE GOTIK?



WAS niemand für möglich gehalten hätte, ist geschehen: Gotik ist Mode geworden. Dasjenige Gut unserer Vergangenheit, das sich am fremdesten über den Kram des Stimmungsmäßig-Faßbaren erhebt, eben dieses spielt jetzt in dem veränderlichen Auf und Ab der Modewelle. Die Schuld hieran jenen in die Schuhe zu schieben, die sich, je klarer vor ihnen das Wesen einer kommenden Kultur erstand, in um so tiefer beglückter Liebe in das große Werk der gotischen Zeit versenkten, ist unbillig. Denn nichts konnte diesen Menschen von Anfang an ferner sein als die einstige Schönheit für den äußerlichen Putz des Heute auszubeuten. An eine solche Möglichkeit haben sie niemals gedacht, und wenn sie hofften, daß die Zukunft in einem nahen Verhältnis zur gotischen Wirklichkeit stehen möchte, selbst wenn sie hier und dort einige Versprechungen zu erkennen glaubten, so war bei alledem stets die Voraussetzung, daß eine innere Notwendigkeit vorliegen werde. Es konnte ja auch diesen Menschen von Anfang an nichts so verwerflich sein wie das Nachahmen gotischer Stilformen: ein Mißbrauch, den wir übrigens schon vor genau 100 Jahren einmal für eine Generation haben einreißen sehen. Denn nach ihrer ganzen Geistesrichtung konnte für sie niemals etwas anderes von Wert sein als das wahre, reine Schaffen, und wenn sie von einer kommenden Übereinstimmung träumten, so durfte diese nur unbewußt und zugleich doch selbstverständlich sein; was ohne weiteres begreiflich wird, wenn wir beachten, wie ganz anders sie den Begriff der Kunstform auffassen, als alle jene, die in der Kunst irgendein Nachahmen dulden oder selbst üben.

Diese Männer lieben die gotische Kunst, weil durch keine andere Form Europas das Ideal gleich hell geleuchtet hat. Die Verfechter der Mode dagegen klammern sich an die charakteristischen Merkmale des gotischen Stils.

Gotische Kunst und gotischer Stil: zwei Begriffe, die sich durchaus nicht decken. Um die gotische Kunst hat man sich bisher nur ziemlich wenig bekümmert, um den gotischen Stil um so mehr. Und doch ist dieser gotische Stil nichts als die Grenze, bis zu der gotische Kunst noch vom Boden menschlicher Halbheiten aus greifbar ist. Alles das gehört zur Gotik als Stil, was noch zusammengeht mit menschlichen Konventionen und Hüllen und allem Unfertigen, nur halb Aufgerichteten, instinktiv Gehorsamen der Menschen. Deshalb streitet der französische, der italienische und der

¹⁾ Siehe Jenssen Abstinenzbewegung und Erbhygiene, im Abstinenten Arbeiter, 1917, Seite 33.

deutsche Nationalist um die Entstehung des gotischen Stils, und deshalb streitet, wer die Gotik als Kunst und als Form liebt, auf keiner Seite; denn er weiß, daß die Gotik keine nationale, nicht einmal eine europäische Angelegenheit ist sondern eine kurze Blüte morgenländischen Geistes auf europäischem Boden.

Es ist nichts so bezeichnend, als daß alle jene, die das Gotische für ein Meisterwerk gerade deutschen Geistes ausgeben wollen (und ihrer sind jetzt so viele, daß man wirklich von einer gotischen Mode sprechen muß), nicht nur die Verkleinerung der gotischen Kunst in den gotischen Stil ohne weiteres sondern darüber hinaus noch allerlei Verengungen vornehmen müssen. Es wird so lange vom Ganzen abgeschnitten, bis *Spätgotik*, bis *Sondergotik*, bis *Backsteingotik*, bis *norddeutsche Backsteingotik* übrigbleibt. Schon hier liegt ein, übrigens heute sehr beliebter, Denkfehler vor, indem man jene Sache, die angeblich bewiesen werden soll, bereits bei der Auswahl des Materials als stillschweigend bewiesen mitwirken läßt. Ein solches wissenschaftliches Verfahren gilt geradezu als schick. Moeller van den Bruck ist ein besonders deutliches Beispiel. Bei ihm ist es ganz greifbar, wie eine bestimmte vorgefaßte Meinung vom *Preußentum* von vornherein die Auswahl und die Deutung des Materials färbte.¹⁾ Auf diese Art läßt sich natürlich alles beweisen. Ein anderes Beispiel: Eugen Fischer empfindet es offenbar gar nicht, wie lächerlich es ist Luthers Leben in einer feierlichen Auswalzung des *Lutherstils* (»Eine feste Burg . . .«) auf mehrere hundert Seiten Lutherbiographie zu erzählen.²⁾ Verwechslung von Ursache und Wirkung: hymnisch vorgetragene Banalitäten.

Am deutlichsten zeigt ein Buch Hans Muchs, was man aus der Gotik alles machen kann, wenn man nur ein guter *Patriot* ist.³⁾ Die Gotik wird anekdotiert, mit genau den nämlichen tönenden Gründen, mit deren Hilfe die Nationalisten diesseits und jenseits ihr Länderannexionsgeschäft betreiben. Sollte der ganze Komplex für den Magen selbst dieser Aneignernaturen zu groß sein, so schneidet man sich hier oder da ein Stück, das man für das Beste hält, heraus — und weist dann nach, daß dieses ja urgermanisch, urgallisch seit dem Beginn der Welterschaffung sei. Als das weitaus beste Stück der Gotik gilt für Much die norddeutsche Backsteingotik. Much sieht in ihr den Urbegriff alles Kernig-Deutschen am reinsten verkörpert, was gewiß nicht wundert, wenn wir Much zuvor die Gotik überhaupt in wagnerisch-schwungvoller Rede als »Formung der Germanenseele« feiern hörten. Was aber doch wundert, ist, daß sich daneben unvermittelt ganz klare Einsichten über die Herkunft der Gotik aus dem Morgenland finden, über die Zusammenhänge selbst der nördlichst-deutschen Backsteingotik mit Persien, dem Iran, dem Islam und allem, was noch hinter dieser steht. Und dennoch die Beschlagnahme der Gotik für die Germanenseele, die doch für unser Wissen ein viel zu vager Begriff ist, als daß wir mit ihm so selbstbewußt arbeiten sollten. Aber wahrscheinlich wird er eben deshalb so gern verwendet, weil sich in seine schwankende, dehnbare Nachgiebigkeit recht bequem alles das hineinschmuggeln läßt, was man sich für heldische

¹⁾ Siehe Moeller van den Bruck *Der preußische Stil* /München 1915/.

²⁾ Siehe Fischer *Das Leben Martin Luthers*, in der *Deutschen Revue*, 1917, CLXXI, Seite 44.

³⁾ Siehe Much *Norddeutsche Backsteingotik* /Hamburg 1917/; siehe darüber auch die *Rundschau Kunstgewerbe*, in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1917 II, Seite 858.

Tugenden wünschen mag. Es dürfte da also der persönliche Wunsch der Vater des *wissenschaftlichen* Gedankens geworden sein. Wie es aber mit der wissenschaftlichen Verwendbarkeit des Germanischen steht, hat kürzlich Andreas Heusler in einem sehr instruktiven Aufsatz dargetan.¹⁾ Ich zitiere seinen Satz: »Man ist heute etwas freigebig mit dem Worte germanisch, da wo Deutsches gemeint ist. Das, was ältere deutsche Kunst von der antiken oder italienischen unterscheidet, pflegen unsere Kunsthistoriker kurzer Hand als *germanisches* Formgefühl zu verzeichnen. Zu diesem Namen hätte man nur da ein Recht, wo man zeigen könnte, daß diese Formtriebe über die Deutschen und Niederländer hinausreichen, daß sie insbesondere auch den Skandinaviern, und nicht erst durch späte Nachahmung, eigen waren.« Much aber spricht nicht nur unbekümmert von der »Germanenseele«, die er offenbar ganz genau kennt, sondern selbst von »reiner Germanenkunst«. Und diese reine Germanenkunst: das eben ist die norddeutsche Backsteingotik. Einen bessern Beweis für das oben Gesagte, daß den nationalistischen Nutzanwendern der Gotik nichts anderes übrigbleibt als der gotischen Kunst den gotischen Stil zu unterstellen, kann es kaum geben. Ganz gewiß gehört in das reiche Bild der Gotik auch das, was der norddeutsche Backsteinbau damals Schönes gebildet hat, aber dieses zum Zentrum machen zu wollen, das scheint ein bißchen komisch. Wir wollen doch nicht im Glück provinzieller Eigentümlichkeiten vergessen, daß die Gotik ein Zeugnis reinsten und freiesten Universalität ist. Die Versuche der Kunstpatrioten zielen aber darauf aus ihr ein Zerrbild zu machen, das eine historische Glanzbestätigung für ihren Neuheroismus und Neuromantizismus geben soll. Sie wollen uns einreden, das Wesen der Gotik sei Markigkeit und Schneidigkeit. Nun, mit eurem gotischen Stil macht, was ihr wollt, aber die gotische Kunst entzieht sich euch. Sie ist etwas ganz anderes gewesen als Reckenhaftigkeit, Raubrittertum und jenes Gemisch aus Rücksichtslosigkeit und Sentimentalität, das vielen als »Formung der Germanenseele mit ihrer schwerlastenden welterobernden Zweiheit« erscheint. Das Ideal dieser Menschen müßte eigentlich eine Gotik aus poliertem Granit sein, mit Eisenkanten.

Nach meinem Dafürhalten liegt es am ganz entgegengesetzten Ende: in der Glasarchitektur. »Die gotische Kathedrale ist das Präludium der Glasarchitektur«, hat Paul Scheerbart geschrieben.²⁾ Und wirklich kann am ehesten die helle, zarte und reiche Schönheit der Gotik in einer Architektur des Glases neu erstehen. Durchblättern wir einmal das Muchsche Buch: wo sind denn die höchsten Schönheiten? Dort, wo sich der Backsteinbau in charakteristischer Reinkultur darstellt, wie etwa im Tangermünder Rathaus, oder dort, wo sich in seine erdigen Mauern mit hohen, himmlischen Fensterfeldern Bruchstücke einer ersehnten Architektur aus Glas einstellen? Was ist schöner an aller Backsteingotik als das Seitenschiff der Danziger Marienkirche, als die Schmalseite des Pelpliner Doms, als das Seitenschiff der Georgskirche zu Wismar? Hier empfindet man, in welche Weiten und Höhen der Geist des Erbauers träumte. Über jene, die den *reinen* Backsteinstil preisen, hätte er gelächelt. Denn, um uns einmal in Stilfragen einzulassen, wenn es einen Stil gibt, den man nicht tothetzen darf, dann ist es der norddeutsche Backsteinstil, dem bezeichnenderweise spätere Zutaten im Renaissance-

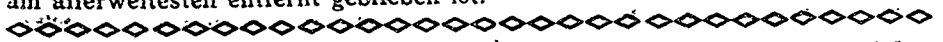
¹⁾ Siehe Heusler Die Isländersagas als Zeugnisse germanischer Volksart, in der Deutschen Revue, 1916, CLXX, Seite 375.

²⁾ Siehe Scheerbart Die Glasarchitektur /Berlin 1913/, Seite 79, ferner Seite 30 f.

geschmack fast stets nur genützt haben. Und wenn es wahr ist, daß seine Innenräume nicht das heute gewöhnliche nüchterne Aussehen weiß getünchter Mauern hatten, so doch nicht deshalb, weil sie im nackten Rot der Ziegel »geprangt« hätten, sondern weil sie auf dem Bewurf ursprünglich bemalt waren, wie die Nikolaikirche zu Stralsund beweist.⁶⁾ Wenn das Münster zu Doberan diesen Schmuck wirklich und von Anfang an entbehrt haben sollte, so ist das noch kein Grund es gerade deshalb besonders zu rühmen. Übrigens würde auch bei diesen Untersuchungen ein Blick über die Grenzen der Heimatprovinz förderlich sein. Nach den Proben russischer Backsteinarchitektur aus Jaroslawl, die das sehr schöne Rußlandbuch des Delphinverlags bringt, sind die Möglichkeiten des Backsteins in Norddeutschland doch keineswegs so ausgeschöpft wie man gern behauptet.

Niemals hätte ein Gotiker den norddeutschen Backsteinbau für etwas anderes als einen Notbehelf gehalten. Der hohe Reiz, den er nicht selten hat, entstand trotz den zum Verzicht zwingenden Sprödigkeiten des Materials. Sollen wir uns nun auf dieses Material versteifen? Das dürfen wir um so weniger, als in der Verhimmelung der germanischen Backsteinsondergotik noch andere Gefahren lauern. Es ist nämlich gar nicht zu übersehen, daß mancher vielbewunderte Bau dieser Art seine romantische Schönheit mehr dem Einfluß der Zeit und dem Mitwirken der vegetativen Umgebung verdankt als wirklichen eigenen Vorzügen. Es fehlt nicht an Bauten, die könnten wir sie als Neubauten sehen, sich leicht als Vorbilder der neudeutschen Backsteingotik von der Art des Köpenicker Rathauses verrieten.

Wenn wir wünschen, daß die Zukunft eine ähnliche Bestätigung ihrer menschlichen Lebensform erhalte wie Europa einmal vor einem halben Jahrtausend, dann müssen wir damit beginnen uns zum Größern und immer zum Größern hinzulenken, müssen wir die europäische, nationale, provinzielle und persönliche Eigenliebe zergehen lassen, um der Liebe zum Ganzen Eingang zu gewähren, müssen wir von allem Opportunismus und aller Deuterei der Faktoren nach den Launen augenblicklicher Machtverhältnisse gänzlich absehen und den Mut haben lieber uns selbst wehe zu tun als der Wahrheit, die ja freilich unendlich geduldiger ist als wir. Wir müssen an den Bau der Form gehen, und zwar ganz von unten an, dürfen nichts einbauen, was wir nicht auf seinen Wert geprüft hätten. Selbst »Verkehr und Industrie, Bahnhof und Fabrik, Platzwand und Straßenbild« dürfen wir nicht unbesehen in den Bau der Form eingehen lassen: und dies wäre, soweit ich ihn kenne, der einzige Einwand, der sich gegen den in der Gesinnung sehr sympathischen Vortrag Hans Poelzigs über die Entstehung der Gotik erheben ließe.⁷⁾ Dieser Bau der Form ist unsere höchste Aufgabe. Und wenn die physischen und die geistigen Begrenzungen ringsum für die Arbeit an der allgemeinen menschheitlichen Form ein Hindernis sind, dann müssen wir sie vergessen machen. Gotik kann nur erhoffen, wer Geduld und Demut liebt. Wer die Macht liebt und den Hochmut, der kann höchstens aus ihren Stilresiduen eine augenblickliche Mode machen und gerade damit beweisen, daß er vom Ziel am allerweitesten entfernt geblieben ist.



⁶⁾ Siehe Voß Die neu aufgedeckten Wandmalereien der Nikolaikirche zu Stralsund, im Cicerone, 1909. Seite 709 ff., und 1910, Seite 70 ff.

⁷⁾ Siehe den Bericht über Poelzigs Vortrag in der Berliner Sezession am 24. März 1917. in der Neudeutschen Bauzeitung, 1917, Seite 127 f.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Max Quarck

Mutter- und Kinderschutz

Den Versuch alle Kriegsnöwendigkeiten der Arbeiterinnen- und Kinderschutzes für die gesetzgeberische Praxis zu formulieren, macht der 2. Teilbericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, der im Reichstag verteilt worden ist und für den der Verfasser dieser Rundschau Berichterstatte ist. Neben der Wiederherstellung der vollen Gewerbeaufsicht und Unfallverhütung sowie der endlichen Durchführung des Heimarbeitsgesetzes wird für Arbeiterinnen der Kriegsindustrie die Achtstundenschicht bei Tag- und Nachtbetrieb, sonst die Zehnstundenschicht, jeden 2. Sonntag völlige Arbeitsruhe und Wöchnerinnenschutz für 10 Wochen beantragt. Anständige Lohnklauseln sollen in allen behördlichen Lieferungsverträgen Aufnahme finden. Für den Kinderschutz wird Schaffung, Ausbau und bessere finanzielle Ausstattung der Säuglingsfürsorge, Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte sowie eine Umgestaltung des Rechts der unehelichen Kinder namentlich dahin beantragt, daß die Unterhaltspflicht des Vaters bis zum 18. Jahr ausgedehnt, dem Stand des Vaters angepaßt und eventuell durch Bestrafung sichergestellt wird, sowie daß die Einrede des Mehrverkehrs eingeschränkt und Reichszuschüsse für die auf die Generalvormundschaft und tragfähigere Schultern übernommene Fürsorge für das uneheliche Kind gegeben werden. In seiner nächsten Sitzungsperiode wird der Reichstag über diese Anträge verhandeln; jetzt stehen sie zur öffentlichen Diskussion. Unterdes kann aber der Bericht schon mitteilen, daß die Ausschussberatungen, an denen auch die Referentin im Kriegsamte teilnahm, teilweise Erfolg hatten. Der Reichskanzler schritt bei den Bundesregierungen für die Wiederherstellung der vollen Gewerbeaufsicht und für die Einschränkung der Ausnahmen vom Arbeiterschutz ein, die von den einzelnen Verwaltungsbehörden auf Grund einer Bundesratsverordnung vom 4. August 1914 so reichlich und häufig gewährt worden waren, daß die Ausnahmen die Regel bildeten. Das ist nach zwei Richtungen hin bereits ein bemerkenswerter Erfolg der Ausschussverhandlungen, der in der Arbeiter-

schutzpraxis nicht allzu häufig vorkommt. Er erklärt sich wohl daraus, daß der Ausschuss mit Hilfe eines vorberatenden Unterausschusses immer zu einer achtunggebietenden Einstimmigkeit für seine Anträge gelangte.

Aus den Anlagen des Berichts sind besonders die Schutzerlasse aus dem Reichsamte des Innern wertvoll sowie der Abdruck des norwegischen Gesetzes zum Schutz der unehelichen Kinder.

Heimarbeit: Lohnschutz

Nach 5 Jahren des Zögerns und der Erörterungen mit Unternehmern ist jetzt durch Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1917 wieder nur ein Teil des Lohnschutzes, und zwar der unerheblichere, in Kraft gesetzt worden, den das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 bringen sollte. Die §§ 3 und 4 dieses Gesetzes, die Lohnlisten und Lohnbücher vorschreiben, treten vom 1. Januar 1918 ab in Kraft. Sie bringen die sogenannte Publizität der Löhne. Die Heimarbeiter sollen sich genau über die Lohnverhältnisse unterrichten können. Manchmal ist der Lohn nur deshalb sehr niedrig, weil er geheimgehalten wird. Sobald er bekannt ist, werden Schritte zu seiner Erhöhung wirksam. Der Herstellung dieser Publizität dient die Vorschrift, daß Lohnverzeichnisse in den Räumen, in denen Heimarbeit ausgegeben oder abgenommen wird, ausliegen müssen, sowie die andere, daß Lohnbücher oder Arbeitszettel an die Heimarbeiter gegeben werden sollen, in denen die Lohnabmachungen verzeichnet sind. Diese sollen dem Arbeiter ermöglichen Lohnstreitigkeiten ohne Beweisschwierigkeiten durchzuführen und blinde Akkorde zu verhüten; als Hilfsmittel für die Krankenversicherung leisten sie gute Dienste. Leider nimmt die Ausführungsverordnung des Bundesrats die Tapiserwarenherstellung kunstgewerblicher Handarbeiten und Weißzeug wie Wäschestickerei widerrüchlich von der Vorschrift aus Lohnbücher auszugeben, wenn es sich um Arbeiten handelt, die nach besonderer Angabe des Bestellers auszuführen sind. Damit wird Gesetzesumgehungen Tür und Tor weit geöffnet. Und von der Pflicht Lohnlisten aufzustellen werden ausgenommen: die Juwelenbijouterie und Kettenfabrikation der Edelmetallindustrie, das Nähen von Puppenkörpern und Puppenkleidern, fer-

ner das Konfektionieren von Hosenträgern, Gürteln und Strumpfhältern sowie 8 örtliche Hausindustrien in Preußen und Sachsen und jene bestellten Arbeiten. Dieses Übermaß von Ausnahmen für Heimarbeiten, die lange genug von geheimen Hungerlöhnen Nutzen zogen, wie die Weißzeug- und Wäschestickerei, ist sozialpolitisch höchst bedauerlich. Der Beweis für die Möglichkeit und Durchführbarkeit der Aufstellung selbst sehr detaillierter Stücklohnlisten ist durch zahlreiche Tarifverträge erbracht, und sie sind zum Beispiel in England seit Jahren gerade für solche Heimarbeiten vorgeschrieben, die jetzt die deutsche Bundesratsverordnung wieder ausnimmt. Von den Lohnbüchern aber urteilt eine sehr gemäßigte Kennerin der Verhältnisse, Käthe Gaebel, in ihrer neuesten Veröffentlichung (siehe weiter unten den Abschnitt Kriegspublikationen): »§ 4 könnte sofort und ohne jede Ausnahme zur bindenden Vorschrift werden; in vielen Gewerben wird er ohnehin nur zum Gesetz machen, was in geordneten Betrieben jetzt schon Übung ist.« Danach kann man beurteilen, wie verfehlt die Verstümmelung der Publizitätsparagrafen ist, von denen Arndt in dem Werk über die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet III, Seite 650, ohnehin meint: »Sehr weit wird ihre Wirkung nicht reichen. Einige böse Auswüchse auf den untersten Stufen werden beseitigt werden. Die mittleren, auf die es hauptsächlich ankommt, werden wenig berührt werden. Daß sich die durchschnittlichen, normalen Lohnsätze . . . heben werden, ist kaum zu erwarten. Denn . . . die große Masse der normalleistungsfähigen Arbeiter . . . ist schon längst über alles Notwendige unterrichtet und nutzt die Konkurrenz aus, soweit es nur geht.« Wenn sich die Reichsregierung wenigstens bemüht hätte neben der verstümmelten Publizität der Löhne endlich die Fachausschüsse zur direkten Lohnbestimmung ins Leben treten zu lassen und den gesundheitlichen Schutz der Heimarbeiter durch Verordnungen auszubauen! Aber davon ist bei dieser sozialpolitischen Kleinflickerei vollends gar keine Rede.

**Gewerbe-
gerichte:
Beisitzer**

In dem Entwurf eines Gesetzes über die Ergänzung der Beisitzer der Gewerbegerichte, der dem deutschen Reichstag in seiner Oktobersession vorlag, wollte die Regierung die durch den Krieg verhinderten oder gefallenen Beisitzer ein-

fach durch die Vertretung der Gemeinden oder des weitem Kommunalverbands ersetzen lassen. Außerdem sollten gewisse Vorschriften des Gewerbegerichtsgesetzes, die die Zuziehung von Beisitzern oder einer größeren Anzahl von ihnen zur Entscheidung der Klagenfälle sichern, für die Kriegszeit aufgehoben werden. Der Reichstag hat nach Vorberatung in einem Ausschuß diese Bestimmungen ganz gestrichen und das geltende Recht gesichert, für die Besetzung der freiwerdenden Beisitzerstellen aber die Gemeindebehörden an Vorschlagslisten gebunden, die von den wirtschaftlichen Organisationen, die an der letzten Wahl beteiligt waren, gemacht werden können, und die zur Wiederherstellung der Beisitzerlisten im Sinn des Ergebnisses jener Wahl zu benutzen sind. Unbegreiflicherweise hat der Reichstag einen im Ausschuß gestellten sozialdemokratischen Antrag unbeachtet gelassen, nach dem endlich auch Frauen als Beisitzer für die Kriegszeit fungieren können. Daß eine so maßvolle Reform, die durch die Kriegsausdehnung der Frauenarbeit mehr als gerechtfertigt ist, kein Verständnis bei der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments fand, ist sehr bedauerlich. Am 11. Oktober hat das Plenum das so umgestaltete Gesetz verabschiedet.

Arbeitsnachweis Die Ortspolizeibehörden einer Anzahl preußischer Großstädte, zum Beispiel die von Berlin und Frankfurt am Main, haben auf Grund des Stellenvermittlungsgesetzes vom 2. Juni 1910 den gewerbmäßigen Stellenvermittlern ihres Kreises gestattet während der Dauer des Krieges einen Zuschlag von 20 % zu den bisher geltenden Gebühren zu erheben. Das bedeutet eine bedauerliche Befestigung der privaten Stellenvermittlung, die längst durch die öffentliche hätte überflüssig und unschädlich gemacht werden sollen, und außerdem eine erhöhte Schröpfung der Angestellten und Arbeiter, die bei diesem Stand der Dinge leider noch auf die Benutzung privater Stellenvermittler angewiesen sind, also im Krieg namentlich der ohnedies unterbezahlten weiblichen Arbeitskräfte. Dabei war in Berlin nicht einmal die Vorschrift des § 5 des angeführten Gesetzes beobachtet und der Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises nicht angehört worden, wie der Vorwärts vom 14. September feststellte, ohne Widerspruch zu finden. In Frankfurt am Main ist diese

Anhörung allerdings erfolgt; doch hat sich das städtische Arbeitsamt sonderbarerweise mit Zustimmung der Arbeitervertreter für die Tarifierhöhung ausgesprochen, unter der Voraussetzung, daß sie 3 Monate nach Kriegsschluß wieder fortfällt. Auf eine Anfrage des Verfassers dieser Rundschau im Reichstag am 27. September hat der Regierungsvertreter in der Sitzung am 6. Oktober erwidert, daß der Reichsregierung diese Vorkommnisse amtlich nicht bekannt seien, daß sie aber Ermittlungen angestellt habe. Hoffentlich wird der Reichskanzler zu verhüten suchen, daß der Krieg mit seiner Teuerung zu noch stärkerer Bereicherung der privaten Stellenvermittler und intensiverer Ausbeutung der Stellensuchenden benutzt wird.

Österreich Durch Verordnung vom 9. Januar 1917 hat die österreichische Regierung das Krankenversicherungsgesetz mehrfach verbessert. Das Unterstützungsausmaß ist erweitert worden; den weiblichen Versicherten, die sich im letzten Stadium der Schwangerschaft befinden und sich mit Rücksicht auf ihren Zustand der Lohnarbeit enthalten, kann vor der Entbindung auf höchstens 4 Wochen das Krankengeld gewährt werden. Stillprämiën dürfen bis zur Dauer von 26 Wochen bezahlt werden. Ferner können die Kassen für Erkrankte in häuslicher Pflege geschultes Pflegepersonal stellen, wobei die Hälfte der Kosten auf das Krankengeld angerechnet wird. Die Versicherung der Familienangehörigen wird gesetzlich geregelt. Der Minister kann sie für bestimmte Gebiete zwangsweise einführen. Infolge dieser Verbesserungen der Krankenkassengesetzgebung namentlich für arbeitende Frauen, denen man die Einwirkung der ausgedehnten weiblichen Kriegsarbeit anmerkt, mußte auch die Gewerbeordnung dahin geändert werden, daß entsprechend der Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen das Verbot der Verwendung von schwangeren Frauen bei gewerblicher Arbeit auf die gleiche Zeit erstreckt wird. Durch eine Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch wird der Anspruch des Arbeiters auf den Lohn, falls er durch unverschuldete Krankheit oder Unglücksfälle nach mindestens 14tägiger Dienstleistung nicht länger als 1 Woche an der Dienstleistung verhindert wird, gesetzlich sichergestellt. Für Hauslehrer und andere in privater Stellung befindliche Personen, die sogenannte höhere

Dienstleistungen verrichten, werden die Probezeit und die Bestimmungen über Kündigung und Lösung des Arbeitsverhältnisses festgelegt, die denjenigen der Handlungsgehilfen entsprechen. Leider sind die ländlichen Arbeiter auch bei dieser Reform wieder völlig leer ausgegangen; sie bleiben nach wie vor der veralteten Dienstbotenordnung unterworfen. Ferner ist ein gewisser Mieterschutz für Inhaber von Wohnungen bis zu 3000 Kronen durch Verordnung vom 26. Januar 1917 getroffen. Danach ist die Erhöhung der Miete solcher Wohnungen nur insoweit zulässig, als sie durch eine Erhöhung der Erhaltungs- und Verwaltungsauslagen, der öffentlichen Abgaben oder des Hypothekenzinsfußes begründet ist. Gegenüber Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer ist jede Mietssteigerung ausgeschlossen; wenn die Angehörigen im Bezug des staatlichen Mietsbeitrags stehen und ihr Unterhalt durch die Erhöhung der Miete gefährdet wird. Eine Kündigung des Mietsvertrags durch den Vermieter ist künftig nur aus wichtigen Gründen möglich. Andererseits wird dieser durch das Verbot einer Erhöhung des Hypothekenzinses geschützt, die weder durch allgemeine Änderung der Zinsfußverhältnisse noch mit Rücksicht auf frühere Verpflichtungen des Gläubigers notwendig wird. Über die Zulässigkeit einer Mietssteigerung entscheidet auf Antrag eine 7gliedrige Kommission bei der politischen Landesbehörde. Mietsämter sind in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern zu errichten. Diese Vorschriften wurden zunächst für Wien und Umgebung sowie für die 8 größeren Städte der Donaumonarchie eingeführt.

Hotelangestellte Nach einer Statistik des Schweizer Hoteliervereins für das Jahr 1912, die vor kurzem erschien, wären im Beherbergungsgewerbe der Schweiz 43 336 Angestellte beschäftigt. Nur das Schweizer Textil- und Metallgewerbe beschäftigt größere Arbeitermassen. Gegen 1880 hat sich die Zahl der Hotelangestellten um 169 % gehoben, also beinahe verdreifacht. Am stärksten ist sie im Tessin gewachsen, dann in Bern und an 3. Stelle in Graubünden. 71 % sind Schweizer und 29 % Ausländer. Die Zahl der Ausländer ist um 6 % gewachsen. Die Zahl der männlichen und weiblichen Angestellten ist fast gleich. Von den 43 336 Angestellten entfielen 1912 16 000 auf Jahresgeschäfte, 13 000

auf Einsaisongeschäfte und 13 000 auf Zweisaisongeschäfte. Die letztgenannte Gruppe ist mit der Einführung des Wintersports hinzugekommen und hat die Arbeitsgelegenheit ganz wesentlich gehoben und regelmäßiger gemacht. Auf einen Angestellten entfielen im Jahr 1880 3,3, im Jahr 1909 3,9 Fremdenbetten, die Arbeitsleistung ist also gestiegen. Berechnet auf das Fremdenbett wurden 1894 erst 98, dagegen 1912 137 Franken an Löhnen ausgegeben. Der Lohn an Männer betrug pro Fremdenbett im Jahr 1894 beinahe das Dreifache, im Jahr 1912 nicht mehr ganz das Doppelte des Frauenlohns für den selben Zweck. Leider gibt die Hotelierstatistik aus begrifflichen Gründen keine weiteren, eingehenderen Lohnzahlen.

Kriegspublikationen An einen der wundensten Punkte des deutschen Arbeiterschutzes rührt das

Buch Käthe Gaebels und Max von Schulz 'Die Heimarbeiter im Kriege' /Berlin, Vahlen/. Nach einer gründlichen Kritik des Hausarbeitsgesetzes von 1911 und seiner verschleppten Ausführung werden die behördlichen Lohnfestsetzungen bei Heeresarbeiten, die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Tarifgemeinschaften sowie die Organisationsversuche der Heimarbeitsverbände im Krieg sachkundig dargestellt und beurteilt. Die Beziehungen der Heimarbeiter zur Kriegsinvalidenfürsorge, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zu Gewerkschaften und Genossenschaften erfahren in besonderen Kapiteln eingehende Behandlung, wobei die Schrift allerdings der Tätigkeit der freien Gewerkschaften für die Heimarbeitsreform im Krieg zusammenfassend nicht gerecht wird, während sie vom Gewerkverein der Heimarbeiterinnen ruhig hätte sagen können, daß sein Wachstum und namentlich seine finanzielle Stärkung lediglich aus der Bevorzugung herrührt, die er seitens der Nähstuben des Nationalen Frauendienstes im Krieg erfahren hat. Das Wertvollste an dem Buch sind sodann seine tapferen Schlußfolgerungen. Es verlangt, daß der Staat durch Lohnausschüsse mit Verhandlungszwang den Unterbau für den Abschluß von Tarifverträgen schafft, daß eine Bundesratsverordnung die Rechtsverbindlichkeit der Heereslöhne auch für den Frieden erklärt, und daß die Reichsversicherungsordnung die möglichste Gleichstellung der Heimarbeiter mit den übrigen Versicherten vornimmt.

Kurze Chronik Das Internationale Arbeitsamt in Basel hat nach seinem letzten Rundschreiben auch das dritte Kriegsjahr überstanden. Die Mehrzahl der Regierungen zahlte ihre Beiträge weiter. Frankreich und England kürzten sie jedoch. Dagegen blieben die Landesaktionen von Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich und Italien mit ihren Beiträgen (zusammen zirka 10 000 Francs) aus. Im Jahr 1916 betrug die Einnahmen und Ausgaben 72 177 Francs; im Voranschlag für 1917 sind 105 700 Francs angesetzt. ◊ Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit sprach sich auf seiner Berliner Tagung Mitte September nach Referaten Hugo Lindemanns (Stuttgart) und S. P. Altmanns (Mannheim) für eine baldige reichsgesetzliche Einführung der Erwerbslosenunterstützung mit Verwaltung der Gemeinden und Kommunalverbände und in Verbindung mit öffentlichen Arbeitsnachweisen und Gewerkschaften aus, die Kosten sollen für die Übergangszeit vorwiegend Reich und Staat tragen.

Literatur Die ganze industrielle Sozialpolitik der kriegführenden Staaten und der Neutralen sucht Stephan Bauer zu überblicken und großzügig darzustellen. In dem Schriftchen Sozialpolitik im Kriege und nach Friedensschluß Zurich, Grüllverein, . Sehr nachsichtig wird das Versagen der zivilen Arbeiterschutzbehörden in Deutschland während der ersten Kriegsjahre beurteilt; die steigende Frauenarbeit ist gut beachtet; ihre sozialpolitische Behandlung in den verschiedenen Ländern wird hoffentlich später noch eingehender dargestellt werden. Erfreulich berührt der Optimismus, mit dem der Autor dem Ausbau des Arbeiterschutzesprogramms der Internationalen Vereinigung nach dem Krieg entgegen sieht, und mit dem er bereits die Einzellinien dieses Ausbaus entwirft (die ich durch die Fortbildungsschulpflicht für Mädchen und ihre stramme Durchführung ergänzt sehen möchte). ◊ Die Schriften des Deutschen Ausschusses für Kleinkinderfürsorge /Leipzig, Teubner/ behandeln in kleinen Einzelheften unter anderem die Kriegsnot der aufsichtslosen Kleinkinder (Poligkeit), wobei eine Frankfurter Erhebung als gute und feste Grundlage der Darstellung dient, sowie Vorschläge für die Einrichtung von Kriegstageheimen (Margarete Bolder) und die gesundheit-

ische Kleinkinderfürsorge (A. Gottstein), wo kurze, aber bestimmte und sachkundige Anleitungen zum Ausbau der Kleinkinderbewahranstalten gegeben werden. Wenn die finanziellen Mittel beschafft würden, um allen diesen guten Vorschlägen zur Verwirklichung zu verhelfen, so könnte man auf eine Vereinigung der theoretischen und praktischen Organisationsarbeit von besonderer Fruchtbarkeit blicken.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampfmeyer

Internationale Konferenz 1917 Vom 1. bis zum 4. Oktober tagte in Bern die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (siehe über ihre Vorgeschichte diese Rundschau, 1917 II, Seite 793 ff., sowie den Artikel Schmidts, in diesem Band, Seite 963 ff.). Sie wurde durch 10 deutsche, 8 holländische, 5 österreichische, 11 schweizerische, 10 ungarische, 5 tschechoslawische und 5 schwedische Delegierte besetzt. Die französische und die italienische Regierung verweigerte den Gewerkschaftern die Pässe. Die Engländer sandten ein Schreiben, das schwere Vorwürfe gegen die deutschen Delegierten wegen der „brutalen“ deutschen Kriegführung enthielt und deswegen die Verhandlungen mit diesen ablehnte. Von den Belgiern und Amerikanern gingen ablehnende Bescheide ein. Von Spanien lief keine Nachricht ein. Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen wies Bauer (Bern) die englischen Angriffe auf Deutschland zurück. Dann nahm die Konferenz folgende Resolution an: »Die internationale Konferenz bedauert es sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht wurde in Bern zu erscheinen.« Die Konferenz erklärte die Ablehnung der britischen Gewerkschaftszentrale für »unverständlich«. Sie betrachtete sich nicht als kompetent über die Frage der Mitschuld der Völker und ihrer Regierungen am Krieg und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen. Deshalb gehe sie über das britische Schreiben zur Tagesordnung über und gebe dem Wunsch Ausdruck, in allen Ländern möchten Führer und Massen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf baldigen Friedensschluß hinarbeiten. In der Frage der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß die Konferenz die Verlegung nicht grundsätzlich abzulehnen. »Die Umstände, unter denen die Verlegung

des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit der ursprünglichen Antragsteller selbst, veranlassen jedoch die Konferenz die Beschlußfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen.« Zur Aufrechterhaltung der internationalen Beziehungen beauftragte die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam ihre bisherige Vermittlungstätigkeit fortzusetzen und auszubauen. Legien erklärte, die Weigerung der deutschen Gewerkschaften den Sitz des Bundes zu verlegen dürfe nicht so aufgefaßt werden, als ob diese unter allen Umständen den Sitz in Deutschland behalten wollen. Sie seien zu dieser Stellung genötigt, weil (insbesondere von den englischen Gewerkschaften) gesagt worden sei, die Sitzverlegung decke sich mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland. Seien alle Landeszentralen zu einem Zusammentritt zu einer Konferenz bereit, so würden die deutschen Gewerkschaften über eine Sitzverlegung ordnungsgemäß verhandeln. Jansson (Deutschland) referierte über die Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In diesen Forderungen wird dem Antrag der Leeder Konferenz: Bestimmung des Zehnstudentags zum internationalen Maximalarbeitstag und die etappenweise Durchführung des Achtstudentags, zugestimmt. Das Programm bezieht sich auf die Fragen des allgemeinen Arbeiterschutzes, des Koalitionsrechts, der Sozialversicherung, der Hygiene, der Unfallverhütung, der Heimindustrie, des Kinderschutzes und auf die Durchführung des Arbeiterschutzes. Ein Antrag Leipart verpflichtete alle Gewerkschaftszentralen »die aufgestellten Forderungen ihren Regierungen bald einzureichen und sie zu veranlassen bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten. Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zu der Feststellung des sozialpolitischen Teils der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.«

1916

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht in seiner Statistischen Beilage eine Übersicht über die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahr 1916. Danach scheint der Tiefstand der

freien Gewerkschaftsbewegung am Schluß des Jahres 1916 erreicht zu sein. Mit dem 1. Vierteljahr 1917 beginnt eine Zunahme der männlichen Mitglieder und die Erhöhung des Gesamtbestandes der freien Gewerkschaften. Im 4. Quartal 1916 wiesen die freien Gewerkschaften 934 784 Mitglieder auf, im 2. Quartal 1917 1 076 493 (davon 256 196 weibliche). Mit dieser Ziffer der weiblichen Mitglieder ist die höchste bisher in den Gewerkschaften vorhandene Zahl weiblicher Mitglieder erreicht. Mit der Beendigung des Krieges wird nun mit der alten Konkurrenz zwischen der männlichen und weiblichen Arbeitskraft zu rechnen sein. Die Gefahr wird sich verringern, wenn die Arbeiterinnen durch die Gewerkschaften geschult sind. Die gewerkschaftliche Propaganda unter den Frauen und Mädchen wird daher jetzt von den Zentralverbänden nach Möglichkeit gefördert. Mehrere Verbände geben eigene Frauenbeilagen heraus, und daneben erscheint die Gewerkschaftliche Frauenzeitung in einer Auflage von 130 000 Exemplaren. Die Einnahmen der freien Gewerkschaften verringerten sich von 1915 auf 1916 von 41 503 227 auf 34 027 248 Mark. Das erklärt sich aus dem Rückgang der höhere Beiträge zahlenden männlichen Mitglieder. Die Gesamtausgabe der freien Gewerkschaften senkte sich von 34 938 864 auf 30 074 048 Mark. Beträchtlich fiel die Arbeitslosenunterstützung herab (von 3,485 Millionen Mark auf 1,449 Millionen Mark); dagegen wuchsen die Ausgaben für Krankenunterstützung und Streiks erheblich an. Die Lohnsteigerungen decken eben nicht die Mehrausgaben für Nahrungsmittel; deshalb verschlechterter Gesundheitszustand und stärkere Lohnbewegungen.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wiesen 1916 57 766 Mitglieder (gegen 61 086 im Jahr 1915) auf. Die Gesamteinnahmen, 1 753 387 Mark, gingen zwar im Berichtsjahr zurück, doch verminderte sich die Gesamtausgabe 1916 auf 1 672 332 Mark.

Die christlichen Gewerkschaften geboten 1916 über 174 300 Mitglieder (176 137 im Vorjahr). Am Jahreschluß 1916 war eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. 1917 hielt die Aufwärtsbewegung an. »Die Aufrüttelung der Arbeitermassen durch das Hilfsdienstgesetz ist in den Gewerkschaften in bezug auf die Wiederauffüllung ihrer Mitgliederbestände von großem Nutzen gewesen.« Die Gesamteinnahmen gingen

auf 3 231 432 Mark, die Gesamtausgaben auf 2 901 243 Mark zurück.

Zurzeit läßt sich die Zahl der freien Gewerkschaftskartelle Deutschlands nicht genau feststellen. Es berichteten 1916 an die Generalkommission 469 Kartelle mit zusammen 837 492 Mitgliedern. Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle hat sich nun während des Krieges wesentlich geändert. Ihre Agitation wurde fast völlig unterbunden. Deshalb war die Zahl der von den berichtenden Kartellen im Jahr 1916 abgehaltenen Versammlungen gering. Insgesamt wurden nur 672 Versammlungen abgehalten (410 allgemeine, 262 berufliche). Die Fragen der Lebensmittelversorgung nahmen die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle hauptsächlich in Anspruch. Die Vorbereitung der Wahlen von Arbeitervertretern zu den sozialpolitischen und sozialrechtlichen Körperschaften ruhte fast vollständig, da die Mandatsdauer der Vertreter verlängert wurde. Der Kriegszustand wies den Kartellen eine Fülle neuer Aufgaben zu. Für die Friedenszeit wird den Kartellen eine neue Aufgabe von weittragender Bedeutung bleiben: die Mitwirkung bei dem Ausbau einer großzügigen Arbeitsvermittlung. Dem Bildungsbedürfnis der Gewerkschaftsmitglieder tragen die Gewerkschaftskartelle in wachsendem Maß Rechnung, und diese kulturelle Wirksamkeit dürfte sich nach dem Krieg noch wesentlich verbreitern und vertiefen. Die Statistik von 1916 führt 365 Orte mit gemeinsamen Bibliotheken auf. In 88 Orten sind Lesezimmer eingerichtet.

Kurze Chronik Im oberbayerischen Bergbau gelang es dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands und dem Verein christlicher Bergarbeiter für die Arbeiter der staatlichen Grube Peissenberg, für die privaten Gruben Penzberg und Hausham, für die Gewerkschaft Marienstein Mindestlöhne festzulegen. Die als Schichtverdienst eingeführten Sätze sind in der von der Arbeiterschaft aufgestellten Höhe bewilligt worden. Voraussetzung für die Gewährung der Mindestlöhne ist die normale Arbeitsleistung. Am 13. August verhandelten die Vertreter der beiden Bergarbeiterverbände mit den Unternehmervertretern, und sie unterzeichneten gemeinsam die Abmachungen. ◊ Im Jahr 1916 betrug die Zahl der österreichischen Ge-

werkschaffter 138 789 (im Vorjahr 151 424). ◊ Am 19. und 20. August tagte in Budapest der ungarische Gewerkschaftskongreß. Am 31. Dezember 1916 zählten die Gewerkschaften Ungarns 55 338 Mitglieder (43 381 im Vorjahr); ein Plus von 11 957 (21,60 %). Der Kongreß befaßte sich mit der Frage des wirtschaftlichen Übergangs vom Krieg zum Frieden und mit den internationalen sozialpolitischen Forderungen. ◊ Vom 7. bis zum 9. September tagte der schweizerische Gewerkschaftskongreß. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, hat mit 110- bis 120 000 Mitgliedern zurzeit den Höhepunkt in seiner 37jährigen Entwicklung erreicht. Auf dem Kongreß wurden die Sektionen der Gewerkschaften verpflichtet den lokalen Gewerkschaftskartellen beizutreten. Für den Schutz der Bäckereiarbeiter und zur dauernden Vermeidung der Nachtarbeit wurde ein Bundesgesetz verlangt. Eine Resolution forderte die Bekämpfung der Notlage der Arbeiter durch behördliche Maßnahmen. ◊ Vom 20. bis zum 25. August hielten die schwedischen Gewerkschaften ihren Kongreß ab. Etwa 169 000 Gewerkschafter waren auf dem Kongreß vertreten. Der Kongreß, auf dem auch Axelrod erschienen war, begrüßte begeistert die Friedensbestrebungen.

Genossenschaftsbewegung / Heinrich Peus

Arbeits- und Pachtgenossenschaften

Der Krieg hat die Notwendigkeit die sozialen Verhältnisse auch in den uns jetzt feindlichen Ländern genau kennen zu lernen erst recht als äußerst dringlich erwiesen; denn wenn die Völker in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen einander verstehen wollen, müssen sie möglichst viel von einander wissen. Es ist daher wohl angebracht die Leser dieser Rundschau an eine Art von Genossenschaften zu erinnern, die sich nur in Italien und in Rumänien entwickelt haben, und die hier bereits Gegenstand besonderer Darstellung waren. Es sind dies die Arbeits- und Pachtgenossenschaften der italienischen Erd- und Landarbeiter (siehe den Artikel Bonomis Die Landarbeiterorganisationen Italiens, in den Sozialistischen Monatsheften, 1910 I, Seite 246 ff.). Wenn in Rumänien sich die selbe Entwicklung zeigt, so liegt das daran, daß es wie Italien diejenige Agrarverfassung hat, auf deren Basis die genannten Genossenschaften entstehen konnten. Die rumänischen Pachtgenossenschaften haben in

den Jahren von 1903 bis 1911 die folgende Entwicklung genommen: Ihre Zahl stieg ganz regulär von 8 auf 378, die Pachtfläche von 4940 Hektar auf 283 381, der Pachtzins von 94 786 Lei auf 9 230 806, das Kapital der Pachtgenossenschaften von 409 259 Lei im Jahr 1907 auf 2 486 433 im Jahr 1911.

Es liegt nun über die italienischen Arbeits- und Pachtgenossenschaften eine Arbeit W. D. Preyers vor /Jena, Gustav Fischer/, die nicht nur eine ausführliche Schilderung dieser Genossenschaften sondern auch gleichzeitig eine sehr detaillierte Darstellung der ganzen Agrarverhältnisse des Königreichs bietet. Auch an uns werden nach dem Krieg sehr ernste agrarische Fragen herantreten, und wenn auch jedes Land sich nach seinen besonderen Verhältnissen richten muß, so wird die Fähigkeit solche Probleme zu lösen gerade auch dadurch erheblich gesteigert, daß die Besonderheiten bestimmter Lösungsversuche und die Bedingungen für ihren Erfolg an der Hand der Wirklichkeit klar erkannt werden. Auf jeden Fall aber ist es nützlich auch schon jetzt mitten im Völkerkampf über die Grenze zu schauen und zu sehen, was da drüben eben in den letzten Jahren vor dem Krieg unter den italienischen Arbeitern in der Entwicklung begriffen war.

Italien leidet an Übervölkerung in der Lombardei und in Mittelitalien, während im Süden Arbeitermangel herrscht. Die Auswanderung bringt aus psychologischen Gründen nur teilweise ein Korrektiv, weil einmal nicht alle Arbeiter zum Wandern geneigt sind, und weil andererseits die Verhältnisse im Süden zur Einwanderung nicht reizen. Was am meisten die Übervölkerung und das an sie anknüpfende Elend der Arbeitslosigkeit erzeugt, ist die Tatsache, daß der Großgrundbesitz, der sich noch aus der Zeit der Belehnung im Mittelalter herschreibt und dann in reines Privateigentum umgewandelt wurde, in erheblichen Teilen Italiens sehr stark vorherrscht und durch die Art seiner Bewirtschaftung sehr ungesunde Zustände mit abscheulicher Ausbeutung erzeugt. In Sizilien gehört beinahe ein Drittel der Gesamtoberfläche dem Großgrundbesitz. 787 Personen besitzen in Sizilien 1400 Güter von 200 bis über 4000 Hektar mit 717 729 Hektar Gesamtfläche, das ist 29,7 % des Gesamtgebiets von 2 413 429 Hektar. 173 Großgrundbesitzer, die jeder mehr als 1000 Hektar besitzen, verfügen über fast den sechsten Teil der Insel, die von 3¼ Millionen Menschen

bewohnt wird. Auch in der Südlombardei ist der Großgrundbesitz am ausgedehntesten. Hier erfordert die Bewässerungskultur der großen Weidewirtschaften und Reisfelder auch aus technischen Gründen den Großbetrieb. In der Lombardei verpachten über 90 % der Eigentümer ihre Güter. Das Pachtssystem hat zum völligen Absentismus geführt. Die Eigentümer kümmern sich überhaupt nicht um den Betrieb. Angeblich wissen viele nicht einmal, wo ihre Güter gelegen sind; eine Berührung zwischen Eigentümer und ländlicher Bevölkerung findet niemals statt. Der Großgrundbesitzer ist reiner Rentenbezieher. Er verpachtet im großen, an einen kapitalkräftigen Großpächter, der entweder landwirtschaftlicher Unternehmer oder bloßer Vermittler ist. So muß denn aus dem Boden eine doppelte Rente herausgewirtschaftet werden. Der eigentliche Arbeiter aber wird mit seinem Ertrag auf das denkbar geringste Maß herabgedrückt, häufig unter das Existenzminimum. Eine unerhört niedrige wirtschaftliche und soziale Lage der ländlichen Tagelöhner ist die Folge. Für Eigentümer und Großpächter ist die Sache durchaus rentabel. Der Pachtpreis beträgt 8 bis 10 % des Gutswerts, und der Pächter holt auch noch seine 7 bis 9 % für sich heraus. Ihetwegen kann die Sache so bleiben wie sie ist. Die Arbeiter aber haben in den Pachtgenossenschaften ein Mittel gefunden das Mitglied Großpächter auszuschalten. Zwei politische Mächte waren es, die ihnen dabei halfen, die Sozialdemokraten und die Klerikalen. Die Theorie beider ist verschieden, in der Praxis kommen sie auf die selben Wege. Die Klerikalen erstreben mit den Pachtgenossenschaften und der Ausschaltung der gar zu schlimmen Ausbeutung eine Aussöhnung der Klassen; die Sozialdemokraten und die Arbeitskammern, die hinter ihren Pachtgenossenschaften stehen, wollen mit ihnen den Klassenkampf führen. Wie mit den Gewerkschaften, so erstreben sie mit den Genossenschaften eine organisierte Macht gegen die Besitzenden. Die Eigentümer fürchten denn auch die sozialistischen Genossenschaften und ziehen die demütiger auftretenden klerikalen Genossenschaften vor. Diese erlangen deshalb auch eher den ihnen nötigen Kredit für Anschaffung der Produktionsmittel von Privaten. In der Praxis kommen die Sozialisten gerade durch die Genossenschaften von dem theoretischen Klassenkampf immer mehr zurück, sie entdecken, daß man den Ka-

pitalismus nicht nur mit allgemeinen Prinzipien, sondern mit die realen Verhältnisse beachtender Einzelreformerarbeit bekämpfen muß. Das zeigt sich unter anderem auch darin, daß die Pachtgenossenschaften, die das Pachtland mit getrenntem Betrieb bearbeiten, das heißt mit Zuteilung von Parzellen an die einzelnen Mitglieder, sich auch bei den sozialistischen Pachtgenossenschaften vermehren, während an sich die Sozialisten mehr der gemeinsamen Bewirtschaftung zuneigten; das größere persönliche Interesse bei getrenntem Betrieb hat sich aber für den Erfolg als sehr wichtig erwiesen.

Die älteste, noch bestehende katholische Pachtgenossenschaft wurde im Jahr 1894 in Caltagirone auf Sizilien gegründet. Der Priester Luigi Sturzo war der Gründer. Er schloß Landarbeiter zu einer Genossenschaft zusammen, die an die Stelle des Großpächters trat und dessen Funktionen übernahm: die Garantie des Pachtzinses gegenüber dem Eigentümer, die Leitung des Betriebs und die Gewährung von Vorschüssen an die Genossen. Hierfür schuf er eine Verbindung mit der katholischen ländlichen Darlehnskasse. Der zuständige Priester ist ex officio Mitglied des Vorstands, und die Genossen müssen *treue Söhne der Kirche* sein. In Sizilien gab es 1905 13 921 Hektar Fläche, die von katholischen Pachtgenossenschaften für 491 263 Lire gepachtet waren, im Jahr 1909 waren es schon 15 988 Hektar, für die 637 270 Lire Pachtzins gezahlt wurden. Im ganzen verfügten im Jahr 1909 die klerikalen Pachtgenossenschaften über 54,8 % der gepachteten Fläche, während die 45,2 % in der Hauptsache von den Sozialisten eingenommen wurden. In Reggio, Emilia, Bologna, Ravenna und Mantua nahm die Zahl der dort meist sozialistischen Pachtgenossenschaften von 1906 bis 1909 von 14 auf 45 zu, vermehrte sich also in diesen 3 Jahren um mehr als das Dreifache. Im Jahr 1906 wurden rund 30 000 Hektar für einen Gesamtpachtzins von 1 513 322 Lire, also rund 50 Lire für den Hektar von Pachtgenossenschaften bearbeitet. Die Genossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung hatten 15mal so viel Fläche wie die mit gemeinsamer Bewirtschaftung.

Über eine Pachtgenossenschaft in der Provinz Trapani wird mitgeteilt, daß sie sich im Jahr 1902 aus einer Gewerkschaft von 518 Landarbeitern mit 524 Aktien zu je 25 Lire bildete, zu dem Zweck der gemeinsamen Ausübung

der Landwirtschaft durch Pachtung von Gütern und ihren rationellen Anbau, um die größtmögliche und bestmögliche Produktion zu erzielen und es jedem Genossen zu ermöglichen den vollen Ertrag seiner Arbeit selbst zu genießen. Kredit bot die Bank von Sizilien. Sie gab von 1904 bis 1906 nach einander 29 437, 89 047 und 113 416 Lire. Der künstliche Dünger ward nun direkt vom Lieferanten gekauft. Über den Erfolg der Genossenschaft heißt es: »Sie erreichte eine bedeutende Produktionssteigerung, ausgedehnte Strecken, die vorher als Weide dienten, wurden in Kornfelder verwandelt, die infolge der intensiven Bearbeitung einen großen Ertrag abwarfen. Die Genossen, die fast alle arme Tagelöhner gewesen waren, wurden in wenigen Jahren zufriedene kleine Bauern, die durch freie Arbeit ihr Leben gesichert sahen, was natürlich dazu beitrug sie auch moralisch zu heben und ihnen Zutrauen zu sich selbst einzuflößen.« Es ist der Genossenschaft gelungen auf 4500 Hektar, von denen vorher im Durchschnitt nur 37 813 Doppelzentner Getreide erzielt wurden, 53 197 Doppelzentner, also 15 384 mehr zu produzieren. Der Gesamtmehrertrag in 6 Jahren brachte eine jährliche Produktionssteigerung um etwa 30 000 Lire. Alle Arten von Bewucherung durch Zwischenhändler, sowohl beim Einkauf wie beim Verkauf, wurden ausgeschaltet. Die selbe Genossenschaft hat auf einem kleinen Gut von 30 Hektar, das sie für 24 Jahre pachten konnte, 115 000 Weinstöcke gepflanzt, die im Eigentum der Genossenschaft als solcher stehen und von 115 ausgelosten Genossen gepflegt werden. Langfristige Verträge abzuschließen sind die Besitzer sonst nicht geneigt, ein schwerer Übelstand, dem man gesetzlich beizukommen sucht. In der Emilia, wo die Pachtgenossenschaften alle sozialistisch sind, sind auf einem Kongreß agrartechnische Beratungsstellen geschaffen worden, die erhebliche Dienste leisten. Eine ähnliche Einrichtung haben die Genossenschaften der Provinz Bologna geschaffen. In der Provinz Mailand schuf man Überwachungskommissionen, die auch für die Genossenschaften mit getrennter Wirtschaft sehr nützlich sind. Das nötige Kapital erstreben die Genossenschaften neuerdings auch vom Staat zu 4 %.

Eine aus der selben Klasse hervorgehende andere Genossenschaft ist die Arbeitsgenossenschaft der Erdarbeiter. Die staatlichen Arbeiten werden in Italien nicht in eigener Regie ausgeführt,

durch staatliche leitende Beamte, sondern vermittelt Submission, und ebenso verfahren die Provinzen und Gemeinden. Bei der Übernahme der Arbeiten durch Zwischenunternehmer kommt es zu ebenso begreiflichen traurigen Zuständen wie bei dem Landpachtwesen. Die Arbeitsgenossenschaften der Erdarbeiter haben sich nun die Aufgabe gesetzt die großen Meliorationsarbeiten des Staates, aber auch sonstige öffentliche Arbeiten unter Ausschaltung des Zwischenunternehmers auszuführen. Die erste Arbeitsgenossenschaft entstand auch aus einer Lega di resistenza, einer Gewerkschaft; es war die Associazione generale degli operai braccianti del Comune di Ravenna. Sie trat mit 303 Genossen ins Leben und zählt jetzt über 3000 Mitglieder. Sie übernahm 1887 auch ein Gut der Gemeinde Ravenna in gemeinsame Pacht. Arbeitsgenossenschaften und Pachtgenossenschaften arbeiten vielfach Hand in Hand, was nicht minder seitens der anderen Genossenschaften, der Konsumvereine und Volksbanken, geschieht. Man darf gespannt sein, wie diese Genossenschaften der Erd- und Landarbeiter jetzt im Krieg gefahren sind. Die Einberufungen zur Fahne werden ihnen sicher große Schwierigkeiten bereitet haben. Nicht minder anzunehmen ist aber, daß auch im italienischen Volk das Vertrauen zu den Genossenschaften aller Art nach dem Krieg sich noch viel fruchtbarer erweisen wird. Wer in Preyers Buch sich darüber noch genauer orientiert, wird den großen Dienst, den die Genossenschaften der italienischen Landwirtschaft schon geleistet haben, den sie zu leisten aber auch dringend berufen sind, deutlich erkennen.

Kurze Chronik Durch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind auf die 7 Kriegsanleihen insgesamt über 9 Millionen Mark gezeichnet worden. ◊ Die britischen Großeinkaufsgesellschaften haben während des Krieges einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die englische Gesellschaft erzielte im 1. Halbjahr 1917 einen Umsatz von 603 727 000 Mark (19,4 % mehr als im Vorjahr), die schottische einen solchen von 172 001 376 Mark (28,1 % mehr als im Vorjahr). Es ist die große Eigenproduktion der britischen Genossenschaften, die das genossenschaftliche Wirken so fruchtbar gestaltet hat. ◊ Die belgische Großeinkaufsgesellschaft hat während des Krieges 3 neue Niederlassungen eröffnet, in Gent, Löwen und Pa-

turages. Die Brüsseler Niederlage hatte 1914 einen Umsatz von 3,2 Millionen Francs, 1915 einen solchen von 2 Millionen, 1916 einen ungefähr ebenso großen; in Löwen hatte man einen Umsatz in ähnlicher Höhe; über die Genter Niederlassung fehlen Nachrichten. ◊ Unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten Schultheß wurde in Bern eine Schweizerische Torfgenossenschaft gegründet. Sie hat den Zweck während des Krieges und der Übergangszeit die Nutzbarmachung der schweizerischen Torflager zu fördern. Einen Gewinn will sie nicht erzielen. Der Verband schweizerischer Konsumvereine ist im Verwaltungsrat durch B. Jaeggi vertreten. ◊ In Serbien gibt es zurzeit 42 Konsumgenossenschaften mit zusammen 2480 Mitgliedern. Sie beruhen sämtlich auf dem Rochdaler System und beschränken sich darauf Bedarfsartikel an die Mitglieder abzugeben. Der Geschäftsanteil beträgt 12 bis 25 Francs. Nach der letzten Statistik hatten die Genossenschaften 1306 600 Francs Umsatz, 6576 Francs Reserven, 5800 Francs Reinüberschuß.

Frauenbewegung / Dora Landé

Studium und Ehe Aus Anlaß der alljährlichen Gedächtnisfeier für den Stifter der Berliner Universität hat ihr derzeitiger Rektor, der Gynäkologe Ernst Bumm, eine Festrede gehalten und als Thema dafür die akademische Frau gewählt. Diese Rede ist dann unter dem Titel Über das Frauenstudium im Druck erschienen /Berlin, Hirschwald/. Die Art, wie in ihr das Hauptproblem Frauenstudium und Ehe behandelt wurde, fordert zu einer Nachprüfung heraus. Zunächst die Statistik, die den Darlegungen zugrunde liegt: Im letzten Jahrzehnt, seit Frauen mit genügender Vorbildung an allen deutschen Universitäten zur Immatrikulation zugelassen sind, hat sich ihre Zahl um das 5fache vermehrt, von 1200 im Jahr 1908 auf 5730 im letzten Winterhalbjahr. Welche Erfahrungen hat man nun in dieser Zeit mit dem akademischen Studium der Frauen gemacht? Immer wieder verstricken sich *kühl* und *objektiv* urteilende Gelehrte, wo es sich um das weibliche Geschlecht und die kommende Generation, allerdings nur der höheren Stände, handelt, in einen merkwürdigen Widerspruch: Einerseits wollen sie der Frau in ihrer wissenschaftlichen Betä-

tigung jede Entschlußfähigkeit, jede vernunftgemäße Überlegung, jedes Verantwortlichkeitsgefühl absprechen, andererseits ihr trotz dieser geistigen und moralischen Minderwertigkeit gerade die wertvollste Kulturarbeit, die Erziehung einer zahlreichen Nachkommenschaft, anvertrauen. So auch Bumm. Immerhin, er gibt zu, daß in der geistigen Beschaffenheit der Frau wenigstens kein Hindernis für ihre Zulassung zum Universitätsstudium läge, wenn sie auch nur ruhige Arbeit in vorgeschriebenen Bahnen vollbringen könne. Größere Bedenken und Schwierigkeiten als in der Frage der geistigen Befähigung liegen nach ihm in dem Verhältnis des Studiums zur Ehe. Er hat es unternommen die Lebensschicksale aller von 1908 bis 1912 an der Berliner Universität immatrikulierten Studentinnen genau festzustellen. Und da zeigte es sich, daß von 1063 Akademikerinnen nur 341 zur Ehe gelangten, 722 aber unverheiratet blieben. Aus dieser Tatsache zieht Bumm die kühne Schlußfolgerung: Das Studium ist der Ehe ungünstig; umgekehrt ist die Ehe dem Beruf hinderlich. Denn von den 341 verheirateten Studentinnen sind nur 118 zur beruflichen Tätigkeit gekommen. Diese Erfahrung, meint er, deute ohne weiteres darauf hin, wo die bedenkliche Seite des Frauenstudiums liege: nämlich in der sexuellen Bindung der Frau mit ihrem von der Natur geschaffenen und daher unlösbaren Zwang. Nun erheben sich aber gegen Bums Statistik, auf die seine Folgerungen aufgebaut sind, rein äußere, dann aber auch bedeutendere innere, soziale und sozialpsychologische Bedenken. Vor allem steht es ja durchaus noch nicht fest, daß eine Studentin, die im Jahr 1908, also vielleicht mit 19 Jahren, das Studium begonnen hatte und im Jahr 1916 noch ledig war, nicht bald darauf noch eine Ehe eingegangen ist. Dann beherbergt die Zahl der an preußischen Universitäten studierenden Frauen bekanntlich eine große Anzahl künftiger Lehrerinnen, da ihnen bedauerlicherweise seit dem Jahr 1909 der sogenannte vierte Weg zur Universität offen steht (siehe diese Rundschau, 1914 II, Seite 705 ff.). Und das Zölibat, das alle deutschen Staaten ihnen vorschreiben, wird für so manche ein Hindernis gegen die Eingehung einer Ehe sein, wenn nicht überhaupt schon die geringe Wahrscheinlichkeit eine Ehe eingehen zu können sie zum philologischen Studium veranlaßt hat. Dieses soziale Mo-

ment ist es doch überhaupt, das ganz allgemein die Töchter des gebildeten, aber vermögenslosen Mittelstands dem akademischen Studium zuführt, wenn sie eine ihrer Herkunft würdige soziale Stellung erreichen wollen. Im übrigen sind in der Statistik noch 2 Kriegsjahre einbezogen. Wer wird in dieser Zeit überhaupt eine ernst zu nehmende Heiratsstatistik aufstellen und wissenschaftlich haltbare Folgerungen daraus ziehen! Freilich muß unbedingt zugegeben werden, daß die weibliche Jugend der oberen Stände, und zwar gerade die geistige Elite, aus deren Kreisen sich die weibliche Studentenschaft rekrutiert, an einem schmerzvollen Zwiespalt leidet, der sich in leidenschaftlicher Lebensbejahung, oft aber in einer fast angstvollen Scheu vor der Ehe offenbart. Die mächtige Bewegung für Sexualreform und eine Flut von wissenschaftlicher und schöner Literatur der gleichen Tendenz sind deutliche Dokumente für diese Geistesrichtung unserer weiblichen Jugend. Hier spiegelt sich ganz gewiß die Empfindungs- und Gedankenwelt Tausender von Frauen wider, die, verletzt und abgestoßen von dem Sexualleben unserer Zeit, von dem Mangel an innerer Kultur des Ehelebens, es vorziehen auf die Heirat zu verzichten und einen andern Lebensinhalt zu suchen. Dem Ursachenkomplex dieser sozialetischen Bewegung gegenüber, der doch gerade dem Frauenarzt immer gegenwärtig sein sollte, mutet es sonderbar an, wenn Bumm vornehmlich aus bevölkerungspolitischen Gründen den Gedanken anregt alle nicht hervorragend veranlagten Frauen vom Universitätsstudium auszuschließen, damit die Mehrzahl der Frauen des Mittelstands mit »ausgeruhtem Gehirn« und bei hinreichender Muße eine zahlreiche Nachkommenschaft hervorbringen und aufziehen könne.

Das Problem der Vereinigung von Beruf und Mutterschaft harret freilich noch der Lösung. Diese ist prinzipiell für die paar Tausende von Akademikerinnen sicher ebenso dringend wie für die nach Millionen zählenden Frauen des untern Mittelstands und des Proletariats. Für sie alle wird der Krieg und seine Folgen jedenfalls ein starker Ansporn sein das Problem ernsthafter zu studieren als bisher. Wie in der Volkswirtschaft zu gemeinschaftlichen Organisationen, so wird man in der Privatwirtschaft zu Kollektivveranstaltungen für arbeitende Mütter übergehen müssen. Schüchterne Ansätze

dazu waren auch vor Kriegsbeginn schon vorhanden.

Übrigens wird die verhältnismäßig große Zahl der Akademikerinnen, die mit der Heirat ihre Berufsarbeit aufgeben müssen, durchaus nicht als geistiger Verlust oder Vergeudung zu bewerten sein. Im Gegenteil. Jede geistige Schulung bedeutet für die Frau eine Erhöhung der Persönlichkeitskultur, die gerade in der Ehe auf ein unabsehbares Wirkungsfeld auszustrahlen vermag. Wie viele verheiratete Akademikerinnen, die nach Bums Statistik für die Wissenschaft als verloren gelten, überhaupt wie viele Frauen, die vor der Ehe berufstätig waren, bedeuten in der Erziehung ihrer Kinder größere geistige und moralische Faktoren als Mütter, die niemals eine systematische Arbeit geleistet haben.

Berufswahl Wenn wir nach dem Krieg nicht verhängnisvolle wirtschaftliche Nöte oder einen allmählichen Niedergang unserer Volkswirtschaft und den Zusammenbruch unzähliger Einzelexistenzen erleben sollen, so müssen nicht nur die Leiter unserer Wirtschaftspolitik, sondern auch alle Berufsstände, alle Einzelpersonen sich ihrer besondern Pflicht bewußt sein mit den materiellen und geistigen Kräften aufs äußerste hauszuhalten. Vor allem auch die Frauen, deren Arbeit durch den Krieg ein so wichtiger Bestandteil des Wirtschaftslebens geworden ist und auch in absehbarer Zeit zum großen Teil bleiben wird. Hier erwachsen den betätigten Stellen, auch besonders nach Friedensschluß, sehr verantwortungsvolle Aufgaben. Denn mehr noch als für diejenigen Männer, die daheim geblieben sind, wird für die Frau die Rückkehr der Heeresangehörigen eine gewaltige Erschütterung des Erwerbslebens bedeuten. Nicht nur, weil sie an vielen Stellen dem männlichen Bewerber den Platz wird räumen müssen, sondern auch, weil ihre vielfach nur dem augenblicklichen Bedürfnis angepaßte Arbeit einer anders gearteten Nachfrage gegenüberstehen wird. Weil die Frau selbst ihr Tätigkeitsgebiet nunmehr einer individuellen Eignung wird anpassen müssen, um vorwärts zu kommen. In den höheren Sphären weiblicher Berufsarbeit droht zudem von seiten des Mannes ein erneuter Kampf zu entbrennen, der mit dem Schlagwort Bevölkerungspolitik einen frischen Impuls erhalten hat. So wächst die Berufsberatung zu einem unentbehrlichen Glied der kriegs- und

übergangswirtschaftlichen Sozialpolitik empor:

Auf diesem Gebiet begegnen wir wieder einer sehr fleißigen Arbeit Josephine Levy-Rathenaus, die sie in ihrer Eigenschaft als Leiterin des Frauenberufsamts des Bundes deutscher Frauenvereine schon in 5., seit dem Krieg in 2. Auflage herausgegeben hat. Dieses Buch, Die deutsche Frau im Beruf /Berlin W. Moeser/, ist aus einem kleinen Ratgeber für Ratsuchende allmählich zu einem umfangreichen Nachschlagewerk für Ratgebende geworden. Auch hier muß, wie schon kürzlich (siehe diese Rundschau, 1917 II, Seite 797 f.), darauf hingewiesen werden, daß mehr die Förderung des Fachschulwesens als die der Innungsbestrebungen unterstützt werden sollte. Etwas skeptischer dürfte Levy-Rathenau auch in dem Kapitel Häusliche Dienste den sogenannten Hausdienstlehrstellen gegenüberstehen. Denn selbst die gewissenhafteste Vermittlungsstelle, zumal bei großstädtischen Verhältnissen, vermag weder die jugendlichen Lehrmädchen vor Ausnutzung zu schützen noch die sachliche und moralische Lehrbefähigung der Hausfrauen zu beurteilen. In dem Kapitel Postbeamtinnen ist wohl gesagt, daß mit der etatsmäßigen Anstellung die vorher 4wöchige Kündigungsfrist in eine 3monatige umgewandelt wird. Doch müßte, um keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, hier noch besonders hervorgehoben werden, daß also die Postbeamtin niemals eine lebenslängliche Anstellung zu erwarten hat wie der männliche Postbeamte. In dem sonst sehr guten »Merkblatt für die Berufswahl der weiblichen Jugend« wäre ganz allgemein noch wichtig einen Grundsatz aufzustellen, der einer immer größern Verinnerlichung der Berufsberatung entspräche, nämlich den, daß bei starker, individueller Veranlagung und unwiderstehlicher Neigung für eine bestimmte Arbeit die jugendliche Ratsuchende nicht durch materiell zweifelhafte Aussichten von der Wahl eines Berufs abgeschreckt werden sollte, besonders nicht in den sogenannten höheren Berufsarten. Denn eine ausgesprochene geistige Eignung, die identisch ist mit einem starken Willen zu dieser Sache, überwindet eher die größten materiellen Hindernisse in einer Richtung, die ihr von einer innern Stimme vorgezeichnet ist, als sie auch nur Mittelmäßiges in einer andern, ihr fremden Richtung vollbringt.

Kurze Chronik Am 8. und 9. Oktober fand in Berlin die Generalversammlung des Deutschen Reichsverbands für Frauenstimmrecht statt. Die Vorsitzende Marie Stritt sprach über die Fortschritte des Frauenstimmrechts in allen Ländern während des Krieges. In einer Abendversammlung wurde eine Resolution zur Neuorientierung angenommen, die Frauenstimmrecht für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden fordert. ◊ Der Deutsche Bund für Mutterschutz hat seine 3. Kriegstagung in Verbindung mit der Hauptversammlung des Bundes vom 5. bis zum 7. Oktober in Frankfurt am Main abgehalten. In öffentlicher Versammlung wurden die Themata Das uneheliche Kind und Krieg und Sexualmoral behandelt. ◊ Der Berliner Magistrat hat beschlossen hochbegabten früheren Gemeindeschülerinnen, die die Berliner Lyzeen besuchen, unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den Knaben, neben Freischule und freien Lehrmitteln eine jährliche Unterhaltsbeihilfe von 300 Mark vom 14. Lebensjahr ab zu gewähren. Doch soll die Höchstzahl von 25 Schülerinnen nicht überschritten werden. ◊ Marie Elisabeth Lüders hat einen Ruf als ordentlicher Professor für Sozialpolitik an die neu gegründete Leopoldsakademie in Detmold erhalten. Sie war im Dienst des Generalkommandos in Belgien tätig, wurde dann mit der Organisation der Frauenarbeit im Kriegsamtbetrad und ist nunmehr die erste Frau, die in Deutschland ein Ordinariat bekleidet. ◊ An der Mailänder Universität wurde Lavinia Mazzucchetti als Privatdozentin für deutsche Sprache und Literatur zugelassen. ◊ In Petersburg sind 4 Frauen zum Richteramt zugelassen worden. ◊ In Weißensee bei Berlin hat eine Schwester, Lotte Möller, eine Gemeinschaftswohnung für berufstätige gebildete Mütter mit ihren Kindern eingerichtet. ◊ In Wien haben sozialistische Frauen eine Gesellschaft der Kinderfreunde gegründet, die sich in sehr segensreicher Weise betätigt.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Schweizerischer Naturforscherkongreß 1917 Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft hat vom 9. bis zum 12. September in Zürich unter erstaunlicher Beteiligung (auch eine Anzahl deutscher

Gelehrten hatte sich, zum Teil mit Vorträgen, eingefunden) ihren 99. Jahreskongreß abgehalten. Da die Zahl der Sektionen durch Angliederung einer Medizinisch-biologischen Abteilung abermals gewachsen war und im ganzen gegen 250 Einzelvorträge gehalten wurden, waren allein schon die physischen Anstrengungen überaus groß, und trotz äußerster Rührigkeit konnte der einzelne nur einen bescheidenen Teil seines Programms wirklich bewältigen. Auf biologischem Gebiet waren die Darbietungen teilweise recht interessant, und eine stattliche Anzahl von Forschern konnte auf Grund eigener Untersuchungen mit Mitteilungen aufwarten, durch die unser Wissen nach Richtungen hin erweitert wurde, in denen die Teilnahme des Laien nicht automatisch in dem Maß abnimmt, wie der Aktionsradius der Fragestellungen wächst.

Im Mittelpunkt einiger Vorträge stand der Mensch. Hierher gehörte unter anderem die von dem katholischen Geistlichen B. Huber (Aldorf) behandelte Frage nach dem Einfluß der elektrischen Leitfähigkeit der Atmosphäre auf die Leitfähigkeit des menschlichen Körpers, eine Sache, die besonders wetterempfindliche und zur Föhnkrankheit neigende Personen sehr lebhaft angeht. Huber konnte auf Grund 2jähriger Beobachtungen und physiologisch sehr exakter Experimente an Schülern des Aldorfer Knabeninstituts nachweisen, daß die elektrische Leitfähigkeit des menschlichen Körpers mit der Leitfähigkeit der Atmosphäre steigt und fällt und daß sie in Verbindung mit allen Naturereignissen, die das elektrische Potentialgefälle der Luft in die Höhe treiben (Gewitter, Schneefallnähe, Föhn), auf den 3- bis 4fachen Wert der Normaltage anschwillt. Zu Föhnkrankheit neigende Personen liefern regelmäßig schon 1 bis 2 Tage, bevor der Föhn wirklich losbricht, die typische Föhnkurve; ein Schüler zeigte sogar den Föhn schon an, bevor die meteorologischen Instrumente irgendwelche Veränderung annehmen ließen, und konnte daher in zuverlässigster Weise zur Vorhersage von Wetterumschlägen verwendet werden. Die Normalkurve der Leitfähigkeit ist ziemlich schwer zu ermitteln, da der momentane physiologische und psychische Gesamtzustand der Versuchsperson auf die Gestaltung des Kurvenbildes von größtem Einfluß ist; sie ist anders im nüchternen Zustand als nach einer Mahlzeit, anders nach einem Fußballspiel als

nach einer Liegekur, anders im Zustand der Denktätigkeit als beim diffusen Aufmerken. Aber nachdem man den Einfluß dieser Bedingungen erst einmal kannte, konnte er auch in Rechnung gestellt und durch Vornahme der Versuche zu ganz bestimmter Tageszeit ein zu Vergleichen brauchbarer Normalwert erhalten werden.

Weiterhin ist eines Vortrags Hedwig Freis (Zürich) über die zunehmende Rückbildung des menschlichen Rippen skeletts zu gedenken, weil die Beobachtungen dieser Dame, durchaus in Übereinstimmung mit den gelegentlichen Erfahrungen anderer Autoren, darzutun scheinen, daß die Entwicklung der menschlichen Thorakalregion noch beständig im Fluß ist und eigensinnig in der Richtung weiter drängt, in der sie seit Abzweigung des Primatenstammes aus der Säugetierreihe verlaufen ist. Unverkennbar ist diese Entwicklungs tendenz seit Urzeiten auf eine Verringerung der Wirbel- und Rippenzahlen gerichtet gewesen; sie hat in der Menschenaffenreihe zur Einschmelzung des Schwanzes und beim Menschen zur Herichtung eines Zustands geführt, in dem wir über der rippenlosen unteren Bauchregion einen Thorakalteil erscheinen sehen, dessen sehr massiver Wirbelgrat durch die Rippenbogen sich mit dem vorn liegenden Brustbein verbindet. Die vorderen 5 Rippen sind direkt mit dem Brustbein verwachsen, die übrigen 7, die immer kürzer werden, erreichen nur noch indirekt und zwar dadurch das untere Ende des Brustbeinknochens, daß die nächstfolgende Rippe sich mit ihrem knorpeligen Vorderende jeweils an die vorausgehende anlehnt und der dadurch zustande kommende Bogen sich in seiner Gesamtheit auf das Kopfende der sechsten stützt. Anscheinend ist seit prähistorischen Zeiten am Rippenbestand des Menschen nichts mehr geändert worden, in Wahrheit aber ist die Natur ununterbrochen um eine weitere Einschmelzung des Bauchrippenskeletts bemüht und erzielt dabei sogar sehr beachtenswerte Erfolge. Unter einer genügend großen Zahl von Skeletten finden sich immer Individuen, bei denen die 12. Rippe sich so verkürzt hat, daß sie nur noch mit 10 bis 12 %, statt mit 30 bis 40 %, am Aufbau des sternalen Rippenbogens beteiligt ist, und mindestens ebenso häufig sind, wenigstens im Zürcher Material, die Fälle, in denen auch die 10. Rippe versucht aus dem Zusammenhang mit dem Brustbein ganz

auszutreten. Bei anderen Menschen verkürzt sich die 9. und löst sich aus der Verbindung mit den übrigen ab, seltener die 8., niemals die 7. Rippe. Es scheint demnach eine deutliche Skala von Rückbildungen vorhanden zu sein, die für die untersten Rippen ihre höchsten Werte erreicht. Natürlich sind diese Umbildungen des Thoraxskeletts nicht ohne Einfluß auf die Muskulatur, die die Rippenbogen bedeckt; einzelne Muskelstränge, die plötzlich ihre Anheftungszentren verlieren, sehen sich zur Verlängerung oder Verkürzung gezwungen, und mit der Muskulatur wird auch das gesamte Nervensystem und der Blutgefäßapparat in den Strudel der Umbildungen hineingezogen. Eine Verkürzung der Thorakalregion und eine Verringerung der Körpergröße scheint die Einschmelzung der Rippen und die mit ihr Hand in Hand verlaufende Reduzierung der Wirbelzahlen nicht zur Folge zu haben, da der Ausfall der Segmente durch korrelative Streckung der übriggebliebenen Brustwirbelkörper wettgemacht wird. Einem entgegengesetzten Entwicklungsprozeß kam Georg Ruge (Zürich) auf die Spur, in dem er zeigen konnte, daß ein beim Menschen und den menschenähnlichen Affen längst getilgtes Organ bei ersterm gelegentlich wieder erscheint und bei einzelnen Individuen zu mächtiger, fast tierhafter Ausbildung anschwillt. Es handelt sich um den Hautbeweger, einen willkürlichen Muskel der Körperdecke, den der Hund in Bewegung setzt, um nach einem Bad das Wasser aus dem Fell zu schütteln, oder den das Pferd benutzt, um sich von juckenden Fliegen zu befreien. Der wiederkommende Muskel bedeckt zuweilen nur kleine Stellen der Brust in der Nähe des Herzens, wo er von Fasern bestimmter Rippendecker seinen Ursprung nimmt. Bei anderen Individuen setzt er sich von da in die Bauchregion, die Achselregion, auf die Schultern, die Schlüsselbeinregion und sogar über den Hals hinweg in die Ohrgegend fort, so daß ein typisches Säugetierbild zustande kommt; oder es kann letzteres wenigstens aus der Summierung der menschlichen Varietäten restlos erhalten werden. Interessanterweise ist die Neubildung einmal auch beim Gibbon beobachtet worden. Ruge glaubt, daß beim Menschen und den höheren Affen die Möglichkeit zur Abwehr von Ungeziefer den Arm zu benutzen das Verschwinden des Hautmuskels ursprünglich veranlaßt hat, und daß es sich bei der Wieder-

kehr um einen jener Atavismen handelt, von denen wir bis jetzt nicht anzugeben imstande sind, welcher Reiz als bewirkende Ursache der Erscheinung im Spiel ist.

Mit ebensoviel Aufmerksamkeit wurde die Mitteilung K. Henschens (Zürich) entgegengenommen, daß nach seinen Untersuchungen, außer Muskel- und Nervengewebe, auch der lebendige Knochen ermüdbar ist. Den Physiologen war bisher nichts dergleichen bekannt, obgleich sich die Erscheinung einwandfrei nachweisen läßt, und Mediziner schon wiederholt solche Ermüdungsbrüche zu behandeln hatten. Hochgradige Überanstrengung ist ihr einziger Anlaß; sie kann zum glatten Bruch des Materials der meistbeanspruchten Stelle führen, und zwar gehen die Knochen entzwei, ohne daß irgendwelche mechanische Einwirkung von außen (Sturz, Schlag usw.) beteiligt ist.

Endlich sprach Paul Sarasin (Basel) über Rechts- und Linkshändigkeit in der Prähistorie. Es ist ihm der Nachweis geglückt, daß bei den Urmenschenrassen der ganzen älteren Steinzeit vom Chelléen bis zum Ausgang der jüngsten Kulturepoche Rechts- und Linkshändigkeit ungefähr gleich verbreitet gewesen sind, daß aber mit Beginn der Bronzezeit eine Bevorzugung der rechten Hand um sich griff, die sich durchsetzte. Sarasin baut seine Schlüsse auf der asymmetrischen Formung des Steinzeugmaterials der verschiedenen Abschnitte auf; man erkennt deutlich, ob Klopfer, Fauststeine, Schlagler usw. für die linke oder rechte Hand bearbeitet sind, sieht auch mit der Sichel der Bronzezeit das erste, nur für Rechtshänder gefertigte Werkzeug erscheinen.

Körpertemperatur Man hat schon vor vielen Jahren die Beobachtung gemacht, daß die Körpertemperatur einiger Warmblüter, die auf diesen Gesichtspunkt hin besonders untersucht worden sind, nicht unabhängig ist vom Geschlecht. Die Blutwärme des Entenichs ist mit annähernd 42° um 1/5° niedriger gefunden worden als die der Ente, bei Tauben und Ratten beträgt der Unterschied nahezu einen halben Grad, abermals zugunsten des Weibchens, auch beim Menschen hat die Frau etwas höhere Blutwärme als der Mann. Die Körpertemperatur ist daher den sogenannten sekundären Geschlechtsmerkmalen zugezählt worden.

Nun wissen wir aber seit Steinachs erfolgreichen Keimdrüsen-Transplantationen, daß Gestaltung und Entfaltung der körperlichen Geschlechtsmerkmale von der Beschaffenheit jenes Teils der Keimdrüsenorgane abhängig ist, für die von Steinach der Name Pubertätsdrüse eingeführt wurde. Die Frage lag nahe, ob auch die Bluttemperatur indirekt eine Funktion dieser Drüse sei, oder ob die Differenz der Blutwärmegrade, die man bei männlichen und bei weiblichen Tieren einer Art gemessen hat, am Ende doch auf andere Ursachen zurückgehe. Alexander Lipschütz (Bern), der Sache nachgehend, ist nunmehr, wie er in Pflügers Archiv für die gesamte Physiologie mitteilt, zu dem Ergebnis gelangt, daß die vermutete Abhängigkeit von der Pubertätsdrüsenbeschaffenheit tatsächlich besteht. Er hat in Steinachs Wiener Laboratorium Messungen an Meerschweinchen durchgeführt und zwar an Vollweibchen, Vollmännchen, Kastraten, verweiblichten Männchen und vermännlichten Weibchen, und hat dabei gefunden, daß die Temperatur der Männchen normalerweise 0,6 bis 0,7° niedriger ist als die der weiblichen Tiere und durch Kastration nicht beeinflußt wird, daß dagegen verweiblichte Männchen, das heißt solche, denen Eierstöcke in den Körper eingepflanzt worden sind, auch die höhere Blutwärme echter Weibchen gewinnen. In Übereinstimmung mit diesem Ergebnis steht die Beobachtung, daß bei weiblichen Tieren Kastration eine Verminderung der Körpertemperatur auf die ungefähre Höhe des normalen Männchens bewirkt.

Urgeschichte Nach Mitteilungen Karl Sulzbergers auf dem 99. schweizerischen Naturforscherkongreß, über den in dieser Rundschau oben berichtet wurde, gehören die auf dem reichen Thayngener Fundgebiet (Kanton Schaffhausen) neuerdings bloßgelegten Siedlungen Vordere Eichen und Bsetze in ihren tieferen Schichten dem Aurignacien, in ihren oberen dem Magdalénien an. Die im benachbarten Weiher gelegene, gleichfalls neuentdeckte Pfahlbaustation scheint einen eigenen Typus zu repräsentieren, insofern hier die Pfahlhütten sich sicher nicht über den Wasserspiegel erhoben sondern teilweise direkt auf Torf, teilweise auf künstlichen Schichten von Reisig, Prügeln, Laub, Kies usw. errichtet waren. Der ganzen Siedlung kommt ein festungsartiger Charakter zu.

Auf der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Urgeschichte, die am 8. September in Zürich stattfand, hielt Hans Rupe (Basel) einen interessanten Vortrag über chemische und metallographische Befunde an prähistorischen Eisenstücken. Er zeigte an seinen Ergebnissen, daß auch Chemie und Metallkunde der wissenschaftlichen Urgeschichte wertvolle Fingerzeige zu liefern imstande sind. Die wichtigsten Resultate seiner Untersuchungen bestanden in dem Nachweis, daß den prähistorischen Schmiedern der europäischen Hallstatt- und La Tène-Periode nur ein technisch noch sehr unvollkommenes Eisen zur Verfügung stand, aus dem sie aber dank einer hochentwickelten Schmiedekunst technisch recht hochwertige Waffen herstellen konnten. Die Erzeugung von Gußeisen war ihnen unbekannt. Dagegen kannten sie den Stahl, hatten allerdings nur unvollkommene Härteverfahren. Wie es scheint, wurden zur technischen Verbesserung des Eisens verschiedene Mineralien als Zusatz verwendet, oder es wurde doch ihre Eignung für diese Zwecke versucht. Beim Öffnen eines Torfmoors in Mendrisiotto (Italienische Schweiz) wurde eine noch der Untersuchung harrende Station aus dem Magdalénien aufgedeckt.

Kurze Chronik Der Professor der Geologie und Paläontologie an der Universität Breslau, Berg- und Jagdrat Fritz Frech, ist als Kriegsgeloge bei einem Armeeeoberkommando im Feld 56jährig an einer schweren Krankheit gestorben, die er sich im Dienst fürs Vaterland zugezogen hat. Frech betätigte sich auf einem überaus weitschichtigen Arbeitsgebiet, veröffentlichte namentlich zahlreiche Studien über die Bauprinzipien der Alpenwelt und war in letzter Zeit an der Neubearbeitung von F. von Richthofens großem Werk über China hervorragend beteiligt. Ein Werk über Schlesien blieb unvollendet zurück. ◊ In Leipzig starb im Alter von 60 Jahren Heinrich Simroth, der Urheber der Pendulationstheorie der Erde. Er war dort Extraordinarius für Zoologie. ◊ Das seit dem Tod Johannes Rankes verwaiste Münchener Ordinariat für Anthropologie ist Rudolf Martin übertragen worden, der von seinem Zürcher Lehramt vor 2 Jahren zurückgetreten war. Martin hat sich durch die Abfassung des ersten Lehrbuchs für An-

thropologie verdient gemacht. ◊ Zum Leiter der Hydrobiologischen Station zu Plön und zum außerordentlichen Professor an der Universität Kiel ist August Thienemann (Münster) ernannt worden.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Psychologische Nationalökonomie Der Freiburger Universitätsprofessor Robert

Liefmann, dem man wertvolle, auf eindringender Materialkenntnis beruhende Arbeiten über moderne Unternehmungsformen, Kartell- und Trustwesen, verdankt, verirrt sich in seinen Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre, von denen unlängst der 1., umfangreiche Band erschien (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt), in ein merkwürdig unfruchtbares Spintisieren. Zwar lehnt er die hier in dieser Rundschau des öftern kritisierte sogenannte Grenznutztheorie ab, doch ohne Auseinandersetzung mit der prinzipiellen Verkehrtheit ihrer Grundidee: aus psychologischen Zergliederungen entscheidende Gesichtspunkte für das Verständnis der modernen Volkswirtschaft zu gewinnen. In dieser Hinsicht steht er vielmehr durchaus auf gleichem Boden wie die Grenznutzler.

Daß die Agenten dieses modernen volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses von wirtschaftlichen Zwecksetzungen gelenkte Menschen sind, denen bei der gegebenen Eigentums- und Produktionsordnung dieses Prozesses ihr privates wirtschaftliches Selbstinteresse als allgemeinste Richtnorm wirtschaftlichen Handelns dient, daß also jede Theorie, die die Gesetze des Prozesses klarlegen und verstehen will, mit diesem Selbstinteresse der Agenten stets zu rechnen hat, ist ja doch selbstverständlich und nirgendwo bestritten. Wie Liefmann behaupten kann, die Klassiker der bürgerlichen Ökonomie hätten in oberflächlich-unkritischem »Materialismus« dies dem Prozeß immanente psychische Moment vergessen oder doch zurückgedrängt, bleibt unerfindlich. Aber freilich, wenn nicht klare Überlegung, so hielten eingeborener Instinkt und Sinn fürs Wesentliche sie davon ab sich auf der Suche nach leeren Analogien zwischen der Rolle, die das wirtschaftliche Selbstinteresse in der isolierten, bei den Grenznutzlern zu neuen Ehren kommenden Robinsonwirtschaft und derjenigen, die es im wirklichen sozialwirtschaftlichen Gesamtprozeß spielt, zu

verlieren und so die Aufmerksamkeit von dem, worauf es ankommt, abzuziehen. Was ihnen mehr oder weniger bewußt als Ziel vorschwebte, war: durch Zergliederung des Gesamtprozesses, als den die moderne Volkswirtschaft sich darstellt, den Gesetzmäßigkeiten, denen dieser in seinem Selbsterhaltungsmodus mit evident nachweisbarer gesetzmäßiger Notwendigkeit unterworfen ist, nachzuspüren. Wie jenes das wirtschaftliche Verhalten der Funktionäre in dem Prozeß leitende wirtschaftliche Selbstinteresse, was seine Zielsetzungen anlangt, des nähern charakterisiert ist, darüber kann ja offenbar nicht irgendwelche abstrakte psychologische Meditation sondern allererst die analysierende Betrachtung des Prozesses selber Auskunft erteilen.

Die erste von diesem Standpunkt aus für den Prozeß sich ergebende Bestimmung ist, daß dieser, wie immer näher bestimmt, jedenfalls zunächst einmal grundlegend dadurch charakterisiert wird, daß sich in ihm die Produktion für den Bedarf der Gesellschaftsglieder durchgängig und allgemein als Warenproduktion vollzieht; das heißt sich vollzieht in Produktionsbetrieben zur Erzeugung von Exemplaren zahllos verschiedener, im Warenaustausch von Gesellschaftsgliedern nachgefragter Warenarten, die ihre respektiven Erzeuger (die Eigentümer der Produktionsbetriebe) von vornherein in ihrem eigenen wirtschaftlichen Selbstinteresse an jeweils Nachfragende gegen Exemplare anderer Warenart als Gegengabe im Warenaustausch veräußern wollen. Eine Bestimmung, auf Grund deren sich dann sofort mit zwingender Evidenz der Nachweis führen läßt, daß ein solcher Prozeß nur existieren und sich forterhalten kann, wofern er gleichzeitig die Form eines Prozesses hat, in dessen sich ständig forterhaltendem Gesamtzusammenhang aus der Unzahl all der nach Bedarfswahl im Warenaustausch nachgefragten Warenarten eine von ihnen zugleich als Geldware fixiert ist. Das will sagen: als eine Warenart fixiert ist, gegen deren Exemplare die Eigentümer von Produktionsbetrieben zur Produktion von Exemplaren jeder andern Warenart die in ihren Betrieben zu erzeugenden und jeweils erzeugten Waren jederzeit übereinstimmend und abschließend, also ihrerseits unter prinzipiellem Verzicht auf jede Art Bedarfswahl, im Austauschakt als Gegengabe veräußern wollen. Es ist das eine aus

jener ersten Bestimmung mit unabwiesbarer Notwendigkeit sich ergebende Formbestimmung des Prozesses, durch die allein den Exemplaren einer Warenart, der Geldware, im Gegensatz zu allen anderen der Tauschwert von Waren verliehen wird, mit denen als Gegengabe Exemplare jeder andern Warenart jederzeit beliebig nach den im Marktverkehr der Anbietenden und Nachfragenden jeweils bestimmten Austauschproportionen angeeignet werden können. Wohingegen, wenn man diese Formbestimmung des Prozesses wegdunkt und unterstellt, die Eigentümer von Betrieben zur Erzeugung von Exemplaren nach Bedarfswahl nachgefragter Warenart wollten die in ihrem Betrieb erzeugten Waren samt und sonders selber jeweils nach Bedarfswahl gegen Exemplare anderer Warenart als Gegengabe im Warenaustausch veräußern, wie eine einfache Überlegung zeigt, ein Warenaustausch der Regel und Tendenz nach überhaupt gar nicht zustande kommen könnte, also ein Prozeß mit Warenproduktion von vornherein unmöglich wäre.

Diese allerallgemeinste und erste sich so ergebende Formbestimmung, die Bestimmung also, daß der Prozeß mit Warenproduktion untrennbar zugleich die Form eines Prozesses haben muß, in dem die Produktion der nach Bedarfswahl nachgefragten Waren als Produktion mit Geld als Gegengabe nachgefragter und daher im Marktverkehr jeweils preisbestimmter Waren für den Verkauf erfolgt, liegt jeder weitem Nachforschung nach den Bestimmungen zugrunde, denen dieser allererst im Rahmen dieser seiner allgemeinsten und ersten Formbestimmtheit näher bestimmbare Prozeß in seinem Selbsterhaltungsmodus gesetzmäßig notwendig unterworfen ist. Eine solche weitere Untersuchung würde dann, da das sogenannte Marxsche Wertgesetz als ein die Warenpreise im modernen näher zu bestimmenden Prozeß regelndes Gesetz keinesfalls im voraus als eine evident notwendige Bestimmung deduzierbar ist, statt von dem Wertgesetz von einer wirklich im voraus feststehenden, im Selbsterhaltungsmodus des Prozesses evidenterweise mit enthaltenen Bestimmung ihren Ausgang nehmen müssen. Von der Bestimmung, daß der im Rahmen jener seiner allerallgemeinsten und ersten Formbestimmtheit näher zu charakterisierende moderne Prozeß, um überhaupt existieren zu können, jedenfalls zugleich die Form eines Prozesses haben muß, in

dessen sich ständig forterhaltendem Gesamtzusammenhang das Selbstinteresse der Betriebseigentümer die im Marktverkehr zu bestimmenden und jeweils bestimmten Warenpreise der Tendenz nach zugleich derart regelt, daß die Veranstaltung und Fortführung von Produktionsbetrieben zur Erzeugung der im Marktverkehr preisbestimmten Waren für die Betriebseigentümer vom Standpunkt ihres wirtschaftlichen Selbstinteresses in dem Prozeß lohnend ist. Denn nur unter der Bedingung, daß die wirtschaftlichen Funktionen, die die Betriebseigentümer in dem Gesamtzusammenhang des näher zu bestimmenden Prozesses ausüben haben, für sie selber in dem Prozeß lohnend sind, besteht in dem Prozeß ein Anreiz und die Möglichkeit zur Ausübung jener Funktionen selbst. Doch da die Betriebseigentümer (wie alle Funktionäre des Prozesses) ihre Funktionen nicht nur für sich lohnend, sondern so lohnend wie nur möglich ausüben wollen, muß, folgt dann, dieser näher zu bestimmende Prozeß bei Unterstellung freier Konkurrenz und gleichmäßig freier Zugänglichkeit all der verschiedenen Produktionsbranchen, die Form eines Prozesses haben, in dem die Ausübung der Betriebseigentümergefunktion in einer Branche auf die Dauer nicht beträchtlich lohnender als in anderen sein kann. Es muß der gelegentliche Vorsprung, den einzelne Branchen in dieser Hinsicht durch günstige Konjunktur gewinnen mögen, durch den Anreiz zur Erhöhung der Produktion und des Angebots, den eine solche Konjunktur dann gibt, und den daraus resultierenden Preisfall bald immer wieder wettgemacht werden. So leer abstrakt diese Bestimmungen erscheinen mögen, denen der näher zu bestimmende Prozeß in seinem Selbsterhaltungsmodus notwendig unterliegt, so ergeben sie doch die einzig mögliche Richtschnur, mit deren Hilfe die näher zu bestimmende Gesetzmäßigkeit jenes Prozesses zu deduzieren und damit die Frage zu entscheiden ist, ob und warum dessen so entwickelte, an der Erfahrung kontrollierbare Gesetzmäßigkeit die Möglichkeit zuläßt, daß der Warenaustausch in ihm (wie es dem Marxschen Wertgesetz entsprechen würde) tendenziell als Austausch von Arbeitsäquivalenten erfolgte, oder eine solche Möglichkeit (und damit die Geltung des Marxschen Wertgesetzes in diesem Prozeß von vornherein und unter allen Umständen) ausschließt.

Schon diese wenigen Andeutungen über die Methoden, die eine die »Grundsätze der modernen Volkswirtschaft« systematisch entwickelnde ökonomische Theorie anzuwenden haben würde, dokumentieren die gänzliche Überflüssigkeit irgendwelcher allgemein gehaltenen wirtschaftlich-psychologischen Betrachtungen zur Lösung dieser Aufgabe. Was soll für das Verständnis des Prozesses beispielsweise die programmatische Erklärung Liefmanns leisten: »Wirtschaften ist Erstreben eines Maximums von Lustgefühlen (Nutzen) mit einem möglichst geringen Aufwand von Unlustgefühlen (Kosten).« Oder: »Wirtschaften ist die Herstellung eines Proportionalsystems zwischen verschiedenen Nutzen und ihren Kosten nach dem Maximumprinzip.« Oder jene Wortspielerei, die die Differenz von »Nutzen« und »Kosten«, die nach dem Liefmannschen Rezept als bloße Lust- und Unlustgefühle objektiv überhaupt nicht kommensurabel wären, als den »Ertrag« bezeichnet. Schief und überladen, wie solche Definitionen schon am Maßstab der beliebten Robinsonwirtschaft gemessen erscheinen, führen sie bei dem Versuch einer Anwendung auf den wirtschaftlichen Gesamtprozeß der modernen Volkswirtschaft vollends zur hoffnungslosesten Verwirrung. Was »Kosten«, was »Nutzen«, was »Ertrag«, was »wirtschaftliches Selbstinteresse« in diesem Prozeß bedeutet, wird nur aus seiner, des Prozesses, eigener Analyse klar. Psychologie führt da genau so wenig weiter wie bei der Ableitung der objektiv notwendigen Relationen, die sich im Ablauf des Prozesses konstatieren lassen. Die psychologische Reform der ökonomischen Theorie, die Liefmann anstrebt, erweist sich so als ein Versuch, was sich von fruchtbaren Ansätzen begriffsmäßiger Erkenntnis in der Ökonomie findet, in eine Nebelatmosphäre völlig vager Unbestimmtheit aufzulösen.

1914 und 1789 Der durch seine marxistischen und sozialphilosophischen Aufsätze bekannte Wiener Genosse Max Adler fertigt das von J. Plenge geprägte und von dem Schweden R. Kjellén in reaktionärem Sinn ausgespielte Schlagwort der Ideen von 1914 (siehe darüber diese Rundschau, 1916 II, Seite 874 ff.) in der Neuen Zeit (1916-1917 II, Seite 537 ff. und 586 ff.) mit verdienter Schärfe ab. Während Plenge bei seiner Gegenüberstellung der vom Krieg eingeleiteten Ära, die, wie er

meint, auf straffsten organisatorischen Zusammenschluß wirtschaftlicher Arbeit in nationalem Rahmen hindrängt, und der französischen Revolution von dieser jedenfalls mit Achtung sprach, gefiel sich Kjellén darin die leuchtenden Humanitätsgedanken jener wirklich großen Zeit als überwundene Krämerweisheit zu verhöhn. Es ist eine artige Sammlung von Zitaten, die Adler aus des Schweden Buch zusammenstellt und mit vernichtenden Glossen versieht. Ausführlich wird insbesondere jene beliebte Unterstellung abgetan, als ob die Freiheit, die man damals pries, eine Freiheit ohne Schranken, ohne Bindung des einzelnen Individuums durch das höhere Interesse der Gemeinschaft gewesen sei. Die Schriften Rousseaus, dessen Einfluß auf die Revolution den aller anderen Schriftsteller und Denker unvergleichlich überträgt, bezeugen das aufs schlagendste. Ein solcher »Mißbrauch der Begriffe«, eine solche »Engherzigkeit der Gesinnung« und solche »Beschränktheit des Gedankens«, sagt Adler, ruft schmerzliches Staunen hervor. Um so schmerzlicheres, als Kjellén »ein Typus ist für die Art, wie leider ein nur zu großer Teil der bürgerlichen Gelehrten und Philosophen zum Kriege Stellung genommen hat«. Die »ideologische Verteidigung des Krieges« werde für alle Zeiten ein warnendes Beispiel sein, das zeige, wohin »Vertreter der Philosophie und Wissenschaft kämen, wenn sie »ihre geistigen Kräfte nicht dazu benutzen sich von den traditionellen Vorurteilen ihrer Klasse . . . zu befreien sondern ihnen kritiklos zu dienen«. Der Hinweis Adlers auf den wirklichen Gehalt der Ideen von 1789 ist um so dankenswerter, als die Kjellénschen Konstruktionen anscheinend auch in einigen sozialdemokratischen Kreisen eine gewisse Verwirrung angestiftet haben.

Kurze Chronik Am 17. Oktober feierte die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen ihr 100-jähriges Bestehen. Sie wurde auf Anregung Friedrich Lists gegründet, der selbst die Professur für Staatskunde und Staatspraxis übernahm. Das Jubiläum ist dadurch besonders bemerkenswert, daß Tübingen die erste Universität war, die eine selbständige Staatswissenschaftliche Fakultät errichtete, diese Feier also zugleich das 100jährige Jubiläum der Gründung selbständiger deutscher Staatswissenschaftlicher Fakultäten über-

haupt bedeutet. \diamond An Stelle Büchers, der sein Ordinariat für Volkswirtschaft an der Leipziger Universität nunmehr niedergelegt hat, ist der Bonner Nationalökonom Heinrich Dietzel getreten. Bücher wird indessen seine Universitätsvorlesungen über Zeitungswesen fortführen und das von ihm begründete Institut für Zeitungskunde weiter leiten. \diamond Der Privatdozent für Wirtschaftsgeographie und geographische Produktkunde in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt Alois Kraus ist außerordentlicher Professor geworden.

Literatur In seinem Buch Bodenfrage und Arbeiterinteressen /Jena, G. Fischer/ will Th. Brauer durch eine Darlegung der Schädigungen, die die private Aneignung der Grundrente und die damit verknüpfte Bodenspekulation für die erwerbstätigen Klassen zur Folge haben, die Arbeiter für das Programm der Bodenreformer gewinnen, schießt aber dabei, wie so oft Anhänger dieser Richtung, bei manchem Treffenden auch übers Ziel hinaus. So wird in dem Kapitel Arbeiterbewegung die Behauptung aufgestellt, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit, solange sie »der Grundrente nicht zu Leibe rücken könne, versagen müsse«. Eine These, für die weder theoretisch noch praktisch sich auch nur der Schatten eines wirklichen Beweises erbringen läßt. \diamond Die Abhandlung Grundlegung der Wertlehre von Erich Heyde /Leipzig, Quelle & Meyer/ hat mit der Frage nach dem Wesen und den Bestimmungsgründen des Warenwerts in einer warenproduzierenden Gesellschaft keinerlei Zusammenhang. Sie will den allgemeinen Begriff des Wertes und des Wertens, der in der gegenwärtigen Philosophie eine so beträchtliche Rolle spielt, durch logische Zergliederung des nähern bestimmen, schlägt aber, um zu der doch selbstverständlichen Konstatierung zu gelangen, daß nur auf Grund einer Beziehung zu gewollten Zwecken irgendeinem Ding, einer Eigenschaft, einem Zustand oder einem Handeln Wert zugesprochen werden kann, merkwürdig komplizierte Umwege ein. \diamond Einen neuen Beitrag zu jenem Bild innerer Verfahrenheit, das die in dieser Rundschau wiederholentlich besprochene sogenannte Grenznutztheorie bietet, liefert einer ihrer ältesten österreichischen Vertreter, Emil Sax, in seinem Werk Der Kapitalzins /Berlin, Springer/.

Böhm-Bawerks famose Entdeckung, daß der Zins, dessen Verständnis doch wirklich keine besonders tiefgründigen psychologischen Spekulationen verlangt, letzthin darauf gegründet sei, daß man gegenwärtige Güter allgemein höher als zukünftige schätze, ist in dem Kreis der Grenznutzpsychologen seit jeher völlig ernst genommen worden. So ernst, daß Sax, der ihr nicht zustimmt, 2½ hundert Seiten schreibt, um diese geradezu drollige Erklärung zu widerlegen und sie durch nicht weniger verwickelte Erwägungen im Grenznutzstil zu korrigieren. Als ob in der theoretischen Nationalökonomie ein Mangel an wirklichen Problemen herrsche, schlägt diese Schule sich mit lauter eingebildeten herum. \diamond Die instruktive, kurzgefaßte Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert von F. Muckle, dem Verfasser einer sehr verdienstvollen Biographie Saint-Simons, kam in neuer Auflage in 2 Bändchen der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt heraus.

KUNST

Musik / Friedrich Schwarz

Heymann Der jüngere Bruder Walther Heymanns, Werner Richard Heymann, ist mit einigen Liedern und Orchesterstücken hervorgetreten /Wien, Josef Weinberger/ und hat eine starke Begabung erwiesen. Eine Begabung, die tief und schwer ist, die sehnsüchtige und heiß sich verzehrende Gebilde hervorbringt. Heymann liegt eine Trauer dumpf im Blut, alles, was explosiv aus ihm hervorbricht, scheint, selbst die bis an die Lebensmöglichkeit gesteigerte Dithyrambe, vom Tod gezeichnet. Das Leichte wird unter seinen Händen zum Schicksal, das Selbstverständliche wird ihm zum Problem. Als Texte wählt er Li Tai Po, Rainer Maria Rilke, Klabund; vor allem die von höchster Lebensfreude und tiefinnerstem Leid getränkten Verse seines Bruders Walther, der im Krieg fiel. Alles in ihm schwillt, gärt, krängt empor; kein Spiel gelockerter Themen gebietet dem lyrischen Strom Einhalt. Sein Frühlingsnotturno, ein prächtiges Stück (Triolen durchziehen es klagend), schließt Enttäuschung, herbe Süße, sehnsuchtschwangere Nächte des einsamen Jünglings in sich. In manchen Liedern steigert sich seine Lyrik, von orientalisches gefärbter Harmonik satt grundiert, zum Meisterlichen: Die Mädchen singen

(Text von Rilke) oder das Reiterlied (Text von Klabund) sind Lieder von hohem Wert. Der Tanz der Götter steigt, schmerzgezeugt, bis zu inbrünstiger Trunkenheit hinan. Das ist das Wesen dieser Musik: Sie drängt, in Tiefen der Mystik ruhend, mit explosionsartigen Erschütterungen nach aufwärts; stete Wallung, Suchen ohne Ende, Hingebensein an die hochgespannte Linie des Lyrischen, orphisch versunkene Klage. Witz und Leichtigkeit sind anderswo zu Hause. Ist das Ohr auf kombinatorisch reiches Musizieren eingestellt, dann kommt man nicht auf seine Rechnung. In der verbissenen Einseitigkeit dieser Musik ruht ihre Wahrheit wie ihr Wert, aber auch ihr Mangel.

Reger: Ballettsuite Am 10. Oktober gelangte im Leipziger Neuen Theater eine Ballettsuite Regers (Opus 130) zur Uraufführung. Die Ballettmeisterin Emma Grondona hatte die choreographische Unterlage geliefert. Noch von Regers Hand führen die 6 Sätze der Suite Überschriften, die nun zur Entwicklung einer, Pierrots erster Ball betitelten, Pantomime benutzt wurden. Unter den Regerschen Orchesterwerken nimmt die Ballettsuite eine besondere Stellung ein. Reger dachte sich zwar das Stück nach seinem eigenen Anspruch ohne szenische Darstellung. Indes, auch Schumann hat wohl nie daran gedacht, daß sein Karneval einmal auf die Bühne kommen werde. Wer aber das Russische Ballett nach dieser Musik tanzen sah, wird das als ein ganz besonders tiefes künstlerisches Erlebnis empfunden haben. Die Vereinigung von Tanz und Musik ist eine viel unmittelbarere als die von Ton und Wort in der Oper. Hier liegt das Schwergewicht in der Handlung, im tatsächlichen Geschehen und in dem, was seelisch vor sich geht. Das untermalt die Musik, die ja Ablauf und Intensität der Empfindungen ungleich feiner widerspiegelt als das gesprochene Wort. Beim Tanz ist die Musik das Primäre, deren Verlauf Rhythmus und Mimik des ausdrucksvollen menschlichen Körpers abbilden. Daß der Tanz nicht an musikalische Gebilde von regelmäßiger rhythmischer und periodischer Bildung gebunden zu sein braucht, sondern daß er auch freieren musikalischen Gebilden nachzufühlen weiß, das hat uns zuerst das Russische Ballett gelehrt, dessen Schöpfer damit eigentlich den modernen Tanz geschaffen haben. Die

Regersche Ballettsuite ist nun ein Werk, das, offenbar dem Komponisten unbekannt, die Bestimmung in sich trägt choreographisch im modernen Sinn dargestellt zu werden. Der Versuch der Leipziger Oper zeigt jedenfalls, daß seine Veranstalter die besondere Gestaltung dieser Musik richtig empfunden haben. Freilich gehören zur Darstellung der Suite Tanzkünstler wie wir sie gegenwärtig kaum in größerer Zahl auf unseren Bühnen zur Verfügung haben. Es sind 6 scheinbar lose an einander gereichte kurze Stückchen, die aber thematisch eng an einander geknüpft sind und durch die überall durchlugende Ganztonmelodik und die durch sie bedingte Harmonik der großen Terzen besonders einheitlich wirken; diese gib' den Stücken etwas besonders Wehmutvolles, Rührendes; aber immer mit der Grundfarbe, als ob die Sache doch nicht so ernsthaft gemeint und alles nur ein schönes Spiel ist. Da sind besonders Colombine, Harlekin, Pierrot und Pierrette. In herzzerreißenden Tönen klagen Oboe und Violoncello ihren tiefen Welt- und Liebes Schmerz mit so viel Übertriebenheit und Anmut, daß man fühlt, wie wohl ihnen ihre Schmerzen tun. Eine Valse d'amour ist dabei. Von der schrieb Reger an einen Bekannten, er hätte jetzt einen Walzer gemacht, der sei wie von Lehár. Nur daß dem unverbesserlichen Kontrapunktiker das mit etwas bayrischer Grazie sich wiegende Walzertema sofort als Kanon einfiel, den Oboe und Violinen ausführen, und er ihm ein fast erdrückend prächtiges harmonisches Gewand anzog. Auftakt und Schluß der Suite klingen wie Ouverture und Finale einer komischen Oper. In diesem Werkchen ist Reger, von aller Erdschwere befreit, ganz in der Region des freien Spieles. Solche Ansätze finden sich vielfach bei ihm, in der Orchesterserenade, in manchen heiteren Sätzen seiner Kammermusik, vor allem in der ersten Flötenserenade; aber nie ist diese Seite seines Schaffens so geschlossen hervorgetreten wie in der Ballettsuite. Das Werk fand in Leipzig unter Otto Lohses Leitung eine sehr gute Aufnahme. Hoffentlich kommt es auch bald in Berlin zur Aufführung.

Clavicembalo Das Clavecin, seit langem zu todesähnlichem Schlaf verbannt, scheint zu erwachen. Es haben sich einige Ritter gefunden, die das schlummernde Dornröschen durch ihre Liebe zu neuem Leben

erweckten. Zuerst führte man es zum Akkompagnieren und sanften Untermauern der Rezitative (vor allem in Mozartschen Opern) da und dort wieder ein. Dann erschien es zuweilen im Konzertsaal bei der Ausführung Bachscher und Händelscher Werke. Stets aber war es ein Kuriosum, eine Ausgrabung, ein Mittel zur Erlangung intimen archaischen Klanges, und mochte im Orchester seine Dienste tun. Niemand hätte es gewagt das alte Möbel vom Staub zu reinigen und als Mittelpunkt auf das Konzertpodium zu stellen. Jetzt wagt das jemand. Wanda Landowska warb in treuer Liebe um das vergessene Kind und erkannte für die Zukunft Möglichkeiten, die in der Vergangenheit lagen. Wenn sie am Clavicembalo sitzt und das vergessene Instrument mit liebevoller Vertrautheit bedient, dann wachen die guten Geister der alten Hausmusik wieder auf, und es zeigt sich, daß das vielgelästerte Instrument in mancher Beziehung noch lebensfähig ist. Es zirpt, sein Ton hat keine Tragfähigkeit, sagen die Anbeter des göttergleichen Klaviers. Aber das Klavier ist ein Tyrann. Es ist noch lange nicht ausgemacht, daß es mit seinem weittragenden, alles durchdringenden Ton eine Vervollkommnung oder gar eine Vollkommenheit ist. Schauen wir darum getrost auch gelegentlich nach rückwärts; nicht alles, was vorbei ist, ist darum auch überwunden. Das Clavicembalo mit seinem alten, lieben Klang ist noch nicht tot. Nicht in das Raritätenkabinett musikalischer Feinschmecker sei es verbannt, es kann im kleinen Raum, als Faktor der Hausmusik, auch heute noch seine Rolle spielen. Im großen Konzertsaal verblasen freilich seine zarteren Reize. Eine Künstlerin wie Landowska vermag wohl mit ihm zu fesseln. Nicht unter jeder Hand aber wird es sich in öffentlichen Aufführungen vor einer großen Menge behaupten können.

Kurze Chronik Das Kleine Bachfest in Eisenach war im Jahr des Reformationsjubiläums ganz dem großen Thomaskantor, dem Erneuerer der religiösen Musik, geweiht. Gmünd (Münster) forderte in den einleitenden Reden für die Musik einen größeren Machtbereich im protestantischen Gottesdienst. Richter (Dresden) trat für die Neubelebung der alten Kantoreien zur Hebung des Kirchengesanges ein. Das Konzert des Thomaschors unter Leitung Straubes (Leipzig) gab einen

instruktiven Abriss deutscher volkstümlicher Kunstmusik (Martin Agricola, Josquin de Prés, Heinrich Isaak, Ludwig Senfl). Ein Konzert der Neuen Bachgesellschaft in der Georgenkirche bildete den Abschluß der Feier. \diamond Der Weimarer Hofkapellmeister Peter Raabe brachte in der Berliner Philharmonie Max Regers Variationen und Fuge über ein Thema von Beethoven in der Orchesterfassung, die Reger dem Werk gegeben hat, zur Uraufführung. Reger hatte die Variationen ursprünglich für 2 Klaviere komponiert; später richtete er das Werk für großes Orchester ein und komponierte noch einen Satz hinzu. Die Wiedergabe war vorzüglich, und besonders der fugierte Schlußsatz mit seiner gewaltigen Steigerung riß die Hörer zur Begeisterung hin. \diamond Zwei Bühnenwerke hat Arnold Schönberg vollendet; das eine, Erwartung, nennt er ein Monodram, das andere, Die glückliche Hand, ein Drama mit Musik. In diesen Werken werden bestimmte Lichtangaben mit bestimmten Klangwirkungen vereinigt. Sie erscheinen in der Universaledition in Wien. Ob sie auf die Bühne kommen werden, steht vorläufig noch dahin. \diamond Das neueste Werk Ferruccio Busonis, Harlekins Reigen, ist wohl als eine Tat im Sinn seiner Neuen Ästhetik der Tonkunst aufzufassen. Und da zeigt es sich denn, daß die Befürchtungen, die in dieser Rundschau (1917 I, Seite 273 f.) für eine Entwicklung der Musik in jener Richtung geäußert wurden, durchaus berechtigt waren. Nun ja: Harlekin, Hin- und Herhuschen durch alle Instrumente, man nennt das wohl Keckheit, Geist, Witz. Aber diesem Witz fehlt die Pointe. Und wir verlangen nach anderen, innerlichen Werten. Die Schelmenstückchen programmatischer Witzbolde haben wir satt. \diamond Zum Direktor des Salzburger Mozarteums wurde Bernhard Paumgartner ernannt. Er war in den letzten Jahren Dirigent der volkstümlichen Tonkünstlerkonzerte in Wien und ist auch als Komponist hervorgetreten.

Literatur Einen Lebensabriß Max Regers hat Max Hehemann zu geben versucht (München, Piper). Das Büchlein, das in knappen Umrissen den äußeren Lebensweg Regers zeichnet, macht keinen Anspruch auf Ausführlichkeit oder eingehende Würdigung. Es will mit schlichten Worten an der Hand des biographischen Materials die Lebensstatio-

nen des großen Künstlers festhalten. Noch ist das grundlegende Werk über Reger nicht geschrieben; der spätere Biograph jedoch wird auch aus diesem Büchlein mit Nutzen schöpfen können.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Britische Kolonialprobleme Bekanntlich hat das britische Reich sich nur deshalb dem vom englischen

Mutterland auf eigene Faust begonnenen Krieg schließlich so energisch angeschlossen, weil die Vorteile dieses Vorgehens doch seine Nachteile erheblich zu überwiegen schienen. Umgekehrt hat auch das Mutterland wohl in der Hauptsache deshalb den Krieg begonnen, weil es durch das Fortbestehen Deutschlands und durch dessen Schützerpolitik für den kleinen noch freien Teil der islamischen Völker die schließliche territoriale Abrundung seines Kolonialreichs bedroht glaubte. Der Besitz der Ostküste Afrikas, der Küsten Arabiens und der Tieflandmulde von Mesopotamien sind die realen Gegenstände, für die Großbritannien den Krieg führt.

Dabei hat sich nun ein sehr seltsames Schauspiel vor unseren Augen vollzogen. Im letzten Jahrzehnt vor Beginn des Krieges schienen die zusammenhaltenden Kräfte im britischen Weltreich immer schwächer zu werden. Wie Paul Lejeune-Jung in seiner inhaltreichen Schrift Kolonial- und Reichskonferenzen /Berlin, C. Heymann/ darlegt, hat besonders die canadische Regierung unter der Führung Sir Wilfrid Lauriers in den letzten Jahren in immer radikalerer Weise das Verlangen der Dominions betont an den Entscheidungen des britischen Reiches über Krieg und Frieden in bestimmender Weise teilzunehmen. Diesmal ist nun von einer solchen Befragung der Kolonien keine Rede gewesen. Trotzdem haben die Kolonien sich mit aller Kraft für die Kriegführung eingesetzt, außerordentlich große Massen von Soldaten gestellt und viel Geld geliefert, um nur den Bestand des Reiches, soviel an ihnen lag, aufrechtzuerhalten. Canada, die Hochburg des Mißtrauens gegen das Mutterland, hat bei einer weißen Bevölkerung von etwa 10 Millionen ungefähr 400 000 freiwillige Soldaten aufgebracht, und obwohl das französische Element, das unter der canadischen Bevölkerung recht stark ist und sich ziemlich rein erhalten hat, sich nach besten Kräften gegen die Einfüh-

rung der Dienstpflicht sperrte, ist es ihm doch nicht gelungen diese zu vereiteln: vielmehr sind die Anhänger der Dienstpflicht schließlich auch hier mit ihren Absichten durchgedrungen.

Der Grund dafür ist, daß letzten Endes von einem Sieg des Mutterlands die Kolonien erhebliche Vorteile erhoffen. Die Australier zum Beispiel haben sich bereit einen möglichst großen Teil der deutschen Besitzungen in der Südsee alsbald nach Kriegsausbruch an sich zu nehmen. Wenn ihnen das auch nur unvollkommen gelungen ist, weil an einigen Stellen ihre japanischen Bundesgenossen noch schneller zuzugreifen verstanden, so haben sie doch vor allen Dingen sich Deutsch NeuGuineas, das ihnen besonders wichtig war, bemächtigt. Die Südafrikaner haben nicht nur Deutsch Südwestafrika besetzt, das sie je länger je mehr als eine erhebliche Störung der englischen Machtidylle im afrikanischen Süden empfanden, sondern darüber hinaus auch einen Kriegszug nach Deutsch Ostafrika organisiert, der ihnen schließlich den größten Teil des Landes in die Hände gebracht hat. Gleichzeitig haben die australischen Truppen und eingeborene Völker Indiens sich in der ausgiebigsten Weise an dem Feldzug gegen die Türkei beteiligt. Auch in diesem Eintreten Australiens für die Sicherung und den Ausbau der britischen Herrschaft in Indien liegt eine sehr bemerkenswerte Wandlung vor. Vor dem Krieg sahen die sich selbst verwaltenden Teile des britischen Reichs auf die indischen Besitzungen Englands nur mit sehr gemischten Gefühlen. Ihre Bestrebungen, die auf extremen Schutzzoll für das ganze Reich gingen, wurden durch die Rücksicht auf Indien, wie Lejeune-Jung ausgezeichnet klarlegt, stark behindert. Das hat sie aber keineswegs abgehalten für den Ausbau und die Sicherstellung British Indiens ihre Kräfte einzusetzen, als eine wirkliche Gefährdung dieses Besitzes aufzukommen schien. In dieser Beziehung hat man besonders bei uns in Deutschland die zentrifugalen Tendenzen im britischen Reich sehr stark überschätzt. Auf den Kolonial- und Reichskonferenzen wurde eben nicht jedes Wort besonders auf die Wagschale gelegt. Vielmehr wurden kleine Beschwernisse sehr oft grotesk vergrößert, und das Ausland nahm manchmal von solchen Beratungen den Eindruck mit, als ginge es mit dem Einheitswillen im britischen Reich allmählich zu Ende. Der Krieg ist für die-

jenigen, die dieser Meinung waren, eine außerordentlich empfindliche Aufklärung geworden.

Es ist freilich richtig, wenn von solchen Unbelehrbaren immer wieder darauf hingewiesen wird, daß zum Beispiel die sozialpolitische Entwicklung in Australien und Neuseeland ein Problem sei, mit dem das britische Reich nur sehr schwer fertig werden könne. Indien und Japan, auf dessen Freundschaft nun einmal die Engländer angewiesen seien, brauchen notwendigerweise eine große Auswanderung, und Australien sei das wichtigste natürliche Ziel für diese Auswanderung. Der weiße Arbeiter Australiens denke aber nicht daran sich durch die farbigen Kulis lohndrückende Konkurrenz machen zu lassen. Wenn bisher schon gegen japanische und indische Masseneinwanderungen in Australien und Neuseeland und in anderen überseeischen Teilen des britischen Reiches höchst energische Vorkehrungen getroffen seien, so sei das erst recht für die Zukunft zu erwarten. Demgegenüber hat sich jetzt gezeigt, daß die Druckmittel, die Japan gegenüber dem englischen Reich zur Verfügung stehen, sehr gering sind, solange die Regierung in London mit der in Washington Hand in Hand geht. Es hat sich aber auch gezeigt, daß über die Einwanderung indischer Kulis noch nicht die letzte Entscheidung gefallen ist. Während des Krieges hat, worauf in den Sozialistischen Monatsheften mehrfach hingewiesen wurde, die indische Volkswirtschaft einen großen Schritt in der Richtung auf die Industrialisierung vorwärts getan. Schon bisher war die indische Auswanderung nur gering. Bei einer Bevölkerung von ungefähr 315 Millionen im Jahr 1911 betrug sie jährlich nach Abzug der Rückwanderer noch nicht 10 000. Trotz der großen Not, in der die Mehrheit der indischen Bevölkerung lebte, war also der Trieb zur Auswanderung offenbar recht schwach. Wenn jetzt in British Indien, wie sicher zu erwarten steht, die Industrie einen immer größeren Aufschwung nimmt, so wird es mit einer Zunahme der Auswanderungsbewegung noch gute Wege haben. Solche Gefahren für die Einheit des britischen Reiches wirken auf dem Zeitungspapier sehr lebhaft. Man muß aber dabei immer bedenken, daß sie nur zu leicht schon durch den Vorgang der Preßpublizität an sich ungebührlich aufgebauscht werden, und daß man deshalb gut tut von ihnen von vornherein schon einen gehörigen Betrag abzuziehen. Das

zeigt sich auch hier wieder. Gewiß waren vor dem Krieg zwischen Mutterland und Kolonien und zwischen den Kolonien unter einander im britischen Reich erhebliche Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze vorhanden, die sich zweifellos auch in späterer Zukunft recht fühlbar machen werden. Aber es kann keine Rede davon sein, daß nun von heute auf morgen diese Gegensätze zum Zusammenbruch des Systems führen. Vorläufig überwiegt das Interesse am Zusammenhalt und Ausbau des Reiches bei allen Reichsteilen noch weit die Sonderinteressen.

Das ist auf der während des Krieges abgehaltenen Reichskonferenz wieder recht klar zum Ausdruck gekommen. Ich kann Lejeune-Jung nicht zustimmen, wenn er meint, daß diese Konferenz eigentlich nichts Neues gebracht habe. Er hat ja recht, wenn er sagt, daß die Gegenstände, zu denen, soweit bisher bekannt ist, Beschlüsse gefaßt wurden, nicht zum erstenmal Gegenstand von Beratungen auf solchen Konferenzen gewesen sind. Aber eben Beschlüsse wurden bisher nicht gefaßt, und insofern ist allerdings ein bedeutender Fortschritt des Vereinheitlichungsgedankens im britischen Reich auf dieser Konferenz zu verzeichnen. Deshalb tut man gut in Deutschland diese Entwicklungen mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Ganz abgesehen von der großen außenpolitischen Bedeutung, die sie besitzen, sollte dazu schon das Interesse veranlassen, das das Schicksal der englischen Kolonien als geschichtliches Beispiel auch für andere Kolonien hat. Die Vereinigung von Reichseinheit und freier Beweglichkeit der Reichsteile, wie sie auf diesen Konferenzen immer sorgsamer ausgestaltet wird, kann auch für die Art, in der die Deutschen nach dem Krieg überseeische Kolonisation betreiben müssen, wichtige Lehren geben.

Britisch Indien Zur Frage der Reformen in Indien hat der New Statesman vor einiger Zeit einen interessanten Aufsatz gebracht, auf den in dieser Rundschau hingewiesen werden muß. Der Verfasser ist der Ansicht, daß Indien für eine koloniale Selbstverwaltung nach Art der britischen Dominien noch nicht reif sei. Die Arbeit ist besonders deshalb bemerkenswert, weil sie eine bedeutende Schwenkung in der Haltung des Organs der Fabian Society anzeigt. Bisher stand dieses im allgemeinen auf dem liberal-

manchesterlichen Standpunkt (den am klarsten und einseitigsten wohl John Bright vertreten hat), daß jede Kolonie sofort in Selbstverwaltung überzuführen sei. Im Gegensatz dazu behauptet der erwähnte Aufsatz, die Intelligenz in Indien sei ihrer Zahl nach noch viel zu gering, um den Anforderungen des Regierens rein quantitativ genügen zu können. Das liege in erster Linie an der Rückständigkeit der Schulbildung, und die lasse sich auch durch Einführung des Schulzwangs selbst innerhalb einiger Jahre nicht beseitigen. Zwar sei der Schulzwang für Kinder bis zu 10 Jahren durchaus zu befürworten. »Aber das bißchen Lesen und Schreiben würde den Inder kaum dem Bildungsgrad annähern, der ihn befähigte irgendeine wirkliche Kontrolle über die Behörden auszuüben und sie zu seinen Dienern statt zu seinen Herren zu machen.« Die Regierung Indiens sei besonders infolge der riesenhaften Entfernungen, der ungeheuren Einwohnerzahl und der großen geographischen Verschiedenheiten eine technisch sehr schwierige Aufgabe. Durch die kümmerliche Lebenshaltung der Bevölkerung entstehe bei jedem Fehler in der Verwaltung gleich eine schwere Hungersnot. Bestenfalls könne also eine tyrannische Oligarchie dabei herauskommen, die auch nur Mäßiges leisten werde. Das wüßten die Angehörigen der niedrigen Kasten der Hindus und auch die Mohammedaner sehr wohl, und dies bilde eine der wirksamsten Stützen des Regiments der Engländer. Kompliziert werde die Frage noch durch die Heeresangelegenheiten. Wer sollte in einem autonomen Indien das Heer befehligen, wer die Kosten dafür aufbringen? (Als ob das nicht jetzt schon die Inder täten!) Zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft gehöre vor allen Dingen die Ausführung gigantischer technischer Projekte (Bewässerungsanlagen, Eisenbahnbauten, Stromkorrekturen usw.). In einer vollkommenen Selbstverwaltung könne man dem allen gar nicht gerecht werden. Trotzdem sei es natürlich wünschenswert eine Selbstverwaltung, zunächst in kleinerem, später in größerem Kreis allmählich vorsichtig anzubahnen. Ansätze dazu seien ja auch in den den Provinzialverwaltungen zugeordneten Exekutivräten schon vorhanden. Diese Räte setzen sich gegenwärtig aus einer großen Anzahl englischer Verwaltungsbeamter, aus englischen Sachverständigen, die zu diesem Zweck extra aus dem Mutterland herangeholt werden, und aus

einigen wenigen von der Regierung ernannten Indern zusammen. Darauf könne man weiter bauen, indem man allmählich die Verwaltungsbeamten ausscheiden ließe und statt ihrer die Zahl der den Exekutivräten angehörenden Inder vermehre. Tüchtigkeit, guter Name und Einfluß auf ihre Landsleute seien die Qualitäten, nach denen man diese aussuchen müsse, dabei sei darauf zu achten, »daß die Ernennung weder eine Prämie für lärmende Agitation noch für Unterwürfigkeit bilde«. An eine Wahl sei vorläufig nicht zu denken, es müsse bei der Ernennung bleiben. Auf diese Weise könne man allmählich einen Stammsachlich informierter und persönlich für ihr Amt geeigneter indischer Beamter großziehen; dieser könne später einmal die Grundlage für einen weitem Ausbau solcher ersten Ansätze zur Selbstverwaltung bilden.

So der New Statesman. Die Resultate dieses Systems bezeichnet er selbst als ungewiß. Er fragt: »Würde diese Lösung von der indischen öffentlichen Meinung als ein zurzeit genügender Fortschritt angesehen werden?« Und er antwortet darauf, ohne die Zubilligung ausgedehnter Zugeständnisse anderer Art sei das wahrscheinlich nicht der Fall. Als solche Zugeständnisse kämen in Betracht: vollständige Zollautonomie für Indien; Wahl von Indern als Berater des Staatssekretärs für Indien in London, Vermehrung der Zahl der ernannten indischen Mitglieder auf Kosten der Zahl der ernannten englischen Beamten in den Gesetzgebungsräten; sorgfältige Ausbildung junger Inder für die wirtschaftliche Verwaltung in Indien, Prüfung der indischen Offiziere, Aufhebung der Ungleichheit zwischen Indern und Europäern in manchen Gesetzen, zum Beispiel in den Bestimmungen über das Waffentragen und im Strafrecht, langsame Vermehrung der Befugnisse der örtlichen Selbstverwaltungskörperschaften bei gleichzeitiger Verstärkung der Zahl der dafür gewählten indischen Mitglieder. Diese Zugeständnisse seien nötig, aber vorläufig auch ausreichend.

Kriegspublikationen Mit der Darstellung des vielfältigen politischen Schicksals der belgischen Congokolonie beschäftigt sich Ward Nervens in seinem Buch *La catastrophe congolaise* /Antwerpen, Hölzermann/, in dem er hauptsächlich auf die Geschichte der Congokolonie in der Gründungszeit des Congostaats und

während des Krieges eingeht. Besonders interessant ist die ausführliche Untersuchung der Frage, wer die Kämpfe in das konventionelle Congobecken getragen hat. An der Hand einer unbefangenen sachlichen Prüfung der amtlichen und privaten Publikationen von deutscher und deutschfeindlicher Seite kommt er zu dem Ergebnis, daß die Schuld auf seiten der Ententemächte zu suchen ist. Im übrigen enthält das Büchlein manche Einseitigkeiten und allzu gewagt deutschfreundliche Behauptungen, die gewiß sehr gut gemeint sind, aber die Wirkung jenes wesentlichen und durchaus einwandfreien Hauptteils seiner Darlegungen nur abschwächen. Beigegeben ist eine Karte der Congo-Kolonie und ihrer Umgebung, die in sehr großem Format das geographische Gerippe des behandelten Gebiets ausgezeichnet veranschaulicht.

Über Ägypten im Weltkrieg hat der österreichische Reserveoberleutnant Carl Ig. Hoffer eine hübsch ausgestattete Broschüre erscheinen lassen /Graz, Leykamverlag/, in der er allerlei interessante Tatsachen mitteilt. Die große historische Einleitung, die er vorausschickt, wäre freilich weniger nötig gewesen, da sie zum Verständnis des eigentlichen Themas entbehrlich ist; doch ist sie im allgemeinen korrekt. Warum der Verfasser Dinge wie Genossenschaften absolut mit wenig passenden Fremdworten (Syndikate) bezeichnet, ist nicht recht ersichtlich.

Kurze Chronik Der unrechtmäßige Sultan von Ägypten Kamel Pascha ist gestorben. Nachfolger wird sein Bruder Fuad Pascha, der sich durch seine Betätigung in der Hebung der ägyptischen Landwirtschaft bei den Fellachen sehr beliebt gemacht hat; hauptsächlich das landwirtschaftliche Versuchswesen hat er sehr gefördert. ◊ Im Juli starb der Afrikaforscher Gustav Denhardt, 61 Jahre alt, in Leipzig. Er hat zusammen mit seinem Bruder Clemens den Tana-Stream in Ostafrika erforscht. Im Jahr 1885 trat der Sultan von Witu den beiden Forschern 1300 Quadratkilometer nebst einem Stück Küste ab; diese Rechte gingen dann später an die Deutsche Witugesellschaft über. 1887 erforschte Gustav Denhardt das Hinterland von Deutsch Witu. ◊ Im Jahr 1916 hat sich der Außenhandel der

Südafrikanischen Union wieder bedeutend gehoben. Die Einfuhr stieg von 33,8 auf 41,2, die Ausfuhr (ohne Gold) von 16,9 auf 23,9 Millionen Pfund Sterling. Die Einfuhr aus Japan hat sich während der letzten 3 Jahre vervielfacht. In der selben Zeit stieg der Handel der Union mit Deutsch Südwestafrika auf 141 000 auf 944 000 Pfund, also auf rund das 6½fache. ◊ Die wichtigsten Zuckerraffinerien Niederländisch Indiens sind in japanische Hände übergegangen. 15 von ihnen arbeiten schon in der Hauptsache mit japanischem Kapital. ◊ An der Universität Frankfurt am Main wurde ein Institut zur Erforschung der Kultur und Wirtschaft der Türkei begründet. Man plant eine umfangreiche orientalische Bibliothek, Studienreisen, Vorträge und Unterrichtskurse. Leiter wird der Direktor des Orientalischen Seminars der Universität Joseph Horowitz sein.

Literatur Außerordentlich reichhaltig ist der Jahrgang 1916 des Palästinajahrbuchs, das Gustaf Dalman im Auftrag des Deutschen evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes zu Jerusalem herausgab /Berlin, Mittler/. Das Werk ist mit recht charakteristischen Abbildungen und zwei brauchbaren Karten ausgestattet und bringt außer dem Jahresbericht des Instituts einige höchst instructive Abhandlungen, von denen diejenige des Herausgebers über Palästina als Heerstraße im Altertum und in der Gegenwart besonders hervorgehoben sein möge. Die Lektüre des Bandes bereichert entschieden. ◊ Einen Beitrag zur Geschichte der Congoabtretung hat Hans Schack verfaßt (Die Angliederung des Congostaates an Belgien und die Niederfüllbacher Stiftung /Gotha, Perthes/). Er gibt eine kurze, klare und erschöpfende Darstellung der Rechtsfragen und kommt zu dem Ergebnis, daß Leopold II. bei der Errichtung dieser Stiftung »nur in Ausübung eines von jeher beanspruchten Rechts« gehandelt habe, »das nach manchen Anfechtungen schließlich die ausdrückliche Anerkennung des belgischen Gesetzgebers gefunden hat«. Etwa die Hälfte des Heftes nimmt ein genauer Abdruck der wichtigsten gesetzgeberischen Akte, die zur Sache gehören, ein. Im ganzen eine wohlausgeglichene, erfreuliche Leistung.